

Wir forschen Dich mit: Partizipative Forschung als Vergesellschaftung von Forschung?

Kathrin Aghamiri

„Ist das jetzt partizipative Forschung oder gute Soziale Arbeit?“

Erfahrungen und Überlegungen zu einem möglichen Zusammenhang

Andrea Nagy, Abram J. Lyons, Ines Arendt & Sarah Gzesh

Forschungssozialisation(en) in partizipativen Projekten: Ein transatlantischer Austausch zwischen Europa und den USA

Robert Rempel

„Wir haben jetzt einen Beirat, aber was machen wir damit?“ Reflexionen zum Handlungsforschungsprojekt mit Selbstvertreter:innen im Rahmen der Umsetzung des BTHGs

Christof Beckmann im Gespräch mit Norbert Steinhaus vom Wissenschaftsladen Bonn

Wissenschaftsläden als Form des Empowerments der Zivilgesellschaft?

Sabine Flick

Zu den Tücken partizipativer Forschung

Ariane Brensell, Johannes Stehr & Michael May

Positionierungen zur partizipativen Forschung: Unter welchen Prämissen kann partizipative Forschung sich gesellschaftskritisch und emanzipatorisch ausrichten?

Forum

Rebekka Streck

„Lass die mal machen die Junkies, die sind eh keine Konkurrenz.“

Ein historischer Blick auf das spannungsreiche Verhältnis von politischer Selbsthilfe und professioneller Drogenhilfe

Marlene-Anne Dettmann

Über das Netzwerk Erfahrungswissen in der Hochschulbildung



Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

42. Jahrgang, Dezember 2022

Herausgegeben vom Widersprüche e.V.

Verein für kritische Analyse und Bildung im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich

Redaktion: Manfred Kappeler, Friedhelm Schütte (Berlin); Holger Ziegler (Bielefeld); Henning Schmidt-Semisch (Bremen); Friedemann Affolderbach (Leipzig); Uwe Hirschfeld (Dresden); Anne van Rieën (Düsseldorf); Marcus Balzereit, Karl August Chassé, Helga Cremer-Schäfer, Kirsten Huckenbeck (Frankfurt); Albert Scherr (Freiburg); Christof Beckmann, Timm Kunstreich (V.i.S.d.P.), Annita Kalpaka, Michael Lindenberg, Tilman Lutz, Barbara Rose, Wolfgang Völker, Heiner Zillmer (Hamburg); Dietlinde Gipsner (Hannover); Ellen Bareis (Ludwigshafen); Nicoletta Rapetti, Thomas Wagner, Joachim Weber (Mannheim); Maria Bitzan, Eberhard Bolay (Reutlingen); Günter Pabst (Schwalbach/Ts.); Fabian Fritz (Siegen); Kerstin Herzog, Michael May, Arne Schäfer, Marcel Schmidt (Wiesbaden); Gertrud Oelerich, Andreas Schaarschuch, Heinz Sünker, Fabian Kessl (Wuppertal).

Die Schwerpunkte der nächsten Nummern sind:

Widersprüche 167 Recht(s) belastend – Druck von Rechts und Verhältnisse Sozialer Arbeit (März 2023)

Widersprüche 168 Kritische Soziale Arbeit: Verteidigen – Kritisieren – Überwinden: zugleich! (Juni 2023)

Widersprüche 169 Ansprüche und Herausforderungen des Antirassismus (September 2023)

Die **Widersprüche** erscheinen regelmäßig mit vier Nummern im Jahr mit einem Gesamtumfang von mindestens 520 Seiten. Einzelheft € 15,00. Jahresabonnement € 42,00; Student*innenabonnement (Studienbescheinigung beilegen) € 27,00; Preise jeweils zzgl. Versand. Das Abonnement kann mit einer Frist von acht Wochen zum Jahresende schriftlich gekündigt werden.

Hinweis der Redaktion: Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Manuskripte zur Veröffentlichung nimmt die Redaktion gerne entgegen. Für eingesandtes Material wird keine Haftung übernommen.

Redaktionsadresse: Widersprüche, Nicoletta Rapetti c/o Redaktion express/AFP e.V., Niddastr. 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel.: 069 679984

E-Mail: widersprueche@gmx.de, Internet: <https://www.widersprueche-zeitschrift.de>

Verlagsadresse: Verlag Westfälisches Dampfboot, Nevinghoff 14, 48147 Münster, Tel.: 0251 384400-20, Fax 0251 384400-19, E-Mail: info@dampfboot-verlag.de, Internet: <http://www.dampfboot-verlag.de>

Vertrieb an Einzelkunden: Germinal GmbH, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald, Tel.: +49 (0) 641 41700, E-Mail: bestellservice@germinal.de

Vertrieb an Institutionen/Buchhandlungen: Prolit Verlagsauslieferung, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald, Tel.: +49 (0) 641 9429314, Fax: +49 (0) 641 94393199, E-Mail: H.Birk@prolit.de

Dieser Ausgabe liegt eine Postkarte des DBSH bei.

© 2022 Verlag Westfälisches Dampfboot. Alle Rechte, auch das der Übersetzung vorbehalten
Druck und Bindung: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

ISSN 0721-8834 ISBN 978-3-98634-006-3



Widersprüche

Knochenbrüche
Z'sammenbrüche
Bibelsprüche
Lehrerflüche
Mutters Küche
sind 'ne Menge
Widersprüche
(Volksmund)

Wir forschen Dich mit: Partizipative Forschung als Vergesellschaftung von Forschung?

Zu diesem Heft.....3

Schwerpunkt

Kathrin Aghamiri

„Ist das jetzt partizipative Forschung oder gute Soziale Arbeit?“
Erfahrungen und Überlegungen zu einem möglichen Zusammenhang..... 13

Andrea Nagy, Abram J. Lyons, Ines Arendt & Sarah Gzesh

Forschungssozialisation(en) in partizipativen Projekten: Ein
transatlantischer Austausch zwischen Europa und den USA 27

Robert Rempel

„Wir haben jetzt einen Beirat, aber was machen wir damit?“ Reflexionen
zum Handlungsforschungsprojekt mit Selbstvertreter:innen im Rahmen
der Umsetzung des BTHGs 45

*Christof Beckmann im Gespräch mit Norbert Steinhaus vom
Wissenschaftsladen Bonn*

Wissenschaftsläden als Form des Empowerments der Zivilgesellschaft? 59

<i>Sabine Flick</i>	
Zu den Tücken partizipativer Forschung	75

<i>Ariane Brensell, Johannes Stehr & Michael May</i>	
Positionierungen zur partizipativen Forschung: Unter welchen Prämissen kann partizipative Forschung sich gesellschaftskritisch und emanzipatorisch ausrichten?	87

Forum

<i>Rebekka Streck</i>	
„Lass die mal machen die Junkies, die sind eh keine Konkurrenz.“ Ein historischer Blick auf das spannungsreiche Verhältnis von politischer Selbsthilfe und professioneller Drogenhilfe	105

Rezensionen

<i>Erik Jahn</i>	
Behavioristische Konditionierung oder reflexive Koproduktion? Über: <i>Michael Lindenberg und Tilman Lutz: Zwang in der Sozialen Arbeit: Grundlagen und Handlungswissen.</i>	121

Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

<i>Marlene-Anne Dettmann</i>	
Über das Netzwerk Erfahrungswissen in der Hochschulbildung	125

Jahresinhaltsverzeichnis Widersprüche, 42. Jahrgang 2022	137
--	-----

Zu diesem Heft

Partizipative Forschung scheint in vielen Feldern von Sozialforschung geradezu Mode geworden zu sein (vgl. kritisch dazu die Beiträge in Standpunkt Sozial 2022/1). Daneben entwickeln sich Ansätze von *Citizen Sciences*. Ebenso neu-deutsch ist von Makerspaces, FabLabs, Hack(er)spaces die Rede. Nicht nur soll damit die klassische Trennung zwischen Forschenden und Beforschten aufgehoben werden. Forschung soll sich darüber auch stärker an den Lebensinteressen der Menschen orientieren.

Diese Ideen sind nicht neu. Historisch zurück gehen sie wohl auf den von Kurt Lewin während des 2. Weltkrieges entwickelten Ansatz von *Action-Research*, der zunächst als „Tat-Forschung“ (Lewin 1968) ins Deutsche übersetzt wurde. Im Bestreben, die antifaschistische Allianz durch Minderung der Binnenspannungen in den demokratischen Ländern zu stärken, schlug er die Bildung von produktiv durchgreifenden Projektgruppen von Praktiker*innen und Forschenden vor, um in einer Spiralbewegung von Planung, Handlung und Tatsachenfindung sozialwissenschaftliche Aufklärung direkt mit der Lösung sozialer Probleme zu verbinden.

In der Nachkriegszeit haben Lewin und seine sozialpsychologische Schule solche Projekte vor allem zur Entwicklung eines demokratischen bzw. sozial-integrativen Erziehungsstils und einer damit verknüpften Verbesserung und Demokratisierung des sozialen Klimas in Schulen und anderen pädagogischen Institutionen durchgeführt. Dabei ging es ihnen durchaus auch darum, allgemeine Erkenntnisse über Gesetze der Intra- und Intergruppenbeziehung zu gewinnen, um so über die konkrete Projektebene hinaus eine Verbesserung und Demokratisierung sozialen Handelns zu befördern.

Eingang gefunden in die bundesrepublikanische Diskussion hat dieser Ansatz vor allem durch den von Richard und Hephzibah Hauser entwickelten Ansatz einer *Soziatrie* als einer „Soziologie für Handlungsträger“ (1971: 453). Ausgehend von der Maxime, dass „es doch jedermanns Geschäft sein sollte, alle Formen des gesellschaftlichen Lebens zu verstehen“ (ebd.: 453), erhofften sich die beiden Hausers mit ihrer *Soziatrie* und den in sie eingelassenen *Aktionsuntersuchungen* eine „Partnerschaft zwischen den Experten und der Mehrheit der Bevölkerung“ (ebd.: 455) begründen zu können. Dies kann durchaus auch als ein Ansatz zur Ver-

gesellschaftung von Forschung verstanden werden. Dass die beiden Hausers den entscheidenden Beitrag zur Emanzipation von allen gesellschaftlichen Zwängen im Aufbrechen des Paternalismus sahen, der ihrer Ansicht nach eine ausgeprägte Form „sozialer Unwissenheit“ (ebd.: 420) darstelle, die den Menschen und die Gesellschaft am lähmendsten belaste (vgl. ebd.: 219 ff.; 420), zeigt welche Intention sie mit einer solchen Vergesellschaftung von Forschung verbanden.

Klafki hat jedoch darauf hingewiesen, dass *Action Research* „keineswegs grundsätzlich mit kritischer, etwa gesellschaftskritischer Reflexion über die Ziele, denen sie dienstbar gemacht wird, verbunden“ (1978: 268) sein müsse. Zwar bezieht er sich in diesem Zusammenhang auf bis in die 1940er Jahre zurückreichende Ansätze zur Verbesserung von „Betriebsklima und [...] Kooperation in einem Industrierwerk zum Zwecke höherer Produktionsleistungen“ (ebd.). Seippel hat jedoch zu Recht davor gewarnt, dass selbst Hausers *soziatrische* Methoden „offen“ seien „für ein breites Spektrum politischer und ideologischer Ausrichtungen“ (1976: 126). Sie stellten „zwar keine technokratischen, politisch neutralen Handlungsanweisungen dar“ (ebd.), könnten aber, „als *Rezepte mißverstanden*“ (ebd.) werden, wie expertokratischer Paternalismus aufgebrochen werden kann. Zu wenig würden von den Hausers die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse in den Blick genommen, mit denen dieser vermittelt sei. Knapp zwanzig Jahre später, nach dem Abflauen der Euphorie bezüglich *Aktionsforschung*, ja dem drohenden gänzlichen Verschwinden des Begriffes aus der Debatte um Sozialforschung, haben Altrichter/Gstettner in der mangelnden Reflexion solcher „sozialtechnologische[n] Element[e]“ (1993: 70) einen maßgeblichen Grund dafür gesehen, dass „Aktionsforscher [...] nicht in genügendem Maße Vorsichtsmaßnahmen gegen die ‘geheimen Widersprüche’ in der Beziehung mit den Betroffenen“ (ebd.) getroffen hätten.

Schon zuvor hatte Seippel betont, dass die „Herstellung eines Subjekt-Subjekt-Verhältnisses“ (1976: 115) als „Bemühen um die Herstellung nicht-entfremdeter menschlicher Beziehungen (Verhältnisse) [...] unter derzeitigen Bedingungen durch institutionelle Grenzen, auch durch Vorsprünge im Wissen und durch andere Vorteile berufsmäßiger Akteure (Intellektuelle als Forscher) generell nicht verwirklicht, aber durchaus beeinflussbar“ (ebd.: 120) sei, indem z.B. „*allen Beteiligten [...] prinzipiell ein Stellenwert im Erkenntnisprozeß (Forschung)*“ (1976: 120) zuerkannt wird: „also eine potentielle Einwirkung auf Fragestellung, Methoden usw.“ (ebd.). Wenn Hella von Unger vor diesem Hintergrund in ihrem Standardwerk zu Partizipativer Forschung vermerkt, dass „Ende der 1970er-Jahre [...] die Debatte unter den Aktionsforscher/innen von kritischer (Selbst-)Reflexivität geprägt“ (2014: 17) gewesen sei, scheint eine vergleichbare kritische Selbstreflexion ein Desiderat nicht nur ihres Buches zur Einführung

in deren Forschungspraxis, sondern des gesamten Diskurses um partizipative Forschungsansätze zu sein.

Dies bezieht sich auch darauf, dass im aktuellen Diskurs gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse und die neoliberale Funktionalisierbarkeit partizipativer Ansätze von Forschung kaum thematisiert wird. Zudem scheint die Kritik von Expertokratie ja ein verbindendes Element gegenwärtiger Strömungen rechten Populismus zu sein. Dass in deren Rahmen querdenkerisch „alternative Fakten“ propagiert werden, könnte auch zu einer Herausforderung naiver Konzepte partizipativen Forschens werden.

Dies gilt auch für den Diskurs um Citizen Science (Finke 2014). Zwar ähneln viele dieser Ansätze, welche den Betroffenen selbst die Rolle von Forschenden zumessen, eher klassischen Ansätzen eines *Community Self Survey*, die stärker noch als Lewins Konzept von *Action Research* die Methodiken von *Aktionsuntersuchungen* der Hausers beeinflusst haben. Auch sie jedoch sind nicht gefeit, als Plattform für solchen querdenkerischen, rechten Populismus funktionalisiert zu werden, selbst wenn sie sich als Methode, um soziale Spannungen in einer Gemeinde zu mildern, in der Vergangenheit bewährt haben.

In diesem Zusammenhang ist des Weiteren an den Hinweis von René König zu erinnern, dass das Ziel solcher Ansätze eines *Community Self Survey* im „Gegensatz zur wissenschaftlichen Gemeindeforschung [...] vorwiegend praktisch orientiert“ (1958: 144) sei. Das gilt auch für viele Ansätze und Projekte partizipativen Forschens, in denen es eher um Formen auf praktische Veränderungen zielenden, forschenden Lernens als um die Beteiligung der sogenannten Co-Forschenden an komplexen Formen der Datengewinnung und –auswertung geht.

Interessant an Königs Argumentation ist jedoch nicht diese Unterscheidung zwischen einer vorwiegend wissenschaftlichen oder praktischen Orientierung, sondern die von ihm gezogene Parallele zwischen solchen Ansätzen eines *Community Self Survey* und „anderen praktisch-therapeutisch ausgerichteten Behandlungstechniken, wie etwa der Psychoanalyse. Während die rein wissenschaftliche Untersuchung in dem Augenblick aufhört, wo ein bestimmter Zusammenhang adäquat erkannt worden ist, läuft eine solche Art der Analyse noch weiter, selbst nachdem schon lange keine Unklarheiten in Bezug auf das untersuchte Problem mehr bestehen“ (König 1958: 144).

Im Hinblick auf das Beispiel der Psychoanalyse wäre im Hinblick auf die in Ansätzen partizipativer Forschung ebenfalls angestrebte „Herstellung eines Subjekt-Subjekt-Verhältnisses“ (Seippel 1976: 115) zu vermerken, dass Alfred Lorenzer (1974) selbst das psychoanalytische Setting als ein dialogisch-exploratives konzipiert hat. Aber auch jenseits der von König herangezogenen Parallele zu

„praktisch-therapeutische ausgerichteten Behandlungstechniken“ (1958: 144) haben sich dialogisch-forscherische Ansätze entwickelt, die in ihrer Vermittlung von theoretischer und praktischer Dialektik explizit auch wissenschaftlich orientiert sind, aber anders als von König postuliert, sich als infinit verstehen.

Beispielhaft hierfür steht Paulo Freires (1975) Konzept einer „Thematischen Untersuchung“. Dieses vermag darüber hinaus das von Spivak (2008) überzeugend dargelegte Dilemma aufzulösen, dass es im Hinblick auf *subalterne* Gruppen, deren Interessen in der Gesellschaft nicht angemessen repräsentiert sind und die mit all den bisher benannten, partizipativ ausgerichteten Forschungsansätzen zumeist ebenfalls nicht zu erreichen sind, zynisch ist zu sagen, sie könnten für sich selbst sprechen – eben, weil sie nicht gehört werden. Wie Spivak gezeigt hat, trägt aber auf der anderen Seite ihre advokatorische Verdolmetschung implizit dazu bei, ihnen ihre eigene Stimme zu nehmen – auch im Rahmen vieler Forschungsprojekte mit partizipatorischem Anspruch. Demgegenüber zielt Freire mit seinem iterativen Konzept von *Kodierung/Dekodierung* darauf, im Dialog zwischen Forschenden und Co-Forschenden – um in der Sprache der partizipativen Forschung zu bleiben – die „geheimen Widersprüche“ (Altrichter/Gstettner 1993: 70) zwischen diesen durch die emanzipatorische Nutzung der Spezifik ihrer jeweiligen Wissensform aufzuheben, um *subalterne* Gruppen darin zu unterstützen, als nicht einfach bloß Co-Forschende ihre eigene Form der Repräsentation zu entwickeln.

So *dekodieren* zunächst die wissenschaftlich gebildeten Forschenden in einem ethnographischen Zugang den Lebenszusammenhang der jeweiligen *subalternen* Gruppe unter Einbezug ihres gesellschafts- und herrschaftstheoretischen Wissens als einen *Blockierungszusammenhang* menschlicher Vermögen. Ziel ist es *Grenzsituationen* zu eruieren, in denen dieser *Blockierungszusammenhang* auch für die Betroffenen zumindest ansatzweise zu Bewusstsein drängt, um diese dann z.B. in Form von Bildern oder dramatisierten Szenen ikonografisch zu *kodieren*. Die Betroffenen *dekodieren* dann als Co-Forschende diese *kodierten Grenzsituationen* vor dem Hintergrund ihrer lebensweltlichen Expertise und werden durch problemformulierende Fragen seitens der Forschenden in ihrer Exploration befördert. Damit ist diese Form ko-produktiven Forschens jedoch nicht beendet. Denn indem die Betroffenen die herrschaftlichen *Begrenzungen* der Vermögen ihrer menschlichen Subjektivität in solchen Situationen durch entsprechende *Grenzakte* zu überwinden und sich auf ihre Weise in die gesellschaftliche Repräsentation einzubringen suchen, wird neues erfahrungsbezogenes Wissen über die entsprechenden *Grenzsituationen* und die herrschaftlichen Mechanismen des sie verbindenden *Blockierungszusammenhangs* gewonnen – bzw. es entstehen neue *Grenzsituationen*, deren *Dekodierung* seitens der wissenschaftlich gebildeten

akademischen *Forschenden* dann zu entsprechenden ikonografischen *Kodierungen* führt, die von den Betroffenen als Co-Forschende dann mit ihrer lebensweltlichen Expertise *dekodiert* werden und so fort ...

Ähnlich gelagert (vgl. May 2017: 158ff.) ist Lefebvres (1977 Bd. II: 125ff.) Konzept *Strategischer Hypothesen*. Reicht bei einer klassischen Forschungshypothese als Beweis die Übereinstimmung ihrer logisch konsistenten Aussagen und Annahmen mit einem Ensemble beobachtbarer Phänomene, liegt bei einer *Strategischen Hypothese* „der wahre Beweis [...] auf der Ebene der *praktischen* Verifizierung“ (ebd.: 131). Spricht Freire von den „unerprobte[n] Möglichkeit[en] [...] jenseits der Grenzsituation“ (1975: 97) und der mit ihr verbundenen „grundlegende[n] Widersprüche“ (ebd.), geht auch Lefebvre davon aus, dass Probleme „mit Widersprüchen in der Wirklichkeit“ (1988 Bd. II: 129) hervortreten, die – indem sie Lösungen fordern – zugleich auf Möglichkeiten verweisen, die von einer Gruppe bisher in ihrer Potentialität noch nicht voll ausgeschöpft wurden und die es vermittels *Strategischer Hypothesen* zu explorieren gelte. Und auch er konstatiert bezüglich des gesellschaftstheoretischen Wissens der akademisch Forschenden, dass die (praktische) „Prüfung der Lösungsvorschläge und ihrer Varianten [...] uns in vielen Fällen [zwingt], das ganze Problem neu zu überdenken, mitsamt den Termini und Begriffen, durch die wir es überhaupt erst formulieren konnten“ (ebd.: 127).

Wie das Konzept *Strategischer Hypothesen* zielen auch die im Kontext *Kritischer Psychologie* entwickelten Ansätze *Subjektwissenschaftlicher Forschung* danach, über „theoretische zu praktischen Verallgemeinerungen“ (Bader/Ludewig 2006: 111) zu gelangen. Und von daher hat sie nicht einfach bloß „ein Höchstmaß an Gegenstandsangemessenheit“ (ebd.) zum Ziel sowie „die angewandten und ggf. neu entwickelten Methoden in den Dienst der Validität zu stellen“ (ebd.). Immer geht es ihr zugleich auch um eine „Erweiterung subjektiver Handlungsfähigkeiten“ (ebd.). Damit sind Maßstäbe gesetzt, die im aktuellen Diskurs um partizipative Forschung erst einmal einzuholen sind, der sich gegenüber diesen Traditionen und den in ihrem Kontext gewonnenen Erfahrungen weitgehend ignorant zeigt.

„Wie beforschen Dich mit“: Nicht nur vom Titel her gesehen schließt dieses Heft an die Nr. 159 der Widersprüche an „Wir bestimmen Dich mit: Partizipation als Konflikt“. Es geht um die im Diskurs um partizipative Forschungsansätze in ihrer Programmatik und ihren Erfolgsberichten häufig verdeckten Konfliktdimensionen, wie sie jeweils mit diesen und der darin anvisierten Vergesellschaftung von Forschung verbunden ist. So wird in der Tradition der Wissenschaftsläden Forschung in der Weise vergesellschaftet, dass Frage- und Problemstellungen von

Bürger*innen aufgegriffen, dann aber mit vergleichsweise traditionellen Methoden von akademisch gebildeten Wissenschaftler*innen beforscht werden. Auf der anderen Seite des Spektrums stehen Formen der Vergesellschaftung, in denen über Drittmittel finanzierte akademische Wissenschaftler*innen, welche, um zu diesen zu gelangen, oft die Forschungsfragen entsprechend der Ausschreibungen von Förderungslinien formulieren und in ihren Anträgen auch ein entsprechendes Design vorlegen mussten, nun dafür Co-Forschende akquirieren, die dafür bestenfalls ein kleines Honorar bzw. eine Aufwandsentschädigung erhalten, wenn sie sich nicht gänzlich ehrenamtlich in diesen Projekten engagieren. Manche eher handlungsorientierte Projekte der partizipativen Gesundheitsforschung, aber auch community-orientierte Ansätze in der Tradition eines *Community Self Surveys* oder Hausers *Soziatrie* (zumeist freilich ohne sich dabei explizit auf diese zu beziehen), ließen sich sogar einer neoliberalen Aktivierungsprogrammatik zuordnen.

Zu den Beiträgen im Einzelnen

Grundlage des Beitrags von *Kathrin Aghamiri* ist ein ethnografisch ausgerichtetes Praxisforschungsprojekt im Sozialraum Schalke-Nord mit dem Titel „Unsichtbarsein und Sichtbarwerden im Stadtteil“. Ziel der Forschung war es, mögliche Partizipationsthemen der Bewohner*innen zu rekonstruieren und konzeptionell zugänglich zu machen. Der Beitrag geht der Frage nach, ob so ein Projekt nun partizipative Forschung oder „einfach gute Sozialarbeit“ sei. Dabei erscheinen Parallelen zwischen einem partizipativen Forschungsprozess und Sozialer Arbeit mit Blick auf gemeinsame Herstellungspraxen und der Aushandlung von Wissen zwischen Professionellen und Adressat*innen unübersehbar. In diesem Sinn entwickelt der Beitrag Überlegungen dazu, ob Partizipation als Handlungsprinzip der Sozialen Arbeit als Profession *und* Disziplin ein genuines Merkmal empirischer Forschung in der Sozialen Arbeit sein könnte.

Der Beitrag der vier Autor*innen, *Andrea Nagy, Abram J. Lyons, Ines Arendt und Sarah Gzesh* erörtert selbstreflexiv und im Austausch miteinander drei entscheidende Elemente partizipativer Forschungsdesigns: Praxisbezug und Relevanz für die Praxis, Fokus auf Veränderung und Einbeziehung verschiedener Interessensgruppen in den Forschungsprozess. Der Artikel geht so der Frage nach, an welchen Stellen und in welchem Ausmaß partizipative Forschungsmethoden Veränderungen anregen können, die sowohl zu einem Empowerment beitragen als auch die Option bieten, traditionelle Forschungsparadigmen zu durchbrechen. Mit Bezug auf ihre differenzierte Forschungssozialisation(en) verständigen sich die Autor*innen im Hinblick auf subjektive Erfahrungen, Praxisbeispiele und

theoretische Bezugspunkte und schließen mit einem Ausblick auf die Frage der Vergesellschaftung partizipativer Forschung in Europa und den USA.

Im Mittelpunkt des Beitrags von *Robert Rempel* steht die Reflexion des Prozesses zu einem Handlungsforschungsprojekt mit Selbstvertreter*innen im Rahmen der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes. Die Mitwirkenden entlarven in eindrucksvoller Weise Prozesse der Scheinpartizipation und überraschen mit besonderen Aneignungsformen im Forschungsverlauf. Das wirft für den Autor eine ganz zentrale Reflexionsfrage auf: Wie lässt sich der Anspruch der Mitforschung für die Zukunft noch besser verwirklichen?

Eine oft gegenüber der partizipativen Forschung geäußerte Kritik ist, dass diese Projekte in der Regel nicht „von [den] alltäglichen Akteur*innen angestoßen wurden“ (Flick, in diesem Band), deren Interessen eigentlich im Vordergrund stehen sollten. Genau dies ist aber die Ursprungsidee der Wissenschaftsläden in Deutschland und auch international. *Christof Beckmann* interviewt dazu *Norbert Steinhaus* vom Wissenschaftsladen Bonn, um Fragen der Initiierung, der Durchführung und der Verwertung von Forschungsprojekten im Rahmen der *Citizen Science* zu diskutieren.

Sabine Flick fokussiert in ihrem Beitrag vor dem Hintergrund normativer und erkenntnistheoretischer Grundannahmen von *Participatory Action Research* Blindstellen dieses Ansatzes. Dazu rekonstruiert sie zunächst Einwände aus der Perspektive von Ideologiekritik und Biopolitik sowie den Vorwurf der Pseudopartizipation. Sie selbst kritisiert den „epistemischen Paternalismus“ dieses Forschungsstils und problematisiert die „transformative Reflexivität“, welche partizipativen Projekten als Anspruch oft innewohnt.

Unter welchen Prämissen kann partizipative Forschung sich gesellschaftskritisch und emanzipatorisch ausrichten? Zu dieser Frage positionieren sich zum Abschluss des Schwerpunktteils *Ariane Brensell* aus der Perspektive Kritischer Psychologie, Johannes Stehr aus einer Perspektive nicht-verdinglichender Kritischer Sozialforschung im Anschluss an Heinz Steinert und Michael May in der Tradition materialistischer Dialektik und Praxisphilosophie.

Literatur

- Altrichter, Herbert/Gstettner, Peter 1993: Aktionsforschung – ein abgeschlossenes Kapitel in der Geschichte der deutschen Sozialwissenschaft? In: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau (SLR) 16, 26: 67-75
- Bader, Kurt/Ludewig, Birte 2006: „Es gibt kein richtiges Leben im falschen“. Zu einigen Problemen subjektwissenschaftlicher Forschung. In: Forum Kritische Psychologie, 50: 110-125

- Finke, Peter (2014): Citizen Science. Das unterschätzte Wissen der Laien. München
- Freire, Paulo 1975: Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit. 2. Aufl. Reinbek
- Hauser, Richard/Hauser, Hephzibah 1971: Die kommende Gesellschaft. Handbuch für soziale Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit. München, Wuppertal
- Klafki, Wolfgang 1978: Handlungsforschung. In: Christoph Wulf (Hg.): Wörterbuch der Erziehung. 4. Aufl. München [u.a.]: 266-272
- König, René 1958: Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde. Hamburg
- Lefebvre, Henri 1977: Kritik des Alltagslebens. Kronberg/Ts.
- Lewin, Kurt 1968: Tat-Forschung und Minoritätenprobleme. In: Kurt Lewin: Die Lösung sozialer Konflikte. Ausgewählte Abhandlungen über Gruppendynamik. 3. Aufl. Bad Nauheim: 278-304
- Lorenzer, Alfred 1974: Wittgensteins Sprachspiel-Konzept in der Psychoanalyse. In: Psyche 28, 9/10: 833-852
- May, Michael 2017: Soziale Arbeit als Arbeit am Gemeinwesen. Ein theoretischer Begründungsrahmen. Beiträge zur Sozialraumforschung, Band 14. Leverkusen
- Standpunkt Sozial 2022: Partizipative Forschung. Der Forschungsstil mit Konsequenz. Jg. 33, 2022/1, HAW Hamubrg, Fakultät W & S
- Seippel, Alf 1976: Handbuch aktivierende Gemeinwesenarbeit. Bd. 1 Konzepte – Bedingungen – Strategien – Methoden. Gelnhausen, Berlin
- Spivak, Gayatri Chakravorty 2008: Can the subaltern speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation. Mit einer Einleitung von Hito Steyerl. Es kommt darauf an. Wien
- Unger, Hella von 2014: Partizipative Forschung. Einführung in die Forschungspraxis. Lehrbuch. Wiesbaden

Die Redaktion

WISSENSCHAFT
FÜR DIE PRAXIS



Im aktuellen Sonderheft: Die Rückkehr des Kalten Krieges
| Den Krieg vom Ende her denken. Frieden mit oder ohne
Putin? | Waffenlieferungen: Eskalation oder Beitrag zur Kon-
fliktlösung? | Zur neo-realistischen Analyse des russischen
Angriffskrieges | Gescheiterte Abschreckung im Ukrainekrieg |
Moderne Waffentechnologie: Gamechanger oder Randaspekt?

FORDERN SIE JETZT IHR GRATIS-PROBEHEFT AN
WWW.POLITIKUM.ORG



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**



Kathrin Aghamiri

„Ist das jetzt partizipative Forschung oder gute Soziale Arbeit?“ Erfahrungen und Überlegungen zu einem möglichen Zusammenhang

Grundlage des Beitrags ist ein ethnografisch ausgerichtetes Praxisforschungsprojekt im Sozialraum Schalke-Nord mit dem Titel „Unsichtbarsein und Sichtbarwerden im Stadtteil“. Ziel der Forschung war es, mögliche Partizipationsthemen der Bewohner:innen zu rekonstruieren und konzeptionell zugänglich zu machen. Im Prozess ergab es sich, dass durch die Beforschung von *Partizipationsthemen im Stadtteil* der Forschungsgegenstand selbst auch zentrale *Methode der Forschung* wurde. Indem wir die Menschen im Feld kennenlernten, quasi ihren Spuren folgten, diskutierten wir auch immer mehr das Vorgehen, die Ausrichtung und die Ergebnisse unserer Forschung mit ihnen. Forschungserkenntnis und die gemeinsame Rekonstruktion und Transzendierung subjektiven Sinns (z.B. Thiersch 1997) entwickelten sich in Wechselwirkung. Forschungsaktivitäten und Ansatzpunkte für sozialarbeiterisches Handeln verschränkten sich auf diese Weise nach und nach.

Der Beitrag geht der auf einem Workshop geäußerten Frage nach, ob ein solches Projekt nun partizipative Forschung oder „einfach gute Sozialarbeit“ sei. Dabei erscheinen die Parallelen zwischen Forschungsprozess und Sozialer Arbeit mit Blick auf gemeinsame Herstellungspraxen und der Aushandlung von Wissen zwischen Professionellen und Adressat:innen unübersehbar. In diesem Sinn entwickelt der Beitrag Überlegungen dazu, ob Partizipation als Handlungsprinzip der Sozialen Arbeit als Profession *und* Disziplin ein genuines Merkmal empirischer Forschung in der Sozialen Arbeit sein könnte.¹

1 Der Artikel wurde in Grundzügen bereits mit einem anderen Schwerpunkt veröffentlicht: Aghamiri, Kathrin (2022): Vom Unsichtbarsein und Sichtbarwerden. Oder: Wie

Unsichtbarsein und Sichtbarwerden

„Unser Schalke, unser Schalke“ ... so reden die in Gelsenkirchen. Aber wie es in Schalke wirklich aussieht, interessiert keinen. Und von den blauen Straßenlaternen, die sie jetzt rund ums alte Stadion angebracht haben, wird Schalke auch nicht schöner ... (Küchengespräch_2/Zeile 47-52)

Im Auftrag der Stadt Gelsenkirchen führten wir² vom 01. Juli 2018 bis 31. August 2019 ein Praxisforschungsprojekt im Stadtteil Schalke-Nord durch. Ziel des Projektes war es, die Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Eltern im Quartier zu erkunden und sowohl die Interessen als auch die Wünsche der dort wohnenden Familien *zum Thema zu machen*. In dieser für ein Praxisforschungsprojekt nicht ungewöhnlichen Verknüpfung von Erkenntnis- und Praxisinteresse (vgl. Moser 2014: 41ff.) zeigt sich bereits die Nähe von partizipativer Forschung und sozialarbeiterischer Praxis: Erkenntnisse über die subjektive Perspektive der Menschen auf ihren Stadtteil sollten in mögliche nachbarschaftlich-sozialpädagogische Praxisprojekte und sozialräumliche Aktivitäten münden. Das Projekt war zwar nicht als explizit partizipative Forschung angelegt, sondern folgte einem *klassisch* ethnografisch-sozialräumlichen Ansatz, allerdings wurden die Eltern und Kinder, mit denen wir im Projekt in Kontakt kamen, nach und nach zu *Co-Forschenden*. In einem sich dynamisch entwickelnden Prozess nahmen sie z.T. erheblichen Einfluss auf Planung, Fragestellung(en), Datenerhebung und Auswertungsschleifen sowie eben die Umsetzung der Ergebnisse in konkrete Praxis im Stadtteil.³ Co-Forschung ging dabei ebenso über in Möglichkeiten der Nutzung.⁴

Im Folgenden sollen Einblicke in diesen Prozess ermöglicht werden, um nachzuvollziehen, wie aus Forschung *über* Partizipation *Ansätze partizipativer Forschung* wurden. Dabei wird die Frage aufgeworfen, inwieweit Adressat:innen orientierte Praxisforschung in der Sozialen Arbeit partizipative Elemente integrieren kann und ob solche Ansätze nicht als genuiner Teil sozialarbeitswissenschaftlicher Praxisforschung verstanden werden können.

aus Forschung über Partizipation partizipative Forschung wird. In: standpunkt sozial: Partizipative Forschung. Der Forschungsstil mit Konsequenz. 01/2022. S. 30-39.

2 Kathrin Aghamiri, Anna Spiegler und Yannis Schlüter von der FH Münster.

3 Dass Praxisforschung im Sozialraum fast *zwangsläufig* partizipativ wird, wenn man einen ethnografischen Forschungsstil zugrunde legt, zeigen auch die Projektbeschreibungen im Sammelband von May und Alisch (2017).

4 Zu unterschiedlichen Möglichkeiten von Nutzung, Nicht-Nutzung und Nutzer:innen-aktivitäten in Forschung vgl. die Beiträge im Sammelband von van Rieën/Jepkens (2020).

Ein Forschungsprojekt über Partizipation in einem ausgeschlossenen Stadtteil

Das Recht eines jeden Menschen, gehört zu werden, sich eine Meinung zu bilden, diese in einen öffentlichen Diskurs einzubringen und dort zu verhandeln, gilt als zentraler Bestandteil eines demokratischen Gemeinwesens (z.B. Negt/Kluge 1973). In diesem Sinne ist Partizipation ein Handlungsprinzip, das es ermöglicht, Interessen und Interessenkonflikte zu Gehör zu bringen, an der Aushandlung von Lösungen aktiv mitzuwirken und positive Erfahrungen mit Einmischung zu machen. Zudem verknüpft sich der Grundgedanke einer partizipativen Forschung im Kontext der Disziplin Soziale Arbeit mit dem Konzept der Lebensweltorientierung und ihrer zentralen Forderung „die Eigensinnigkeit der Adressat_innen“ anzuerkennen und zum Ausgangspunkt des eigenen Handelns zu machen (Grundwald/Thiersch 2018: 307).

Oftmals wird sozio-ökonomisch benachteiligten Kindern und Jugendlichen sowie ihren Eltern allerdings unterstellt, dass es ihnen am Willen zu persönlichem und sozialem Engagement fehle. Sie würden sich nicht mit gesellschaftlichen Fragen auseinandersetzen und hätten wenig Interesse daran, sich zu äußern (vgl. z.B. Sturzenhecker/Schwerthelm 2015). Das Praxisforschungsprojekt in Schalke-Nord ging demgegenüber von einem *Mangel adäquater Orte und Gelegenheiten* für Kinder, Jugendliche und ihren Familien aus, an denen sie Selbst- und Mitbestimmung sowie gesellschaftliche Teilhabe entlang eigensinnig-relevanter Themen entwickeln und erproben können (vgl. auch Scholten/Jepkens i. E. 2022). Insofern richtete sich das Erkenntnisinteresse im Projekt vor allem darauf, diese *relevanten Themen* zunächst zu verstehen, sie quasi zu *entdecken* und anschließend gemeinsam mit den Leuten in konkrete Anliegen zu *übersetzen* sowie passende Orte zu gestalten, um Meinungsbildung, Aushandlung und Lösungsfindung zu organisieren.

Schalke-Nord gehört zu den drei Stadtteilen in Gelsenkirchen, in denen Kinder die niedrigsten Teilhabechancen haben (vgl. Partizipationsindex 2018). Da auch die gesamte Stadt Gelsenkirchen im Bundesvergleich zu den ärmsten Kommunen gehört, können die individuellen und kollektiven Interessen der Bewohner:innen bezüglich Bildung, Gesundheit, Integration, Wohnen und Zugang zu einer angemessenen Grundversorgung nur bedingt als erfüllt gelten. Die Situation im Stadtteil ist zudem von Bedingungen der innereuropäischen Reisefreizügigkeit aus dem südosteuropäischen Ausland geprägt. Bei Kindern mit rumänischer Staatsangehörigkeit ergibt sich z.B. aufgrund des transnationalen Familienlebens eine wechselhafte Dauer von Kita- und/oder Schulbesuch.

Mehr als 50 Prozent der Familien in Schalke-Nord beziehen ALG II und andere Transferleistungen.⁵

Die ersten Stadtteilbegehungen, die wir im Sommer 2018 durchführten, ließen folgende Eindrücke in uns zurück:

Hinter der Autobahnbrücke kommen wir an einem Kiosk und einer Trinkhalle vorbei. Vor der Trinkhalle steht ein Jugendlicher. Wir grüßen ihn, er grüßt zurück. Wir biegen ab in die Josefinenstraße. Der Straßenzug ist komplett aufgerissen. Auf der rechten Seite befindet sich ein Reihenhaushaus, dessen Fenster eingeschlagen sind. Von der Straße aus sieht man, dass das Dach löchrig ist. (Beobachtungsprotokoll_1AS/Zeile 39-46)⁶

Kaum Menschen auf der Straße – wir treffen in zwei Stunden etwa 25 Erwachsene und zwölf Kinder, kein Lärm, es wirkt wie ausgestorben. Es sind hauptsächlich Männer unterwegs. Einkaufszentrum, sonstige Treffpunkte, Geschäfte? Nur ein paar Trinkhallen und Kioske, die aber geschlossen sind; Häuser teilweise in unbenutzbarem Zustand. Leerstand. Basketball- und Fußballplatz: Schotter (...) Müll, insbesondere Sperrmüll – in Gärten, auf der Straße und Spielplätzen, in Gebüsch. (Beobachtungsprotokoll_1AS/Zeile 127-147)

Schalke-Nord wirkt wie ein vergessener Ort. Dies betrifft sowohl Angebote für Kinder und Erwachsene im öffentlichen Raum als auch Gelegenheiten des Konsums oder Wohnmöglichkeiten. Der Stadtteil erscheint nach außen und innen isoliert, öffentliches Leben findet kaum statt. Im Verlauf der Stadtteilbegehungen kommen die Forscher:innen schließlich auf einem Spielplatz mit Eltern ins Gespräch, die in Schalke-Nord leben.

„Es ist nichts los hier“, „Für Kinder gibt’s hier nichts“, „Für Jugendliche auch nicht.“ (...) Dann sagt die Frau: „Eigentlich fühle ich mich wohl. Ich komme von hier, hab mein ganzes Leben hier verbracht.“ Eine andere Mutter: „Man steckt hier fest. Wir kommen hier nicht raus und hier gibt es nichts.“ Öffentliche Verkehrsmittel seien zu teuer trotz Sozialticket. (Beobachtungsprotokoll_2AS/Zeile 126-133)

Das Quartier wirkt wie ein eigenes, abgeschlossenes Areal und die Leute, die dort ihren Alltag verbringen, scheinen dieser Ausgeschlossenheit ausgesetzt zu sein. Die Bekanntschaft auf den Spielplatz entwickelt sich nun als ein die Forschung

5 Zu berücksichtigen ist an dieser Stelle auch, dass nicht alle Migrant:innen einen Anspruch auf Transferleistungen nach dem SGB-II haben (vgl. Partizipationsindex 2018).

6 Kernstück der Datenerhebung sind ethnografische Protokolle, die von den Mitarbeiter:innen im Projekt angefertigt wurden. Die Anwohner:innen selbst schrieben keine Protokolle, organisierten aber im Verlauf Treffen und Zusammenkünfte, um Datenerhebungen zu ermöglichen.

leitender Kontakt weiter und mündet schließlich in eine dynamische Aktionsforschung, die ich im Folgenden ausschnittshaft skizzieren möchte.

Ein Forschungsprojekt auf den Spuren der Leute durch das Quartier

Um die Perspektive der Leute auf ihren Stadtteil zu verstehen und ihre Themen an die Öffentlichkeit der beteiligten Institutionen und der Stadt Gelsenkirchen zu bringen, bot sich eine ergebnisoffene, ethnografische Vorgehensweise an, mit der vor allem die Bedingungen und die Anliegen der Menschen im Stadtteil nachvollzogen werden sollten. Ethnografische Verfahren eignen sich besonders, wenn es darum geht, die sozialen Interaktionen von Menschen in spezifischen Feldern und Situationen zu untersuchen, die dort über einen längeren Zeitraum stattfinden (Spradley 1980: 73). Der Gegenstand von Ethnografien sind somit soziale Praktiken, denen eine Sinnhaftigkeit zugrunde liegt, die durch das implizite Wissen der Feldteilnehmer:innen bestimmt ist (Breidenstein et al. 2013: 33). Kurz gesagt: Durch eine (längere) Feldteilnahme erhalten die Forscher:innen Zugänge zu dem, was die Leute, die in diesem Feld agieren, umtreibt, was für sie bestimmend, selbstverständlich oder wünschenswert erscheint. Im Kontext ethnografischer Projekte nehmen die Forscher:innen zudem eine Feldrolle ein. Aus dieser Rolle heraus entwickeln sich eigenständige, dem Feld angepasste Praktiken und Interaktionspraxen mit den anderen Feldakteur:innen. Ethnografische Forscher:innen verändern das Feld durch ihre Teilnahme und die Feldteilnehmer:innen verändern die Forschung, indem sie z.B. feldspezifische Praxen auf die Forscher:innen ausdehnen oder sie mit Fragen, Geschichten, Artefakten und Anregungen konfrontieren. Bereits in dieser wechselseitigen Beziehung begründen sich partizipative Forschungsstrategien, ebenso ähneln sie umsichtigem sozialarbeiterischen Handeln. Ethnograf:innen und Feldteilnehmer:innen müssen sich immer entscheiden, *wie weit sie mit wem gehen* (vgl. z.B. die Milieuforschungen von Girtler 2004). In Schalke-Nord begannen Forscher:innen und Bewohner:innen entlang des Projektziels, die Themen der Leute *zu entdecken* und *zu heben*, gemeinsam zu handeln. Dabei gerieten zum einen die Alltagspraktiken und ihre Bedeutungen in den Blick, zum anderen entstanden neue, aktionsbezogene Handlungen und Praktiken, die eine Teilnahme und Teilhabe der Bewohner:innen an der Forschung selbst zur Folge hatten. Ich werde im Folgenden zunächst einen Überblick über den Forschungsprozess geben und im Anschluss die Fluidität der Forschung zwischen Erkenntnisinteresse und Aktion bzw. Aktivierung thematisieren.

Eine besondere Herausforderung in der Umsetzung war es, in einem Sozialraum, in dem wenig öffentliche Infrastruktur vorhanden ist, Kontakte zu

den Menschen im Stadtteil aufzunehmen, um ihre Perspektive zu ergründen. In Schalke-Nord gibt es keine Cafés, keine Märkte, keine Picknickplätze, keine Liegewiesen am Kanal o.ä., wo die Forscher:innen sich in irgendeiner Weise am öffentlichen Leben hätten beteiligen können, nicht einmal eine Bäckerei findet sich in dem Wohngebiet. Unsere erste Frage war: Wo halten sich die Menschen hier auf? Wo treffen sie sich? Die Forscher:innen waren also zunächst auf den Straßen und Wegen im Quartier unterwegs, um einen Eindruck davon zu gewinnen, an welchen Orten so etwas wie öffentliches Leben stattfand. In den ersten Protokollen zu diesen Stadtteilsparaziergängen zeigen sich Hinweise auf *selbstorganisierte Orte*. Vor zahlreichen Häusern oder in Höfen stehen ausrangierte Tische, Stühle oder Sofas. Diese Plätze werden von den Leuten selbst vor und an ihren Häusern errichtet und sind in diesem Sinne quasi *halb-öffentlich*, d.h. man muss zu einer besonderen Gruppe gehören, um sich hier treffen zu können:

Auf meinem Weg durch die Freiligrathstraße spreche ich eine Frau an, die Einkäufe in ein Haus trägt. Meine Frage, welche Treffpunkte, Orte und -möglichkeiten es in der Umgebung gibt, beantwortet sie negativ. Sie sagt, dass es solche Dinge in Schalke-Nord eigentlich gar nicht mehr gäbe. In dieser Straße aber würden berufstätige deutschstämmige Menschen wohnen. (...) Sie erwähnt, dass ich, sollte ich einen kleinen Schlenker durch die Straße Im Sundern machen, dort Menschen nicht-deutscher Herkunft treffen könnte. Diese würden dort für sich bleiben und seien muslimischen Glaubens. Ich frage sie, ob ich dort auch Menschen osteuropäischer Herkunft treffen könnte. Sie erwähnt, dass es davon sehr sehr viele in der Josefinenstraße gäbe. (Beobachtungsprotokoll_SF3/Zeile 13-21)

Auch im weiteren Verlauf beziehen sich die Menschen immer wieder auf Zugehörigkeiten zu besonderen Gruppen entlang ethnischer Unterscheidungen. Diese Unterscheidungen werden wiederum mit bestimmten Attributen verbunden (hier z.B. „deutschstämmig“ und „berufstätig“ oder „rumänisch“ und „dreckig“ an anderer Stelle). Aufgrund der eigenen offensichtlichen Zugehörigkeit bzw. dem sichtbaren *Deutschseins* der Wissenschaftler:innen ergeben sich Kontakte auch zunächst vor allem in dieselbe Gruppe hinein. In den ersten Wochen beschränkt sich die Datenerhebung im Projekt auf Beobachtungen des Straßenlebens und kurze Gespräche mit Bewohner:innen und Kindern auf der Straße. Schließlich entsteht aus einem solchen Gespräch auf einem Spielplatz ein Kontakt zu einer Gruppe von Müttern, die sich an dem Anliegen des Forschungsprojekts sehr interessiert zeigen. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen werden zu weiteren Treffen auf den Spielplatz eingeladen und dann von den Müttern zu verschiedenen Elterncafés des örtlichen Familienzentrums und der Grundschule mitgenommen.

Kurz bevor wir gehen, kommen noch weitere Frauen mit Kindern. Die eine Mutter stellt uns vor und verweist auf das Elterncafé, das nach den Sommerferien wieder

stattfindet – „da können wir dann weiterquatschen“. Ansonsten „immer so ab mittags um drei, da kommen alle aus den Häusern“. „Kommt einfach vorbei. Da können wir dann weiterschauen, was ihr so wissen wollt.“ Die Mütter sind offenbar vernetzt, treffen sich hier regelmäßig, teilen sich Aufgaben („Wer bringt heute Wassereis mit?“). (Beobachtungsprotokoll_AS2/Zeile 246-253).

Im Laufe des Projekts begleiten die Forscher:innen die Eltern u.a. zu einem Benefizevent im Rathaus, bei dem einzelne Initiativen sich um Spendengelder bewerben können („Teile Geld fair. Bezirksforum Gelsenkirchen“). Sie gehen zu selbstorganisierten Treffen, wie einer Bastelgemeinschaft, zum Treffen der Schulpflegschaft, treffen die Eltern zum Kaffee trinken oder besuchen sie zu Hause, wo sogenannte „Küchengespräche“ mit anderen Bewohner:innen, Freund:innen und Kolleg:innen von den Eltern organisiert werden. Die Eltern ermöglichen, planen und gestalten z.T. in Eigeninitiative Interviewgespräche und ethnografische Gruppeninterviews. Auf diese Weise organisieren die Anwohner:innen auch das Sampling, während die Projektmitarbeiter:innen beobachten und Aktionen und Begegnungen der Eltern protokollieren. Zudem wird eine Stadtteil-Foto-Safari mit Kindern durchgeführt, bei der die Kinder den Forscher:innen *ihre* Orte im Stadtteil zeigen, die sie als irgendwie besonders erleben.

Die Mädchen schlagen vor, hoch zum Wendehammer zu laufen. Ein Mädchen erzählt, dass sie dort mit einer Freundin zum Inliner fahren und „chillen“ hingeht. Auch die übrigen Kinder scheinen den Ort zu kennen: Die Mountainbike-Route kennen sie alle, ebenso den kleinen Wald, der von dort aus zu erreichen ist. (...) Am Wendehammer klettern die Jungs auf einen Nussbaum. Von dieser Situation werden viele Fotos gemacht, es stellt für die Jungs offensichtlich ein Highlight der Fotosafari dar. Die Jungs pflücken ein paar Nüsse und nachdem wir alle sie begutachtet haben, werden sie geknackt und probiert. (Beobachtungsprotokoll_AS3/Zeile 105-124)

Die Fotos und Ergebnisse aus den Gesprächen werden im Anschluss mit Kindern und Eltern besprochen und diskutiert (vgl. auch die als partizipativ beschriebene Methode des „Photovoice“ bei von Unger 2014, 69ff.). Ausgehend von der „Spielplatzgruppe“ zieht das Projekt konzentrische Kreise durch den Sozialraum. Die folgende Situation beschreibt ein Treffen mit 15 Eltern aus sieben Nationen im Elterncafé der Grundschule, das auch von den Müttern selbst organisiert wird:

Anna stellt mit dem Beamer die ausgewählten Protokollauschnitte und Zitate vor. (...) Als es um konkrete Verbesserungsvorschläge geht, wird gesagt, dass man deutlich sieht, dass es so viel Verfall gibt und dass die Spielplätze von Grund auf neu gebaut werden müssten. Die Eltern gehen in ein Gespräch darüber, wie es gelingen kann, die dann aber auch „vernünftig zu pflegen“. Es wird gesagt, dass man vielleicht gemeinsam bauen sollte, dann würden es die Leute auch mehr schätzen. Nach Ansicht der Beobachtungsprotokolle über unsere Begehungen sind sich die Leute einig, dass es überhaupt mehr öffentliche Plätze braucht. Unsere Idee von einem Stadtteilzentrum

wird sofort abgenickt. Platz genug wäre dafür wohl vorhanden. (...) Der Idee von Grillplätzen auf den Spielplätzen wird dagegen vehement widersprochen. Die Mütter, vor allem Bettina, befürchten, dass die Spielplätze dann noch deutlich schlimmer vermüllt werden. Es wird auf den Nordpark hingewiesen, in dem es Grillplätze geben soll, die immer stark vermüllt sind. Als Alternative wird vorgeschlagen Picknickbänke und -tische aufzustellen. „Vielleicht auch ein Büdchen“, schlägt Fatime vor. „Das wäre das Sahnehäubchen.“ (Beobachtungsprotokoll_YS16/Zeile 21-36)

Im Kontext von Präsentation und Auswertung machen die Teilnehmer:innen bereits Vorschläge für eine Verbesserung der Situation in Schalke-Nord. Immer wieder wird dabei auch das Gefühl von „Unsichtbarkeit“ thematisiert. Vor dem Hintergrund der Foto-Safari der Kinder entsteht die Idee auf Seiten der Anwohner*innen, selbst auch eine „Müllsafari“ durchzuführen, bei der *wilde* Sperrmüllhaufen fotografiert wurden, um diesen Missstand zu dokumentieren, in die Datensammlung des Projekts einzubringen und eventuell darüber auch eine Veränderung zu erreichen.

Das Projekt endet mit verschiedenen Aktionen, die aus der Praxisforschung abgeleitet werden, mit einem klassischen Forschungsbericht und mit einer gemeinsamen Vorstellung in den Arbeitskreisen der Stadt.

Wie sich aus Forschung über Partizipation Ansätze partizipativer Aktionsforschung und Formen Sozialer Arbeit entwickeln

Mit dem Vorhaben der Forschung schließen wir an eine Tradition des „Participatory Action Research“ an,⁷ in der es darum geht, Wissen gemeinsam mit Alltagsbeteiligten zu generieren, um von den „unsichtbaren“ Rändern der Gesellschaft zu berichten und auf Partizipationsanliegen aufmerksam zu machen, letztlich um soziale Veränderungen zu erreichen (Fals Borda 1978). Damit argumentierten wir von Beginn an gegen die Vorstellung unserer (städtischen) Auftraggeber:innen, einen *Partizipationskoffer* zu entwickeln; wir befürchteten ein solcher *Koffer* würde lediglich der Instrumentalisierung von Partizipation als „Dekoration“ und „Pseudopartizipation“ dienen (vgl. Wright 2016). Man könnte mutmaßen, dass Partizipation als Gegenstand der Praxisforschung in diesem Sinne die methodische Partizipation der Leute auch an dem Praxisforschungsprojekt selbst

7 Hier vor allem an die südamerikanischen Überlegungen zu „Subversión y Cambio Social“ von Orlando Fals Borda (z.B. 1968/1978), der über eine kooperativ und solidarisch erzeugte Analyse der Perspektive von Bevölkerungsschichten, die sozio-ökonomisch an den Rändern der kolumbianischen Gesellschaft lebten, eine soziale Praxis „positiver Subversion“ anstoßen wollte.

thematisch und heuristisch vorbereitete. Ungeplant, aber entlang dieses *Geistes* der Aktionsforschung, entwickelte das Projekt auch in den unterschiedlichen Phasen seiner Durchführung partizipative Ansätze.

Letztlich nutzten die Menschen, die an dem Projekt mitwirkten, dieses, um für ihre Anliegen und ihre Perspektive auf ihren Stadtteil eine Öffentlichkeit zu schaffen:

Guck dich hier um im Stadtteil. Hier ist nichts Schönes mehr. Wir haben keine Spielplätze, wir haben keine Ordnung, wir haben keine Sauberkeit. Alles, was wir hier haben, ist Verfall. Es verfällt alles, weil keiner sich mehr drum kümmern will. Auch weil Menschen, die hier leben, alles kaputt machen. [...] Früher war die Kurt-Schumacher-Straße belebt. Es gab Menschen, es gab Cafés, es gab Geschäfte. Heute gibt es nichts mehr. (Int.1/Zeile 15-21)

Das Gefühl, dass das gemeinschaftliche Leben verschwindet, findet sich in vielen Aussagen, Beobachtungen, Erzählungen als eigene Relevanzsetzungen der Leute. Es herrscht der Eindruck vor, von „der Politik“ vergessen zu sein. Die Betreuungs- und Angebotssituation für Kinder wird ebenso thematisiert, wie die Abwesenheit „ordentlicher Jobs“ oder die zahlreichen gewaltsamen Konflikte und der Schmutz, der das Erscheinungsbild des Stadtteils prägt. In verschiedenen Auswertungsschleifen wird „Unsichtbar Sein und Sichtbarwerdung“ zentrale Kategorie und Thema für die weitere Zusammenarbeit.

Die Eltern beschlossen, sich bei der Stadt Gelsenkirchen um Gelder für die Gestaltung des Spielplatzes an der Schule zu bewerben. Ein Mitarbeiter aus dem Projekt begleitete sie dabei. Mit einem Photovoice-Projekt, das die Müllhaufen im Stadtteil dokumentierte, wurde erreicht, dass die städtische Müllabfuhr Extratouren durch den Stadtteil fuhr. Die Kinder wünschten sich einen öffentlichen Garten, für den wir in Kontakt mit der Grundschule traten. Insgesamt wurden viele kleine und größere Ansätze entworfen. Mit Bezug auf die Veröffentlichung der Ergebnisse entstand die Idee, aus den Fotos der Kinder einen „Schalke-Nord-Kalender“ drucken zu lassen und diesen auf dem Weihnachtsmarkt zu verkaufen oder zu verschenken. Auch dahinter stand das Anliegen, sichtbar zu werden; die Weihnachtsmarktbesucher:innen sollten sehen, dass Schalke-Nord existierte, auch außerhalb des Fußballmythos' (siehe Zitat zu Beginn). Die Bilder sollten Anlass zum Gespräch sein, aber auch der Veröffentlichung dienen.

Ansätze von Aktionsforschung für und als Soziale Arbeit weiter- und wiederdenken

Obwohl das vorgestellte Projekt verschiedene Aspekte partizipativer Forschung ausprägt, ist es keine originär angelegte „Participatory Action Research“ (vgl.

z.B. Kemmis/McTaggart 2005). Uns stellte sich in Durchführung und Planung weniger die Frage der Beschaffenheit eines kooperativ hervorgebrachten Wissens und auch für die breit diskutierte, methodologische Herausforderung, was wissenschaftliche Wissensproduktion eigentlich von derjenigen einer gelebten Praxis in solchen Projekten unterscheidet, drehten wir kaum eine systematische Reflexionsschleife. Wir waren demgegenüber viel zu sehr damit beschäftigt, mit den Leuten ihren Alltag zu verstehen, Themen mit ihnen *auszupacken*, Aktionen zu planen und uns letztlich auch wieder aus dem Feld zu verabschieden. Wenn man sich den benannten Vierschritt – Beziehungsaufbau, Verstehen von Lebenswelt, Operationalisierung der Anliegen und Verabschiedung aus dem Feld – einmal vor Augen führt, waren wir im Kontext eines sozialpädagogischen Forschungsprojektes eigentlich als Sozialarbeiter*innen unterwegs. Unser Projekt beinhaltete, persönlich und zeitlich begrenzt, sowohl Aspekte von Empowerment als auch Aspekte Lebensweltorientierter Sozialer Arbeit im Sinne des partizipativ-reflexiven Zugänglichmachens einer Art *Draufsicht auf die eigenen Lebenszusammenhänge*. Auch verschiedene Ambivalenzen, die der Sozialen Arbeit immanent sind, finden sich in unserem Praxisforschungsprojekt, z.B. die schwierige Balance zwischen Nähe und Distanz: Die wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen wurden z.T. Verbündete und Vertraute. Sie mussten sich aber aus dem Feld auch wieder verabschieden. Während die Menschen in Schalke-Nord sich weiter in ihren Küchen oder Höfen trafen, kehrten wir an die Hochschule im beschaulichen Münster zurück. Es ergaben sich Feldrollendiffusionen und unklare Spielräume der einzelnen Beteiligten. Die Parallelen zu Bedeutungskonstruktionen und Herstellungspraxen Sozialer Arbeit sind unübersehbar. Dies wirft im Sinne eines „Doing Social Work“ (Aghamiri et al. 2018) die Frage auf, ob partizipativ ausgerichtete (ethnografische) Praxisforschung in der Sozialen Arbeit nicht auch immer schon Soziale Arbeit ist. Das Konzept geht davon aus, dass Soziale Arbeit, wie soziale Wirklichkeit generell, eine interaktive Konstruktionsleistung *aller* beteiligten Akteur*innen darstellt. Das bedeutet, dass sie im Handeln derjenigen entsteht, die auf Wissen darüber, was Soziale Arbeit kann, soll und ausmacht, in ebendiesem Handeln Bezug nehmen. Soziale Arbeit wird demnach in der gemeinsamen (Aus)Handlung zwischen Adressat:innen und Professionellen in spezifischen Situationen reproduziert und produziert. In Forschungsperspektive wäre Wissen über Soziale Arbeit also auch gemeinsam hergestellt und in interaktiver Aushandlung in Praxis gebracht. Das aktivistisch-pädagogische *Geheimprojekt* der Sozialen Arbeit würde sich in der Reflexion kooperativer Forschungspraxis als wechselseitigen Aneignungsprozess vielleicht ein wenig relativieren lassen. Weil Aneignung die gleichzeitige Veränderung von innerem Verständnis und äußerem Handeln der Subjekte nach sich

zieht, stünde in einer solchen Perspektive ein *beidseitiges Lernen* im Mittelpunkt, weniger die Idee, dass die eine Partei die andere befähigt oder empowert. Partizipative Forschung im Sinne eines „Doing Participatory Research“, die eben die dort entstehenden Rollendiffusionen, Spielräume, Deutungsvariationen, Nutzen, Nutzungen oder auch Beschädigungen anschaut, bedient sich ähnlicher Mittel wie die Praxis (gut gemachter) Sozialer Arbeit selbst. Als Aktionsforschung treten beide in eine durch ähnliche Prinzipien geleitete Verbindung.

Literatur

- Aghamiri, Kathrin/Reinecke-Terner, Anja/Streck, Rebekka/Unterkofler, Ursula (Hg.) 2018: Doing Social Work. Ethnografische Forschung in der Sozialen Arbeit. Opladen, Berlin, Toronto
- Breidenstein, Georg/Hirschauer, Stefan/Kalthoff, Herbert/Nieswand, Boris (Hg.) 2013: Ethnografie. Die Praxis der Feldforschung. Konstanz/München
- Fals Borda, Orlando 1978: Über das Problem, wie man die Realität erforscht, um sie zu verändern. In: Moser, Hans; Ornauer, Helmut (Hg.) Internationale Aspekte der Aktionsforschung. München: S. 78-112
- Girtler, Roland 2004: 10 Gebote der Feldforschung. Münster
- Grunwald, Klaus/Thiersch, Hans 2018: Lebensweltorientierung. In: Graßhoff, Günther et al. (Hrsg.), Soziale Arbeit. Wiesbaden: S. 303-315
- Kemmis, Stephen/McTaggart, Robin 2005: Participatory Action Research: Communicative Action and the Public Sphere. In: Denzin, Norman K.; Lincoln, Yvona S., (Hg.) The SAGE Handbook of Qualitative Research. 3rd ed. London
- May, Michael/Alisch, Monika 2017: Methoden der Praxisforschung im Sozialraum. Opladen; Berlin; Toronto
- Moser, Heinz 2008/2014: Instrumentenkoffer für die Praxisforschung. Eine Einführung. 5. überarb. Aufl. Zürich
- Negt, Oskar/Kluge, Alexander 1973: Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit. Frankfurt a.M.
- Partizipationsindex 2018: Gesellschaftliche Teilhabechancen von Gelsenkirchener Kindern. Online unter: https://www.gelsenkirchen.de/de/Familie/Netzwerke/Jedem_Kind_seine_Chance/_doc/_2018_Gesellschaftliche_Teilhabechancen_von_Gelsenkirchener_Kindern.pdf (Zugriff: 31.08.2022)
- Scholten, Lisa/Jepkens, Katja i. E. 2022: Formalisiertes und informelles Engagement: Chancen und Herausforderungen der Teilhabe spezifischer Engagementformen. In: Gille, Christoph/Jepkens, Katja (Hrsg.): Zivilgesellschaftliches Engagement: Ausschlüsse und Teilhabe. Sonderband Voluntaris
- Spradley, James P. 1980: Participant observation. Fort Worth
- Sturzenhecker, Benedikt/Schwerthelm, Moritz 2015: Gesellschaftliches Engagement von Benachteiligten fördern: Band 1 + Band 2. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung

- Thiersch, Hans 1997: Lebensweltorientierte soziale Arbeit. Aufgaben der Praxis im sozialen Wandel. 3. Aufl. Weinheim und München
- Van Rieën, Anne/Jepkens, Katja 2020: Nutzen, Nicht-Nutzen und Nutzung Sozialer Arbeit. Theoretische Perspektiven und empirische Erkenntnisse subjektorientierter Forschungsperspektiven. Wiesbaden
- Wright, Michael 2016: Partizipation: Mitentscheidung der Bürgerinnen und Bürger. BZgA. Online unter: <https://www.leitbegriffe.bzga.de/alphabetisches-verzeichnis/partizipation-mitentscheidung-der-buergerinnen-und-buerger/> (Zugriff am: 04.01.2022)

*Kathrin Aghamiri, Fachhochschule Münster, Fachbereich Sozialwesen,
Friesenring 32, 48147 Münster
E-Mail: k.ghamiri@fb-muenster.de*

1972— 2022 50 Jahre graswurzel revolution

die graswurzelrevolution kommentiert
die aktuelle Politik und Kultur
aus gewaltfrei-anarchistischer Sicht.

Probeexemplar oder Abo:
www.graswurzel.net
twitter: @graswurzelrevo1
insta: @graswurzelrevolution



Psychosozial-Verlag

Irina Bühler

Als Forschende in der Partizipativen Forschung

Rollenperformanz
und Rollenkonflikt

Februar
2023



ca. 270 Seiten • Broschur • € 39,90
ISBN 978-3-8379-3231-7

Irina Bühler reflektiert konkret und praxisnah ihre Tätigkeit als Forscherin innerhalb einer inklusiven Forschungsgruppe. Mit den Mitteln der Ethnopsychanalyse skizziert die Autorin einen Weg, Rollenkonflikte, Verhaltenserwartungen, Widerstände und Formen der Gegenübertragung zum Gegenstand eines Austauschs zu machen und damit produktiv zu nutzen.

Oliver Decker, Johannes Kiess,
Ayline Heller, Elmar Brähler (Hg.)

Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten

Neue Herausforderungen
– alte Reaktionen?

Leipziger Autoritarismus Studie 2022



402 Seiten • Broschur • € 29,90
ISBN 978-3-8379-3175-4

Auf Grundlage der Ergebnisse der seit 2002 zum elften Mal durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsumfrage zeigen die Autorinnen und Autoren der Leipziger Autoritarismus Studie, wie die Deutschen diese unsicheren Zeiten wahrnehmen, wie sich ihre Krisenwahrnehmung auf die politische Einstellung im Allgemeinen und auf autoritäre Dynamiken im Besonderen auswirkt.

Walltorstr. 10 • 35390 Gießen • Tel. 0641-969978-18 • Fax 0641-969978-19
bestellung@psychosozial-verlag.de • www.psychosozial-verlag.de



Andrea Nagy, Abram J. Lyons, Ines Arendt & Sarah Gzesh

Forschungssozialisation(en) in partizipativen Projekten: Ein transatlantischer Austausch zwischen Europa und den USA

Die Autor*innen forschen in partizipativ angelegten Forschungsprojekten mit unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in Italien, Österreich, Deutschland und in den USA. Unter Bezugnahme auf ihre jeweiligen Forschungssozialisationen verständigen sie sich über zentrale Themen entsprechender Forschungsdesigns, wie den Praxisbezug, den Veränderungsfokus, die Art und Weise des Einbezuges verschiedener Stakeholder, und schließen mit einem Ausblick auf die Frage nach der Vergesellschaftung partizipativer Forschung.

Einleitung

In der Fachdiskussion um partizipative Forschung im deutschen Sprachraum geht es im Wesentlichen um die Frage, welche Rechte und Teilhabe-Möglichkeiten den 'Beforschten', beziehungsweise außeruniversitären und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in der Planung und im Vollzug von Forschung eingeräumt werden können (Eßer et al. 2020). Diese Frage hat weitreichende Konsequenzen für Organisationsstruktur und Transparenz von Forschung, im Sinne einer erweiterten Demokratisierung (Eßer et al. 2020). Für die Soziale Arbeit ergibt sich ein entsprechender Anspruch an Demokratisierung von Wissensstrukturen aus der Menschenrechtsorientierung als auch aus dem Anspruch heraus gegen Unterdrückung und soziale Ungleichheit vorzugehen.¹ Die Art der Wissensproduktion, das Wissenschaft-Machen kann als soziale und politische Praxis beschrieben werden (vgl. Hark 2005), welche bestehende Ordnungen, Strukturen und 'Wahrheiten'

1 Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V./Fachbereichstag Soziale Arbeit e. V. (Hrsg.) (2016): Deutschsprachige Definition Sozialer Arbeit. URL: https://www.dbsh.de/media/dbsh-www/redaktionell/bilder/Profession/20161114_Dt_Def_Sozialer_Arbeit_FBTS_DBSH_01.pdf; 21.09.2022.

aufrecht erhalten, weiter entwickeln, irritieren, anfechten oder transformieren kann. Jedes Forschungsprojekt kann ungeachtet des wohlwollenden und fortschrittlichen Charakters seiner Ziele und Absichten die strukturellen Bedingungen reproduzieren, die Unterdrückung hervorbringen. Außerdem wurde sozial-unterdrückerische Voreingenommenheit schon oft auf Untersuchungszusammenhänge projiziert und mit der Anwendung einer 'objektiven' wissenschaftlichen Methode gerechtfertigt (vgl. Chilisa 2011). Wird Soziale Arbeit als kritische Handlungswissenschaft mit emanzipatorischem Anspruch konzipiert, welche „an der Notwendigkeit wie auch an der realen Möglichkeit einer gerechteren, freieren, menschenwürdigen Gesellschaft orientiert ist“ (Stender/Kröger 2013, 96), dann müssen Forschungsprojekte so konzipiert werden, dass der emanzipatorische Ansatz der Sozialen Arbeit auch in der Forschung zum Tragen kommen kann (vgl. Strier 2007). Durch den Einbezug von Adressat*innen und Nutzer*innen Sozialer Arbeit, insbesondere Bevölkerungsgruppen mit „schwachen politischen Interessen“ (Clement et al. 2010, 13) in die Planung und Durchführung von Forschungen, kann sich die Wissensproduktion stärker an deren Lebensinteressen ausrichten. Die klassische Hierarchisierung zwischen Forschenden und Beforschten wird in solchen Projekten flacher, wenn auch nicht völlig aufgehoben. Ein Fokus auf Veränderung, bei gleichzeitigem Einbezug verschiedener Interessensgruppen in den Forschungsprozess, kann dazu beitragen, dass positiver Wandel stattfindet, dass sich „schwache Interessen“ besser repräsentieren lassen oder entsprechende Kompetenzen gefördert werden. Dies erfordert jedoch eine Selbstreflexivität, mit der auch „Grundannahmen und Setzungen – Naturalisierungen“ (Eßer et al. 2020, 11) des Wissenschaftsbetriebes hinterfragt werden. Eine Sozialisation im gängigen Wissenschaftsbetrieb befördert eine solche Selbstreflexion in der Regel nicht. Im Sinne partizipativer Forschung kann also gefragt werden, wie die wissenschaftliche Sozialisation tatsächlich stattfindet, beziehungsweise selbstreflexiv bewertet wird, bei Forschenden, die partizipative Projekte durchführen. Woran orientieren sie sich? Wozu grenzen sie sich ab? In welchen Zusammenhängen sehen sie den Anspruch an wissenschaftliche Selbstreflexion erfüllt, und wo stellen sie auch eine Veränderung im Wissenschaftsbetrieb fest? Wo verorten sie Hindernisse, Grenzen und Gefährdungen entsprechender Entwicklungen?

Die Autor*innen des vorliegenden Artikels behandeln diese Fragen anhand ihrer eigenen Forschungssozialisation(en) in unterschiedlichen Kontexten in den USA und Europa. Sie forschen unabhängig voneinander in partizipativen Projekten, zum Beispiel mit Menschen mit Lernbehinderung und Studierenden der Sozialen Arbeit, mit Erwachsenen mit Alkoholabhängigkeit in indigenen Communities, mit Opiatkonsument*innen und Sozialarbeiter*innen, mit Menschen in illegalen Straßenökonomien, die sozialarbeiterische Angebote zur Schadensminimierung

und zur sichereren Drogen-Nutzung wahrnehmen. Anlässlich eines Fulbright-Aufenthalts einer der Autor*innen treten sie in einen transatlantischen Austausch und verständigen sich über zentrale Erfahrungen, Praxisbeispiele und theoretische Bezugspunkte in partizipativen Projekten. Der Artikel geht essayistisch vor und lässt zunächst jede(n) Autor(in) aus seiner/ihrer wissenschaftlichen Projekt-Erfahrung 'sprechen', bevor zentrale Themen elaboriert werden, um mit einem Ausblick auf die Frage der Vergesellschaftung partizipativer Forschung zu schließen.

Andrea: Praxisorientierung, Aktion und Veränderung in qualitativen partizipativen Lehr-Forschungsprojekten – Forschungssozialisation der nächsten Generation

In einem einjährigen Forschungsprojekt zur *Inklusiven Medienarbeit*, das ich mit Studierenden und Menschen mit Lernbehinderungen durchgeführt habe, entstanden Forschungsideen aus der Sozialarbeitspraxis mit Menschen mit Lernbehinderungen. Ein in diesem Rahmen umgesetztes Projekt entwickelte sich aus dem beruflichen Umfeld Wohn Einrichtung für Behinderte, wo aufgegriffen wurde, dass die Bewohner*innen gerne selbst kochten und gerne auch Kochshows im Fernsehen anschauten. Daraus entstand die Idee, ein Video einer Kochshow zu produzieren (*Kochen ohne Oliver*), in der die Protagonist*innen Menschen mit Lernbehinderungen sind. Studierende akquirierten ihre Forschungsfragen für die Abschlussarbeiten in dieser gemeinsamen Aktion der Videoproduktion und führten ihre Aktionsforschung in einer Gruppe von fünf Studierenden mit fünf Menschen mit Lernbehinderung durch. Menschen mit Behinderung waren nicht nur als Darsteller*innen aktiv, sondern auch bei der Videoproduktion selbst. Forschungsfragen, die im Rahmen der Abschlussarbeiten erforscht wurden, betrafen zum Beispiel den Gruppenprozess oder Dimensionen der Selbsterfahrung und des Lernens in diesen gemischten Gruppen. Emanzipatorisch wirkt diese Aktionsforschung vor dem Hintergrund, dass die „Besetzung von Charakteren mit Behinderung durch Schauspieler mit eigener Behinderung immer noch ungewöhnlich“ ist (Bosse 2016), dass das Bild von Menschen mit Behinderung in den Medien oft nicht durch sie selbst bestimmt wird, beziehungsweise sich „Betroffene und ihre Angehörigen in den Medien sowohl quantitativ als auch qualitativ oftmals nicht angemessen repräsentiert“ fühlen (Radtke 2006, 120), und dass die Aktion im Rahmen der Aktionsforschung in diesem Bereich etwas bewegt, zunächst für die Teilnehmer*innen selbst. Durch eine Kooperation mit *Menschen und Medien*, einer audiovisuellen Medienwerkstatt, die es jungen Erwachsenen mit Behinderung ermöglicht, ihre medialen Kompetenzen anzuwenden und zu erweitern, verknüpfen

sich die Forschungsprojekte auch mit einem im weiteren Sinne politisch-ideellen Zusammenhang, in dem es darum geht, gleiche Teilhabechancen für Menschen mit Behinderung in Bezug auf Film und Fernsehen zu schaffen, Barrieren zu verringern, mit denen Menschen mit Behinderung in Bezug auf Arbeitsbereiche und Karriere-möglichkeiten im Bereich Film und Fernsehen konfrontiert sind. Den wissenschaftlichen Boden für das Forschungssetting bereitete der *Practitioner Research* (Lunt et al. 2010), der *Practice und Action Research* (Uggerhøj et al. 2018) aus U. K. mit einer Forschungsausrichtung, die sich im *Salisbury Statement* (Salisbury Forum 2011) formiert, und zur 'evidence based practice' (Kjeld/Shaw 2017) samt zugehörigem Wissenschaftsverständnis abgrenzt. Mit dem Unterschied zur deutschsprachigen Literatur im Rahmen der Debatten der 1970er und 80er Jahre zu Aktions- und Handlungsforschung verortet sich diese Richtung sozialarbeitsspezifischer, und vielleicht salopp gesagt auch weniger mit einem Impetus des *Wir wissen wie's geht die Welt zu verändern*, was einst dem Elan und vielleicht auch der Zuversicht in positiven Wandel und Fortschritt einer von der Student*innenbewegung geprägten kritisch-engagierten Gesellschaft entsprach (Altrichter/Gstettner 1993), die in dieser Form nicht mehr besteht. Gedacht wird in einer Dimension des 'kleinen Beitrags' zu positivem Wandel. Obwohl die Projektwerkstatt zur Inklusiven Medienarbeit sich im Tun für die Beteiligten emanzipatorisch anfühlte, lässt sich das Projekt auf einer Partizipationsskala von Arnstein (1969) lediglich als Vorstufe zur Partizipation einordnen, wo die Beteiligten zwar aktiv im Prozess involviert sind, die Ausrichtung der Forschung jedoch mehr informell als in Form eines verbrieften Rechtes mitgestalten. Ein sehr kleiner Beitrag ist es auch in Bezug auf eine veränderte Wissensproduktion, weil das Projekt wenig Aufmerksamkeit bekommt. Weder im Wissenschaftsbetrieb, wenn der Fokus nicht auf der Publikation in einer renommierten Fachzeitschrift liegt, noch für die Forschenden selbst, die Masterstudierenden, die in einem Feld tätig sein werden, in dem es an Anerkennung mangelt (vgl. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft et al. 2017). Welche Ressourcen brauchen sie, um diese Art der wissenschaftlichen Produktion in emanzipatorischem Interesse weiterzuentwickeln, transparent darzustellen, gegen etabliertere Formen und Hierarchien der Wissenschaftsproduktion zu behaupten?

Abram: Ein partizipatorischer Ansatz im quantitativ ausgerichteten Forschungsprojekt – Durchführung einer randomisierten Kontrollstudie mit indigenen Communities in den USA

Die Vereinigten Staaten von Amerika befinden sich auf dem angestammten Gebiet von über 574 verschiedenen indigenen Stammesnationen (Saenz 2020).

Seit der Ankunft der Europäer*innen auf dem Gebiet des heutigen Nordamerikas haben die Siedler*innen die Gesellschaften der indigenen Bevölkerung durch eine Politik der Landnahme und der kulturellen Auslöschung zerstört (Dunbar-Ortiz 2014). Die Rechtfertigung für die euro-amerikanische Gewalt gegen indigene Völker ist zum Teil auf Ideologien der Aufklärung zurückzuführen, auf deren Grundlage sich ein System zur Erkenntnis objektiver Wahrheiten durch empirische und rationale wissenschaftliche Diskurse herauskristallisiert hat (vgl. Smith 1999), das auf der Weltanschauung der dominanten Kultur basiert. Innerhalb dieses Denksystems werden andere Lebensweisen als primitiv und unzivilisiert eingestuft (Smith 2014). Historisch gesehen wird die Wissenschaft seit der Aufklärung durch einen Diskurs bestimmt, in dem indigene Völker anhand euro-amerikanischer ethnozentrischer Erzählungen dargestellt werden, während lokale indigene Beiträge marginalisiert werden (vgl. Smith 2014). Darüber hinaus haben selbst wohlmeinende euro-amerikanische Forscher*innen, die kein Schema für das Verstehen indigener Lebensweisen besaßen, indigene Kulturen und Communities falsch dargestellt oder waren ihnen gegenüber unsensibel (vgl. Foulks 1989). Im Rahmen partizipativer Forschung hingegen, arbeiten die Forscher*innen während des gesamten Projekts mit der Community zusammen, um sicherzustellen, dass die für das Wohlergehen der Gemeinschaft wichtigen Belange berücksichtigt werden, und um Community-Repräsentant*innen die Möglichkeit zu geben, auf kulturell informierte Weise bei der Interpretation mitzuwirken. Ich war Teil eines staatlich finanzierten US-Forschungsprojektes, das Elemente von *Participatory Action Research* (PAR) – Methoden in indigenen Communities zur Anwendung brachte. Für die folgende Beschreibung des Projektes stütze ich mich auf zwei Veröffentlichungen: das Methodenpapier des Projektes (McDonell et al. 2016) und ein detailliertes Implementierungspapier (Hirschak et al. 2021). Meine Beschreibung des Projektes muss sich auf bereits veröffentlichte Publikationen beschränken, da diese von den Aufsichtsgremien der Communities genehmigt wurden. Das Hauptziel des Forschungsprojektes bestand darin, die Wirksamkeit einer Kontingenzmanagement-Intervention unter alkoholabhängigen Indigenen aus drei geografisch unterschiedlichen Stammesgemeinschaften zu untersuchen (McDonell et al. 2016). Wir verwendeten ein randomisiertes Kontrollversuchsdesign für einen Vergleich zwischen Teilnehmer*innen der Interventionsgruppe und der Kontrollgruppe (McDonell et al. 2016). Wir haben in jeder Phase der Untersuchung PAR-Elemente eingesetzt, um die Akzeptanz und Nachhaltigkeit des Projekts in jeder teilnehmenden Community sicherzustellen (Hirschak et al. 2021). Vor der Datenerhebung erhielten wir die Forschungsgenehmigungen der Communities und unterzeichneten

Vereinbarungen zur gemeinsamen Nutzung der Daten in Bezug auf jeden der Datenerhebungsorte (Hirschak et al. 2021; McDonell et al. 2016). Die erarbeiteten Vereinbarungen zur gemeinsamen Datennutzung waren auf die Spezifikationen jedes Standorts zugeschnitten und formalisierten die Kontrolle der Communities über Entscheidungen, die im Verlauf der Untersuchung und in Bezug auf die Verbreitung der Erkenntnisse getroffen wurden (Hirschak et al. 2021). Unserer primären quantitativen Datenerhebung ging an jedem Standort eine Fokusgruppenerhebung voraus, mit der sichergestellt wurde, dass die Forschung Elemente berücksichtigte, die den lokalen kulturellen und sozialen Praktiken entsprachen, wodurch unter anderem die Beteiligung der Ältesten und Leiter der Community erhöht werden konnte (Hirschak et al. 2018). Wir trafen uns wöchentlich mit den Forscher*innen der Communities und einmal jährlich mit einem Beratungsgremium der Communities (Hirschak et al. 2021; McDonell et al. 2016). Jede Dissemination wurde zuvor im Rahmen eines strengen Genehmigungsverfahrens geprüft, an dem Ethikausschüsse der Communities an jedem Standort beteiligt waren (McDonell et al. 2016). Um Schaden zu vermeiden und Stigmatisierung zu verringern, wurden bei Forschungsberichten jeweils Beiträge aus der Perspektive und Position der Communities berücksichtigt (McDonell et al. 2016). Die intensive Zusammenarbeit des Forschungsteams mit den Communitypartnern zu jedem Zeitpunkt des Projekts war Grundlage für den Projekterfolg (Hirschak et al. 2021). Das Forschungsprojekt hat gezeigt, wie durch partizipative Zugänge Demokratisierung und Emanzipation gefördert werden können, indem die Aufrechterhaltung unterdrückender Praktiken und schädlicher Narrative durch eine entsprechende partizipative Forschungspraxis minimiert wird. Die Frage nach dem eigenen Bias gegenüber indigenen Communities bleibt jedoch bestehen und muss aufgrund der gegebenen geschichtlichen Zusammenhänge immer neu hinterfragt und reflektiert werden.

Ines: Expert*innen versus Expert*innen „Tuning“ oder „Clash“?

Die Perspektive, ältere Opiatkonsument*innen oder Adressat*innen als „Expert*innen aus Erfahrung“ (experts by experience) oder Expert*innen ihrer eigenen Lebenswelt anzusehen, kann in jedem Fall zumindest als „gut gemeinter“ Ansatz zur Demokratisierung von „Expertisen“ gelten. Während der Arbeit an meinem Dissertationsprojekt zum Thema *Nutzen von sozialarbeiterischen Hilfen der Sucht- und Drogenhilfe für ältere Opiatkonsument*innen aus Nutzer*innenperspektive und Fachkräftesicht* (umgesetzt an der Freien Universität Bozen-Bolzano/Italien) versuche ich, den Fokus auf die Perspektive der

Nutzer*innen/Adressat*innen auf ihre lange währenden Unterstützungs- und Versorgungsprozesse zu richten und frage ihre Expertise in Interviews ab, was unter anderem einen neuen interessanten Blick auf die Entwicklung, beziehungsweise Professionalisierung der Sozialarbeit aus Sicht der Nutzer*innen ermöglicht. Das Projekt bezieht die „Stimmen der Adressat*innen“ (Bitzan et al. 2006) ein und nutzt dafür unter anderem die theoretischen und empirischen Ansätze der Adressat*innen- und Nutzer*innenforschung (Oelerich/Schaarschuch 2006, Bitzan/Bolay 2017, Graßhoff 2013, Streck 2016, van Rieën/Jepkens 2020 und die Fachgruppe ‘Adressat*innen, Nutzer*innen und (Nicht)Nutzung Sozialer Arbeit’ in der DGSA), die allesamt eher aus einer kritischen Sozialarbeit stammen und – mit den Worten der Fachgruppe ausgedrückt – „die Perspektive von Adressat*innen und Nutzer*innen Sozialer Arbeit auf Soziale Arbeit in Praxis, Politik, Lehre und Forschung in den Fokus rücken“ (DGSA 2022). Hierbei handelt es sich auch um Ansätze, die vor allem in den letzten Jahren meine Sicht auf die Praxis der Sozialen Arbeit geprägt haben und Implikationen für meine Forschung mit sich führen.

Das Erheben und Darstellen mehrerer Perspektiven begrenzt vom Ansatz her die Alleinstellung einer wertneutral gedachten Expertise der Wissenschaft und die Adressat*innen oder Nutzer*innen repräsentieren eine wichtige andere Perspektive; eine, die nach Maßgabe berücksichtigt werden sollte. Die damit einhergehende teilweise Aufweichung von Machtverhältnissen zwischen der Disziplin der Sozialen Arbeit, ihren Fachkräften und ihren Adressat*innen kann jedoch eine ganze Reihe von Problemen mit sich bringen: Zum Beispiel wenn durch die Zuweisung der Expert*innenrolle an die Nutzer*innen eine ‘Fake-Augenhöhe’ eingenommen wird, indem Forschung als partizipativ bezeichnet wird, sie in ihrer Anlage, Zielsetzung, Umsetzung und ihren strukturellen Verankerungen aber dennoch von Machtwirkungen durchdrungen ist, die vielleicht nicht reflektiert werden und vor allem den Adressat*innen nicht angemessen zugänglich gemacht werden. Ein weiteres Problem kann das der Responsibilisierung sein, nämlich wenn Personen (als Expert*innen) für das Scheitern einer Hilfsmaßnahme selbst verantwortlich gemacht werden (Albus/Ziegler 2013)² oder gar für ihre Situation oder Probleme, wie es im Kontext von Sucht oder Substanzkonsum – als Willensschwäche eingeordnet – häufig der Fall ist³. Diese Art der Zuweisung

2 Sehr anschaulich am Titel eines Beitrages: „You are not responsible for being down, but you are responsible for getting up. Über Empowerment“ von Ulrich Bröckling 2003, In: Leviathan, 31 (3), 323-344.

3 Z.B. Robert Bauer 2013: „Sucht zwischen Krankheit und Willensschwäche“, Tübingen.

von Verantwortung kann ein Klima erzeugen, in dem Adressat*innen sich in einer Bringschuld sehen, beziehungsweise in eine solche – auch in Bezug auf eine Forschungsbeteiligung – gedrängt werden. Auf dieser Grundlage stellt sich die Frage, ob Adressat*innen in einer Weise an Forschung(en) beteiligt sein wollen, die sie nur eingeschränkt selbst bestimmen können, häufig zudem ohne angemessene Kompensation ihrer Forschungsteilnahme. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass es für die älteren Opiatkonsument*innen in meiner Studie eine neue und positiv bewertete Erfahrung war, über ihre Erfahrungen mit der Alltagsgestaltung und Lebensführung und nicht nur zu ihren Problemen und Herausforderungen befragt zu werden. Der Transport entsprechender Ergebnisse kann potenziell zu einer Ent-Stigmatisierung der Personengruppe beitragen, die dann nicht mehr nur Opiatkonsument*innen sind, sondern auch beispielsweise Hobby-Segler, Musik- oder Katzenliebhaber*innen, PC-Freak und so weiter. Bewährt hat sich ein ehrlicher Einbezug der Forschungspartner*innen in dem eine symmetrische Kommunikation angestrebt wird, Machtverhältnisse dennoch bewusst gemacht und reflektiert werden, da diese nicht einfach verschwinden. Dadurch können Wissen und Perspektiven der Adressat*innen sichtbar werden – auch für eine Fachöffentlichkeit – die ansonsten wenig Raum einnehmen. In Bezug auf Forschung, die so verstanden wird, dass sie den Fach- und Wissenschaftsdiskurs bereichert und gleichzeitig hierarchische Strukturen der Disziplin und Forschung Sozialer Arbeit transformieren soll, beschäftigt mich am Ende meines Beitrages am meisten, wie der „Tanz“ zwischen Partizipation und der Art, wie wissenschaftliches Wissen bisher in Forschungseinrichtungen generiert und disseminiert wird, gelingen kann.

Sarah: Insider-Wissen – Die Notwendigkeit von PAR zur Schadensminimierung

Als Wissenschaftlerin, die sich in ihrer Forschung auf mehrfach marginalisierte Bevölkerungsgruppen konzentriert, bin ich überzeugt davon, dass PAR nicht nur eine ethischere Ausrichtung der Forschung ist, sondern auch ein besserer wissenschaftlicher Ansatz, wenn man mit entrechteten und gefährdeten Menschen arbeitet, weil es die Wirksamkeit von Interventionen erhöhen kann. Die US-amerikanische Bewegung für die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat den Satz „Nichts über uns ohne uns“ populär gemacht. Das bedeutet, dass Forscher*innen, politische Entscheidungsträger*innen und Praktiker*innen sich nicht anmaßen sollten, die Bedürfnisse der Bevölkerungsgruppen zu kennen, mit denen sie forschen, sondern dass sie deren Perspektiven bei der Entwick-

lung von Initiativen einbeziehen und fördern sollten. Auch wenn die derzeitige Forschung im Bereich der Sozialen Arbeit noch weit hinter dieser Richtlinie zurückbleibt, kann PAR „die Qualität, Gültigkeit, Sensibilität und Praktikabilität von Forschungsinstrumenten verbessern, indem das lokale Wissen von Gemeinschaftsmitgliedern einbezogen wird“ (frei übersetzt nach Minkler et al. 2012). Die Kombination qualitativer Methoden zur Einbindung von Stakeholdern mit quantitativen ergebnisorientierten Ansätzen erleichtert die Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse in der Praxis (Ivankova/Kawamura 2015).

In meiner klinischen Arbeit und Forschung verwende ich sowohl PAR als auch die Prinzipien der Schadensminimierung als Leitlinien. Schadensminimierung ist ein Spektrum von Strategien, die die Menschen dort abholen, wo sie sind. Sie wurden für und von Menschen entwickelt, die Drogen konsumieren, in der Sexarbeit tätig sind und an anderen Formen der illegalen Straßenwirtschaft beteiligt sind. Sowohl als Interventionsart als auch als eigenständige Orientierung hat sich die Schadensminimierung als äußerst wirksam erwiesen, wenn es darum geht, die Zahl der tödlichen Überdosierungen zu verringern, die Zugangsrate zu Behandlungsprogrammen für Drogenkonsument*innen zu erhöhen und die Häufigkeit von Verhaltensweisen zu reduzieren, die mit übertragbaren Krankheiten wie Hepatitis C und HIV/AIDS in Zusammenhang stehen, einschließlich der Risiken, die mit dem gemeinsamen Gebrauch von Nadeln und Sexarbeit verbunden sind (vgl. Levensgood et al. 2021).

Eine kürzlich erschienene systematische Übersicht (Valdez et al. 2020), die PAR für die Prävention des Substanzkonsums bei Jugendlichen untersucht, deckt sich mit den Ergebnissen anderer Überblicksarbeiten (Anyon et al. 2018; Shamrova/Cummings 2017) bezüglich der Vorteile von PAR für die Schadensminimierung und dem Engagement von Jugendlichen. Durch die Fokussierung auf lokales Wissen können auf die jeweiligen Gemeinschaften zugeschnittene Daten gewonnen werden, was die Verbreitung von Ergebnissen und begleitenden Interventionen unterstützt. Eine Studie beispielsweise bezog Jugendliche in jeder Phase mit ein, einschließlich der Ausarbeitung der Forschungsfrage (Berg et al. 2009). Die Ergebnisse zeigten einen geringeren individuellen Substanzkonsum, einen stärkeren sozialen Zusammenhalt unter den Teilnehmer*innen, sowie verbesserte Peer-Normen⁴ und ein verstärktes soziales Engagement, einschließlich der Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsträger*innen.

4 D.h. die Bildungserwartungen stiegen, die Zustimmung zum Drogenkonsum unter Gleichaltrigen sank.

In meiner klinischen Arbeit konnte ich ein ähnliches Phänomen beobachten, als ich bei einer gemeinnützigen Einrichtung in San Francisco, Kalifornien, ein Peer-basiertes Programm zur Schadensminimierung einführte. Nach einer Reihe von tödlichen Überdosierungen berief ich einen Jugendbeirat ein. Ich stellte fest, dass die Förderung des Engagements der Beteiligten durch gemeinsame Entscheidungsfindung zu höheren Rekrutierungsraten, geringerer Fluktuation und einer höheren Erfolgswahrscheinlichkeit führte.

Das Feld des PAR muss sich jedoch noch mit einigen Problemen auseinandersetzen und diese beheben, zum Beispiel ein uneinheitliches Maß an jugendlicher Beteiligung während des gesamten Forschungsprozesses, das Fehlen formalisierter Vereinbarungen und das Fehlen von Ergebnisbewertungsmaßstäben zur Beurteilung von PAR (Valdez et al. 2020). Die Tokenisierung von mehrfach marginalisierten jungen Menschen für extraktive Forschung ist das Gegenteil einer Schadensminimierung (Gaudry 2011). PAR hat das Potenzial, die Kluft zwischen akademischen Annahmen und den Realitäten vor Ort zu verringern, aber nur, wenn dies mit Integrität und Weitsicht geschieht. Wie können wir als Wissenschaftler*innen zu einem Konsens über die ethische und effektive Umsetzung von PAR kommen? Und was sind die Überlegungen für einen vorsichtigen Umgang mit dem lokalen Erfahrungswissen, da die Erforschung dieses Wissens selbst ja auch ein Schadenspotenzial enthält.

Diskussion und Fazit

Die Erfahrungsberichte stellen sehr unterschiedliche Aspekte partizipativen Forschens ins Zentrum: Einmal die Frage studentischer Forschungssozialisation an der Hochschule und die Frage nach der gesellschaftlichen Bewertung und Gewichtung einzelner Forschungszugänge und Disziplinen. Dann die Frage nach der Forschung mit indigenen Gemeinschaften in einer Weise, die ein Gegengewicht zu euro-amerikanisch ethnozentrischen Erzählungen schafft. Einmal die Frage nach Adressat*innen Sozialer Dienste und deren eigentlichen Interessen, sofern ein Forschungsanliegen nicht durch sie selbst initiiert oder angefragt wurde. Weiter die Frage nach der Angewiesenheit der Forschung Sozialer Arbeit auf die Betroffenen beim Thema Schadensminimierung und einem entsprechend sensiblen, reziproken Vorgehen in der Forschung mit Betroffenen, aber auch die potenzielle Gefahr der Schädigung lokaler Netzwerke durch die Forschung selbst. Jeder einzelne Fokus könnte im Sinne des Potenzials und der Begrenzungen partizipativen Forschens weiter elaboriert werden, was den Rahmen des vorliegenden Artikels sprengen würde. Was als übergreifendes Thema sowohl

eine Gemeinsamkeit in unserem transatlantischen Quartett bildet als auch die sozialpolitischen Unterschiedlichkeiten ein Stück weit erfahrbar macht, die sich in den Beschreibungen teilweise abbilden, ist ein spezifisches Verständnis Sozialer Arbeit, das einer normativen Ausrichtung an demokratischen Grundprinzipien folgt. Dieses Verständnis lässt sich gut mit einem Verständnis Internationaler Sozialarbeit verbinden, das sich an den Menschenrechten und Sozialer Gerechtigkeit ausrichtet (IFSW 2014) und im internationalen Austausch zwar keine Eintracht, aber tatsächlich ein verbindendes Element schafft. Folgt die Wissensproduktion Sozialer Arbeit dieser Ausrichtung, geht es darum, das soziale und politische Wissenschaft-Machen (vgl. Hark 2005) in einer Weise zu reflektieren, die der Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse zuträglich ist, zum Beispiel in Form der Herstellung eines Machtausgleiches zwischen privilegierten und unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen und damit verbundenen Wissensregimes. Die Idee des „situierten Wissens“ (als zentrales Konzept in Donna Haraways feministischer Objektivität, das in dieser Ausrichtung die Annahme wissenschaftlicher Neutralität ersetzt) bedeutet, dass alle Formen des Wissens die besonderen Bedingungen widerspiegeln, unter denen sie produziert werden, und auch die sozialen Standorte in Bezug auf gesellschaftliche Verhältnisse. Cooke and Kothari (2001) zeigen in ihrem Buch „Partizipation: die neue Tyrannei“ auf, dass Naivität gegenüber Machtfragen bei der Wissensproduktion selbst unter der Prämisse von (rhetorisch kolportierter) Partizipation im schlimmsten Fall systematisch dazu dienen kann, bestehende Ungleichheiten zu verstärken, anstatt sie zu überwinden, wodurch auch eine Entscheidung *not to participate on others' terms* legitim und nachvollziehbar wird. Im Sinne eines Machtausgleichs, beziehungsweise einer Machtbalance, müssten die Bedingungen der Wissensproduktion selbst transparent dargelegt und verhandelbar werden. Dazu braucht es entsprechende gesellschaftliche und institutionelle Strukturen, die dies einfordern, wodurch auch eine Machtbegrenzung einzelner Akteur*innen inklusive der Sozialen Arbeit selbst stattfindet. Alle geschilderten Forschungserfahrungen werfen zum Beispiel auch in Bezug auf die Ergebnisse die Frage auf, wem das Wissen gehört, das in partizipativen Forschungssettings entsteht. Wer bestimmt, was damit passiert? In Sarahs Forschungen könnte detailliertes Wissen über die an der Forschung beteiligten Gruppen in ordnungspolitischer Weise genutzt werden. Daher betont sie die ethischen Grundlagen sozialarbeiterischer Forschung, die genau dies verhindern sollen. Was auch immer Abram über die Forschungsergebnisse nach außen trägt, es muss mit den Aufsichtsgremien der an der Forschung beteiligten Communities abgesprochen werden. Die Missachtung dieser Vorgabe führt unweigerlich zu Konflikten mit dem Forschungspartner, welcher deren

Interessen vertritt. Dies wirkt im Sinne einer Machtbegrenzung auf etablierte Forschungsinstitutionen ein. Beim Organisierungsgrad selbstrepräsentativer Zusammenhänge hat das liberale Wohlfahrtsmodell der USA einen Vorsprung gegenüber den korporatistischen Modellen in Italien, Österreich und Deutschland (Esping-Anderson 1990). Richtet man den Blick auf Veränderungen, die tatsächlich eine positive Auswirkung auf gesellschaftspolitischer Ebene für die jeweiligen Forschungspartner*innen Sozialer Arbeit haben, dann sind zivilgesellschaftliche Akteur*innen unerlässlich: Um die Menschen mit Behinderung als Darsteller*innen in ihrer eigenen Filmproduktion ins Hauptabendprogramm zu bringen, um etablierte euro-amerikanisch ethnozentrische Erzählungen nicht weiterzuführen, um an der Perspektive der Adressat*innen ausgerichtete bedarfsorientierte Konzepte Sozialer Hilfe nicht nur fachlich, sondern auch politisch und in Bezug auf Ressourcenausstattung durch- und umzusetzen. Jane Addams zentrale Idee einer Demokratie ist die Identifikation mit dem gemeinsamen Los aller Menschen (Staub-Bernasconi 2019 in Bezug auf Addams 1902). Ihr Ziel war „die politische Demokratie durch eine soziale Demokratie – die sich in einer reziproken Beziehung, einem freien, gleichberechtigten Austausch und einer Kooperation sowie Kompromissfindung zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und Schichten zeige – ergänzt werden müsse“ (Oehler 2018, 256). Die Soziale Arbeit verfügt über einen privilegierten Zugang zu sozialen Gruppen, die – aus demokratietheoretischer Perspektive – vielfältige Interessen in einen potenziell von Freiheit, Gleichheit und Anerkennung geprägten offenen Widerstreit einbringen könnten (Schnurr 2011). Eine partizipative Forschungsausrichtung kann diesen demokratischen Ansatz (auch in internationaler Übereinkunft) fördern. Appadurai (2006, 168 frei übersetzt) definiert Forschung als Recht unter der Prämisse, dass es sich dabei um eine generalisierbare, zu erwerbende Kompetenz handle „Wissen von Gerüchten, Fakten von Fiktion, Propaganda von Nachrichten und Anekdoten von Trends zu unterscheiden“, was die Grundlage einer informierten Bürger*innengesellschaft darstelle, wodurch dem Forschen als Kompetenz wiederum demokratisches Potenzial zukomme, das sich jede*r aneignen könne. Desto mehr Forschungskompetenz im Sinne eines Rechts auf Forschung (Appadurai 2006) einzelne Akteur*innen sich erarbeiten, desto weniger kann Partizipation im Sinne einer neuen Tyrannei (Cooke & Kothari 2001) eingesetzt werden.

Literatur

Addams, J. 1902: *Democracy and Social Ethics*. New York

- Albus, S./Ziegler, H. 2013: Wirkungsforschung. In: Graßhoff, G., Adressaten, Nutzer, Agency. Akteursbezogene Forschungsperspektiven in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden, 163-180
- Altrichter, H./Gstettner, P. 1993: Aktionsforschung – ein abgeschlossenes Kapitel in der Geschichte der deutschen Sozialwissenschaft? Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau, 26, 67-83
- Anyon, Y./Bender, K./Kennedy, H./Dechants, J. 2018: A Systematic Review of Youth Participatory Action Research (YPAR) in the United States: Methodologies, Youth Outcomes, and Future Directions. In: Health Education & Behavior, 45 (6), 865-878
- Appadurai, A. 2006: The Right to Research. In: Globalisation, Societies and Education, 4 (2), 167-177
- Arnstein, S. R. (1969): „A Ladder of Citizen Participation,“ Journal of the American Planning Association, Vol. 35, No. 4, 216-224
- Bauer, R. 2013: Sucht zwischen Krankheit und Willensschwäche. Tübingen
- Berg, M./Coman, E./Schensul, J.J. 2009: Youth Action Research for Prevention: A Multi-level Intervention Designed to Increase Efficacy and Empowerment Among Urban Youth. In: American Journal of Community Psychology, 43, 345-359
- Bitzan, M./Bolay, E./Thiersch, H. 2006: Die Stimme der Adressaten. Empirische Forschung über Erfahrungen von Mädchen und Jungen mit der Jugendhilfe. Weinheim und Basel
- Bitzan, M./Bolay, E. 2017: Soziale Arbeit – die Adressatinnen und Adressaten. Opladen, Toronto
- Bosse, I. 2016: Teilhabe in einer digitalen Gesellschaft – Wie Medien Inklusionsprozesse befördern können. <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/medienpolitik/172759/teilhabe-in-einer-digitalen-gesellschaft-wie-medien-inklusionsprozesse-befoerdern-koennen/>, abgerufen am: 21.03.2022
- Bröckling, U. 2003: You Are Not Responsible For Being Down, But You are Responsible for Getting Up. In: Leviathan, 31 (3), 323-344
- Chilisa, B. 2011: Indigenous Research Methodologies. New York
- Clement, U./Nowak, Jörg/Ruß, S./Scherrer, C. (Hrsg.). 2010: **Einleitung: Public Governance und schwache Interessen**, in: (dies.) Public Governance und schwache Interessen, Wiesbaden, 7-26
- Cooke, B./Kothari, U. (Hrsg.) 2001: The New Tyranny Paperback. London, United Kingdom/New York
- Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) 2022: Internetauftritt der Fachgruppe „Adressat*innen, Nutzer*innen und (Nicht)Nutzung Sozialer Arbeit. <https://www.dgsa.de/fachgruppen/adressatinnen-nutzerinnen-und-nichtnutzung-sozialer-arbeit/>, abgerufen am 25.09.2022
- Dunbar-Ortiz, R. 2014: An Indigenous Peoples' History of the United States. Boston
- Esping-Anderson, G. 1990: The Three Worlds of Welfare Capitalism, New York

- Eßer, F./Schär, C./Schnurr, S./Schröer, W. 2020: Partizipative Forschung in der Sozialen Arbeit. Teilhabe an der Wissensproduktion unter Bedingungen sozialer Ungleichheit. In: *Neue Praxis* 16, 3-23
- Foulks, E. 1989: Misalliances in the Barrow Alcohol Study. *American Indian and Alaska Native Mental Health Research*, 2 (3), 7-17
- Gaudry, A.J.P. 2011: Insurgent Research. In: *Wicazo Sa Review*, 26(1), 113-136
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft/Henn, S./Lochner, B./Meiner-Teubner, C. 2017: Arbeitsbedingungen als Ausdruck gesellschaftlicher Anerkennung Sozialer Arbeit, Frankfurt a.M.
- Graßhoff, G. 2013: Adressaten, Nutzer, Agency. Akteursbezogene Forschungsperspektiven in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden
- Hark, S. 2005: Dissidente Partizipation. Eine Diskursgeschichte des Feminismus. Frankfurt a.M.
- Hirschak, K.A./Jansen, K./Lyons, A. J./Herron, J./Bergerson, D./Shaw, J./Dirks, L.G./Avey, J./Calhoun, D./Jackson, C./Lauch, L./Donovan, D./McPherson, S.M./Echo-Hawk, A./Dillard, D./Lillie, K./Roll, J./Buchwald, D./McDonell, M. 2021: Lessons Shared: Implementation of a Randomized Clinical Trial for Alcohol Use Disorders with Five American Indian and Alaska Native Communities. *Collaborations*. In: *A Journal of Community-Based Research and Practice*, 4(1), 5
- Hirschak, K.A./Leickly, E./Herron, J./Shaw, J./Skalisky, J./Dirks, L.G./Avey, J.P./McPherson, S./Nepom, J./Donovan, D./Buchwald, D./McDonell, M.G. 2018: Focus Groups to Increase the Cultural Acceptability of a Contingency Management Intervention for American Indian and Alaska Native Communities. In: *Journal of Substance Abuse Treatment*, 90, 57-63
- Ivankova, N./Kawamura, Y. 2010: Emerging Trends in the Utilization of Integrated Designs in Social, Behavioral, and Health Sciences. In: Tashakkori A and Teddlie C (Hrsg.) *SAGE Handbook of Mixed Methods and Social and Behavioral Research*, 2nd edition. Thousand Oaks, 581-611
- International Federation of Social Work (IFSW): 2014: Global definition of social work. <https://www.ifsw.org/what-is-social-work/global-definition-of-social-work/>, abgerufen am 25. September 2022
- Kjeld, H./Shaw, I.F. 2017: *Social Work and Research in Advanced Welfare States*. ProQuest Ebook Central
- Levengood, T.W./Yoon, G.H./Davoust, M.J./Ogden, S.N./Marshall, B./Cahill, S.R./Bazzi, A.R. 2021: Supervised Injection Facilities as Harm Reduction: A Systematic Review. In: *American Journal of Preventive Medicine*, 61 (5), 738-749
- Lunt, N./Shaw, I./Fouché, C. 2010: Practitioner research: Collaboration and Knowledge Production. In: *Public Money & Management*, 30(4), 235-242
- McDonell, M.G./Nepom, J.R./Leickly, E./Suchy-Dicey, A./Hirschak, K./Echo-Hawk, A./Schwartz, S.M./Calhoun, D./Donovan, D./Roll, J./Ries, R./Buchwald, D. 2016: A Culturally-Tailored Behavioral Intervention Trial for Alcohol Use Disorders in

- Three American Indian communities: Rationale, design, and methods. *Contemporary Clinical Trials*, 47, 93-100
- Minkler, M./Salvatore, A./Chang, C. 2017: Participatory Approaches for Study Design and Analysis in Dissemination and Implementation Research. In: Brownson, R.C./Colditz G.A./Proctor, E.K. (Hrsg.), *Dissemination and Implementation Research in Health*, 2nd edition. New York, 175-190
- Oehler, P. 2018: *Demokratie und Soziale Arbeit. Entwicklungslinien und Konturen demokratischer Professionalität*. Wiesbaden
- Oelerich, G./Schaarschuch, A. (Hrsg.) 2005: *Soziale Dienstleistungen aus Nutzersicht. Zum Gebrauchswert Sozialer Arbeit*. München und Basel
- Radtke, P. 2006: Das Bild behinderter Menschen in den Medien. In: *Spektrum Freizeit*, 30 (2), 120-131
- Saenz, M. 2020: *List of Federal and State Recognized Tribes* [Government]. National Conference of State Legislatures. <https://www.ncsl.org/legislators-staff/legislators/quad-caucus/list-of-federal-and-state-recognized-tribes.aspx>, abgerufen am 25.09.2022
- Salisbury Forum 2011: The Salisbury Statement on Practice Research. In: *Social Work and Society International Online journal* 9, No1, 4-9
- Schnurr, S. 2011: Partizipation. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.). *Handbuch Soziale Arbeit*. Bd. 4., München, 1069-1078
- Shamrova, D.P./Cummings, C.E. 2017: Participatory Action Research (PAR) With Children and Youth: An Integrative Review of Methodology and PAR Outcomes for Participants, Organizations, and Communities. In: *Children and Youth Services Review*, 81, 400-412.
- Smith, A. 2014: Native Studies at the Horizon of Death: Theorizing Ethnographic Entrapment and Settler Reflexivity. In: Simpson, A./Smith, A. (Hrsg.), *Theorizing Native Studies*, Durham, 207-234.
- Smith, L.T. 1999. *Decolonizing Methodologies: Research and Indigenous Peoples*. London
- Staub-Bernasconi, S. 2019. Jane Addams' integrale Demokratietheorie – oder: Was soll eine 1902 entstandene Theorie der Demokratie Neues beizutragen haben? In: Köttig, M./Röh, D. (Hrsg.), *Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit*, Opladen/Berlin/Toronto, 46-56
- Stender, W./Kröger, D. 2013: *Soziale Arbeit als kritische Handlungswissenschaft. Beiträge zur (Re-)Politisierung Sozialer Arbeit*. Hannover
- Streck, R. 2016. Nutzung als situatives Ereignis. Eine ethnografische Studie zu Nutzungsstrategien und Aneignung offener Drogenarbeit. Weinheim
- Strier R. 2007. Anti-Oppressive Research in Social Work: A Preliminary Definition. In: *British Journal of Social Work*, 37 (5), 857-871
- Uggerhøj, L./Henriksen K./Lundemark Anderson, M. 2018: Participatory Practice Research and Action Research: Birds of a feather?. In: *China Journal of Social Work*, 11 (2), 186-201

- Valdez, E. S./Skobic, I./Valdez, L. D, O. G./Korchmaros, J./Stevens, S./Sabo, S./Carvajal, S. 2020: Youth Participatory Action Research for Youth Substance Use Prevention: A Systematic Review. *Subst Use Misuse*, 55(2), 314-328
- Van Rieën, A./Jepkens, K. (Hrsg.) 2020: Nutzen, Nicht-Nutzen und Nutzung Sozialer Arbeit. Theoretische Perspektiven und empirische Erkenntnisse subjektorientierter Forschungsperspektiven. Wiesbaden

*Andrea Nagy, Freie Universität Bolzano-Bozen, Regensburger Allee 16,
39042 Bressanone-Brixen, Italien; MCI Management Center Innsbruck,
Universitätsstraße 15, 6020 Innsbruck und FH St. Pölten,
Campus-Platz 1, 3100 St. Pölten, Österreich
E-Mail: Andrea.Nagy@unibz.it*

*Abram J. Lyons, University of Pennsylvania, School of Social Policy and Practice,
3701 Locust Walk, 19104, Philadelphia, PA, USA
E-Mail: abelyons@upenn.edu*

*Ines Arendt, Freie Universität Bolzano-Bozen,
Regensburger Allee 16, 39042 Bressanone-Brixen, Italien;
Hochschule Koblenz, Konrad-Zuse-Straße 1, 56075 Koblenz
E-Mail: arendt@hs-koblenz.de*

*Sarah E. Gzesh, University of Pennsylvania, School of Social Policy and Practice,
3701 Locust Walk, 19104, Philadelphia, PA, USA
E-Mail: sgzesh@upenn.edu*



Forum Wissenschaft 3/2022

Professorale Mehrheit oder Gruppenparität?

Machtverhältnisse und Demokratiedefizite

Einzelheft: 8 € · Jahresabo: 28 €

Bund demokratischer
Wissenschaftlerinnen und
Wissenschaftler (BdWi)

www.bdwi.de · service@bdwi.de
Tel.: (06421) 21395

Am 27. Juli 2022 jährte sich der Geburtstag von Werner Hofmann zum hundertsten Mal. Der Marburger Soziologe initiierte 1968 die Gründung des heutigen BdWi. Dessen Existenz schien nach Hofmanns plötzlichem Tod im November 1969 schon wieder zu Ende zu sein. Doch im Juli 1972 wurde er am Rande eines Kongresses »Wissenschaft und Demokratie« wiederbelebt. Dieses doppelte Jubiläum bildet zusammen mit einer kritischen Bestandsaufnahme von Machtverhältnissen und Demokratiedefiziten an deutschen Hochschulen den Themenschwerpunkt dieses Heftes: Nach wie vor kann von paritätischer Mitbestimmung der verschiedenen Statusgruppen keine Rede sein, kann sich die professorale Stimmenmehrheit doch seit 1973 auf verfassungsgerichtlichen Segen stützen. Darüber hinaus trug die pandemiebedingte Schließung der Hochschulen zu einer weiteren Machtverschiebung zugunsten der Hochschulleitungen bei. Zu Fragen von Demokratie und Macht gehört natürlich auch die Geschlechterperspektive. Auch wenn es in den vergangenen Jahrzehnten erhebliche Fortschritte gab, kann von einer umfassenden Gleichstellung der Geschlechter im akademischen Raum längst keine Rede sein.



Robert Rempel

„Wir haben jetzt einen Beirat, aber was machen wir damit?“

Reflexionen zum Handlungsforschungsprojekt mit Selbstvertreter:innen im Rahmen der Umsetzung des BTHGs

Das Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG) trat zum 30.12.2016 mit dem Ziel in Kraft, „die Behindertenpolitik in Deutschland im Einklang mit der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen“ (BMAS 2016: o.S.) unter Beachtung des Selbstanspruchs „nichts über uns – ohne uns“ (ebd.: o.S.) schrittweise bis zum 01.01.2023 weiterzuentwickeln. So sollten behinderte Menschen und ihre Interessensverbände bereits im Vorfeld an der Gesetzesentstehung auf Bundesebene sowie auch in den nachfolgenden Umsetzungsschritten auf Landesebene an der konkreten Ausgestaltung des Gesetzes beteiligt werden. Allerdings sah das BMAS (2014: 4; zitiert nach Schulz 2021: 16; Hervorhebungen im Original) die Ziele der Beteiligung im Vorfeld lediglich darin, „Reformthemen zu identifizieren und strittige Themen zu erörtern“. Vor diesem Hintergrund kritisiert Rapetti (2021: 58) den „von Beginn an herrschaftlich-konsensual angelegt[en]“ Austausch im Reformprozess des BTHG. Auch in den späteren Umsetzungsschritten auf Landesebene wurde schnell deutlich, dass die zahlreich ins Leben gerufenen Beteiligungsformate – der Allgemeine Behindertenverband in Deutschland e.V. (ABiD) spricht hier gar von „Beteiligungs-Spielchen“ (Graubner/Seifert 2019: o.S.) – klare Grenzen erfuhren, sobald es um wesentliche strukturelle Entscheidungen ging.

Der von Fraser (1994: 240) geprägte Begriff des „juristisch-administrativ-therapeutischen Staatsapparats“ (JAT) findet in der BTHG-Umsetzung sehr anschaulich seine Umsetzung. Die Beschreibung und Definition von Bedürfnissen von behinderten Menschen wird durch den JAT und seine drei Elemente in „Korrelate bürokratisch verwalteter Bedarfsdeckungen umdefiniert“ (ebd.: 238). Die Merkmale des JAT sprechen den Betroffenen eine aktive und gestaltende Rolle zugunsten einer passiven und leistungsempfangenen Rolle ab (vgl. ebd.: 240). „Das

heißt, er ist bestrebt, dialogische, partizipatorische Prozesse der Bedürfnisinterpretation durch monologische, administrative Prozesse der Bedürfnisdefinition zu ersetzen“ (ebd.: 240).

Vor diesem Erfahrungshintergrund vieler behinderter Menschen und ihrer Verbände war es mir in meinem Handlungsforschungsprojekt¹ mit Selbstvertreter:innen im Rahmen der BTHG-Umsetzung ein besonderes Anliegen, den beteiligten Menschen „nicht erneut durch forschende Verdolmetschung der eigenen Sprache zu berauben“ (May 2020: 22), sondern ihnen im Sinne Frasers (1994: 240) zunächst einen Raum der Bedürfnisinterpretation zur Bewusstwerdung „eigener Ansprüche im Hinblick auf ihre gesellschaftliche Teilhabe“ (May 2020: 22) zu eröffnen.²

Das Handlungsforschungsprojekt: Zielstellungen und methodologischer Ausgangspunkt

Als Mitarbeiter und Sozialarbeiter eines großen Wohlfahrtsverbandes mit dem Arbeitsschwerpunkt im BTHG durfte ich in den Jahren 2018-2020 an den Umsetzungs- und Verhandlungsprozessen der Reformstufe 2³ des BTHG auf Landesebene in zwei Bundesländern mitwirken. In meiner Funktion war ich u.a. für die Gründung und Unterstützung eines Beirats für behinderte Menschen zur Beteiligung im Verband verantwortlich. Es war ein erklärtes Ziel des Verbandes, die Perspektiven der betroffenen Menschen vor Entscheidungen in der Umsetzung des BTHGs zu berücksichtigen sowie durch dieses Pilotprojekt Erfahrungen für

-
- 1 Das Handlungsforschungsprojekt fand im Zeitraum 2020/2021 anlässlich meines berufsbegleitenden Masterstudiums der Sozialen Arbeit mit dem Schwerpunkt der Sozialraumentwicklung und Sozialraumorganisation an den Hochschulen Fulda und RheinMain statt.
 - 2 Stadel (2021: 115-119) weist darauf hin, dass dieser Anspruch, behinderte Menschen als Subjekte in Forschungsprozessen anzuerkennen, in Formaten der sogenannten Teilhabeforschung keineswegs selbstverständlich ist. Insbesondere zur „Frage, ob Menschen mit geistiger Behinderung grundsätzlich in Forschungsvorhaben als Datenquellen geeignet sind, gibt es [...] einen umfangreichen Diskurs“ (ebd.: 115).
 - 3 Einen wesentlichen Schwerpunkt der zweiten Reformstufe (2018–2020) bildeten die Verhandlungen zu den neuen Rahmenverträgen nach § 131 SGB IX in der Eingliederungshilfe (EGH). In diesen Verträgen wird u.a. festgeschrieben, welches Leistungsangebot es in der EGH für behinderte Menschen gibt und nach welchem System Bedarfsansprüche auf Leistungen ermittelt werden.

die Etablierung von dauerhaften Partizipationsstrukturen im Landesverband zu sammeln.

An meinem Handlungsforschungsprojekt wirkten fünf Menschen aus dem Beirat mit, welche neben ihrem Engagement im Beirat auch in weiteren Gremien der Selbstvertretung aktiv sind und über eine langjährige Erfahrung in diesem Aktionsfeld verfügen (z.B. im Landesbehindertenbeirat, LIGA Selbstvertretung, Werkstatttrat, Bewohner:innen-Beirat). Ziel meiner Handlungsforschung war es, zum einen Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie die Beiratsmitglieder die Beteiligungsprozesse rund um das BTHG und insbesondere im Verband erleben, und zum anderen die Mitwirkenden durch den gemeinsamen Forschungsprozess dahingehend zu unterstützen, auf der Basis eines von mir flankierten, dialogisch partizipativen Prozesses einer Politik der Bedürfnisinterpretation (Fraser 1994: 240) eigene Anforderungen an Beteiligungsprozesse im Verband zu formulieren und möglichst artikulationsstark in die Aushandlungen um dauerhafte Partizipationsstrukturen einzubringen (Partizipation verstanden als Entscheidungsteilhabe).

In meinem methodischen Vorgehen wollte ich mich ursprünglich am Format einer Zukunftswerkstatt (vgl. Jungk/Müllert 1990) orientieren. Die Durchführung einer Zukunftswerkstatt als Erhebungsmethode war für März 2020 geplant. Aufgrund der dynamischen Entwicklungen in der SARS-CoV-2-Pandemie zu Beginn des Jahres 2020 und der damit einhergehenden Kontaktverbote, musste ich die Planung in Rücksprache mit den Mitwirkenden kurzfristig anpassen. Wir verabredeten uns daraufhin zu Gruppendiskussionen per Videokonferenz. An welchen Stellen die Mitwirkenden im Forschungsverlauf partizipieren konnten und welche ungeplanten Dynamiken unser Prozess annahm, möchte ich im Folgenden kurz skizzieren.

Partizipative Elemente im Forschungsprozess

Für mein partizipativ angelegtes Forschungsvorhaben war es mir ein besonders Anliegen, von Beginn an transparent in Bezug auf die Hintergründe zu meinem Forschungsvorhaben und kooperativ in Bezug auf die einzelnen Forschungsschritte vorzugehen. Eine Orientierung an den ethischen Grundsätzen der DGSA war dabei für mich handlungsleitend (vgl. DGSA 2021).

Somit stelle ich mein Vorhaben in unserem ersten Online-Treffen zunächst noch einmal vor und anschließend zur Diskussion (im Vorfeld führte ich mit allen Mitwirkenden Einzelgespräche zum Vorhaben). Der Gruppe sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, eigene (Themen-)Schwerpunkte und Akzente in Bezug auf das weitere Vorgehen zu setzen. Der Ausrichtung meines Vorhabens

wurde recht schnell zugestimmt, so dass sich im Anschluss auch gleich die erste Gruppendiskussion zum zentralen Thema „Erleben von Beteiligungsprozessen“ ergab. Die wesentlichen Diskussionsinhalte wurden im Anschluss an die erste Gruppendiskussion nach Rücksprache mit der Gruppe von mir zusammengefasst und den Mitwirkenden zum Feedback zugesandt (es flossen keine Änderungswünsche ein). In der zweiten Diskussionsrunde eine Woche später (zwischenzeitlich überraschte mich ein Mitwirkender mit einem selbstgedrehten ‘Teilhabevideo’; siehe Abschnitt Besondere Aneignungsprozesse im Forschungsverlauf) nahmen wir auf die zentralen Punkte aus der ersten Diskussion Bezug und diskutierten über konkrete Forderungen an zukünftige Partizipationsformate im Verband. Diese Forderungen wurden im Anschluss zu einem Forderungspapier aufbereitet. Dieses Forderungspapier brachten wir dann im Herbst 2020 in den Gesamtbeirat und schließlich in den Verband ein⁴.

Im Anschluss an die zweite Diskussionsrunde ging von der Gruppe der Impuls aus, sich vor dem Hintergrund der Erfahrungen in der Pandemie zu einer weiteren Gruppendiskussion zu treffen. Das zentrale Thema dieser Diskussion waren die Partizipations- und Lebenserfahrungen von behinderten Menschen während der Pandemie und die sich rapide verschlechternde Lebenssituation vieler Menschen im institutionalisierten Kontext der EGH.

Einige der zentralen Erkenntnisse unserer Diskussionen in Bezug auf die Forschungsfragen wurden ca. ein Jahr später in der Zeitschrift „Teilhabe“ der Lebenshilfe publiziert (vgl. Rempel 2022). Die Inhalte dieses Artikels wurden im Vorfeld mit zwei Mitwirkenden rückgekoppelt und besprochen. Auf Grundlage dieser Publikation und unserer gemeinsamen Erfahrungen im Handlungsforschungsprojekt kam schließlich die Idee auf, unseren Prozess und unsere Diskussionsergebnisse gemeinsam auf dem 2. Kongress der Teilhabeforschung (online) vorzustellen. Dieser von mir eingebrachte Impuls kam bei der Gruppe gut an und unser abstract wurde mit einem Vortrag zum Kongress angenommen (vgl. Katho 2021: 100). Es war geplant, dass wir unsere Ergebnisse gemeinsam vorstellen und

4 Die von vornherein zeitlich befristete Tätigkeit des Beirats lief zum Ende des Jahres 2020 aus. Entgegen den Zielstellungen des Landesverbandes, kam es nicht zu einer dauerhaften Schaffung von Partizipationsstrukturen. Als ein wesentlicher Grund dafür ist sicherlich die Prioritätensetzung des Landesverbandes zu Beginn der Pandemie anzuführen (welche eben nicht auf der Bereitstellung von Ressourcen für die Fortführung und Weiterentwicklung von Partizipationsstrukturen lag). Das Forderungspapier floss in den internen Abschlussbericht des Projektes ein und wurde von den Leitungsgremien des Verbandes zur Kenntnis genommen. Das Versprechen, wieder auf die Beiratsmitglieder zuzukommen, wurde bisher noch nicht eingelöst.

den Vortrag im Vorfeld auch gemeinsam ausarbeiten (unter aktiver Mitarbeit von zwei Mitwirkenden). Bedauerlicherweise kam diese gemeinsame Vorbereitung nicht wie geplant zustande (u.a. durch Termenschwierigkeiten, gesundheitliche Gründe, temporär schwierige Erreichbarkeit der Mitwirkenden)⁵ und so kam es, dass ich am Tag des Kongresses stellvertretend unsere – oder vielmehr meine?! – Ergebnisse präsentierte. Vor diesem Hintergrund möchte ich in der folgenden Reflexion des Forschungsprozesses insbesondere den Fokus auf Gelegenheiten im Forschungsverlauf richten, in welchen sich die Mitwirkenden „die Forschung im Prozess in verschiedener Weise aneignen“ (DGSA 2021: 49) konnten und damit auch der Frage nachgehen, wie sich der Anspruch der Mitforschung für die Zukunft noch besser verwirklichen ließe.

Scheinpartizipation entlarven

In der ersten Gruppendiskussion wurde sehr schnell deutlich, dass die Mitwirkenden sich der eingangs erwähnten „Beteiligungs-Spielchen“ durchaus sehr bewusst sind. Gleich zu Beginn der Diskussion wurde von Paul⁶ (2020_1: 103-106) die Erfahrung geteilt: „Wir [damit ist der Landesverband gemeint] machen jetzt eine Veranstaltung, die müssen wir machen. Weil, das schreibt das BTHG vor. Und ja, aber was letztendlich die/ wenn es um die Betroffenen alleine selber geht, die haben erstmal gar kein Mitspracherecht und werden auch gar nicht verstanden, weil man sie eigentlich gar nicht will.“ Durch seine Mitwirkung in anderen politischen Gremien der Selbstvertretung konnte Paul auch Scheinpartizipationsprozesse auf der Landesebene zum Beispiel im Rahmen der Verhandlungen zu den neuen

5 Das Pandemieerleben der Mitwirkenden und die damit einhergegangenen Unsicherheiten u.a. aufgrund der (ungewissen) Mitarbeit in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) wirkten sicherlich hindernd auf das Vorhaben. Dazu ein Auszug aus der Gruppendiskussion: „Alle sprechen so von Unternehmen und von was weiß ich alles. Alles, Wirtschaft ist wichtig. Ich meine, das ist zwar richtig, dass die auch gestärkt werden muss und so, dass man da unter die Arme greift. Aber über die Menschen in den Werkstätten spricht keiner [...]. Alles nur Wirtschaft und wie halte ich [meinen Verband der Freien Wohlfahrtspflege; A.d.V.] am Laufen“ (Paul 2020_1: 472-481). – „Das ist halt Kapitalismus“ (Frank 2020_1: 492). – „Ja sicher, Kapitalismus ist klar. Ja, aber trotzdem, das ist/ auf der einen Seite sagen sie: wir wollen Partizipation, also sprich Teilhabe. Wir wollen die Leute, dass die da mit drin sind. Aber in diesen Zeiten, gerade jetzt, da sieht man erstmal auch richtig, das Gesicht, dass es gar nicht gewollt ist“ (Paul 2020_1: 494-497).

6 Alle genannten Namen sind anonymisiert.

Rahmenverträgen in der EGH entlarven. Der Landesbehindertenbeauftragte, als zentrale Interessensvertretung in diesem Bundesland für die Verhandlungen mandatiert, „glänzte [...] mit Abwesenheit“ (Paul 2020_1: 155-156), womit die Strukturen für die EGH in diesem Bundesland ohne das direkte Mitwirken von Selbstvertreter:innen ausgehandelt wurden. Über das Leistungsangebot in der EGH und damit auch über Zugangsbarrieren zu Leistungen u.a. durch Instrumente zur Bedarfsfeststellung entschied das Land, die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sowie die privaten Verbände.

Mir war es ein methodisches Anliegen, in der ersten Gruppendiskussion das Stufenmodell der Partizipation nach Wright/Block/Unger (2010: 42 ff.) der Gruppe als Anregung zur Verortung von eigenen Erfahrungen in Beteiligungsformaten vorzustellen⁷. Es stellte sich schnell heraus, dass es ich bei dem fachwissenschaftlich und politisch besetzten sowie unterschiedlich ausgelegten Begriff der Partizipation um keinen von der Gruppe genutzten Begriff handelte bzw. dieser Begriff auf zum Teil starke Irritationen stieß. Mirko (2020_1: 227-228) führte dazu aus: „Damit konnte ich gar nichts anfangen. Weil ich das Wort noch nie gehört habe.“ und Frank (2020_1: 244-245) ergänzte: „Also ich würde sagen, zuerst mal sollten die Politiker das Wort Partizipation so weit übersetzen, dass es auch jeder Mensch versteht.“ Daraus entwickelte sich eine interessante Diskussion um die Begriffe Teilhabe, Partizipation und Inklusion, in der auch deutlich wurde, wie selbstbewusst die Mitwirkenden mit diesen Begriffen in verschiedenen politischen Gremien der Selbstvertretung spielten und zu ihrem Nutzen einsetzten. Während Paul (2020_1: 282) den Begriff der Inklusion als „Fremdwort“ bezeichnete, welches seiner Erfahrung nach gar nicht mehr zur Anwendung kommt, sieht sich Nadine (2020_1: 277-278, 289) hingegen (in einem anderen Bundesland aktiv) mit diesem Begriff „leider ganz, ganz, ganz oft“ konfrontiert und fügt hinzu: „Ich muss es nutzen, weil, sonst schauen die Politiker mich auch blöde an. (lacht)“.

Im Nachhinein betrachtet, war die Anführung des abstrakten Stufenmodells der Partizipation zur Anregung von Reflexionsprozessen innerhalb der Gruppe und Bewusstwerdung von (strukturellen) Blockierungszusammenhängen nicht notwendig gewesen. Vielmehr stellte die Vorstellung des Modells sogar

7 In diesem Stufenmodell werden neun Stufen der Partizipation abgebildet. Während es sich bei den ersten fünf um Stufen von 'Nicht-Partizipation' und 'Vorstufen von Partizipation' handelt (z.B. Anweisung, Information und Anhörung), sind die Stufen sechs bis acht durch Mitwirkung, Entscheidungskompetenz und Entscheidungsmacht gekennzeichnet. Die neunte Stufe geht mit dem Merkmal der Selbstorganisation über den Anspruch von Partizipation hinaus (vgl. Wright/Block/Unger 2010: 42 ff.).

eine Unterbrechung des Gruppen- und Diskussionsprozesses dar, in welchem die Mitwirkenden ihr Erleben von Partizipationsbarrieren und Scheinpartizipation zum Ausdruck brachten. In Verbindung mit den Partizipationserfahrungen im Verband wurde jedoch schnell klar, dass die Mitarbeit im Beirat von der Gruppe auf der „Vorstufe“ von Partizipation verortet und der vermeintliche Anspruch, zumindest die Perspektiven der Beiratsmitglieder vor Entscheidungen zu berücksichtigen, als leere Worthölse entlarvt wurde. „Wir werden zwar mit angehört, aber irgendwie kommt mir das so vor: Ach ja, der ist ja auch noch da, den müssen wir uns einmal anhören. So kommt mir das vor. Und ja, nach dem Motto: Wir haben jetzt einen Beirat, aber was machen wir damit?“ (Paul 2020_1: 415-419).

Besondere Aneignungsprozesse im Forschungsverlauf – Das ‘Teilhavevideo’

Im Anschluss an unsere erste Gruppendiskussion überraschte mich Mirko mit einem selbst gedrehten Video, welches er mir „für meine Arbeit“ (Mirko 2020_ Teilhavevideo) zur Verfügung stellte. In diesem Video mit einer Gesamtlänge von 7:38min griff er unser Diskussionsthema „Teilhave für Menschen mit Behinderungen“ (ebd.) aus dem ersten Treffen auf und stellte anhand von acht „Skulpturen“ (ebd.) aus Wäscheklammern die gegenwärtige Situation für behinderte Menschen in Bezug auf ihre Teilhabechancen rund um das BTHG dar (siehe Abbildung 1).



Abbildung 1: Bildausschnitt aus dem initiativ erstellten Video von Mirko im Anschluss an unsere erste Gruppendiskussion.

Mirko positionierte sich selbst und zwei Mitwirkende in der großen Skulptur oben links. So stehen in der langen Reihe „die ganzen kranken, behinderten Menschen,

die sich Teilhabe wünschen“ (ebd.) und (noch) „total ahnungslos“ (ebd.) sind. Dieser Reihe gegenüber stehen sogenannte „Fachexperten“ (ebd.) wie Nadine und Paul (beides Mitwirkende in unserer Forschung und Kolleg:innen aus dem Beirat) sowie ein Verband der Freien Wohlfahrtspflege. Diese Fachexperten verfügen über „höhere Kontakte“ (ebd.) und die Menschen aus der Reihe versprechen sich Antworten von ihnen auf ihre Fragen. Mirko verortet sich in dieser Reihe. Dort schaut er, „welchen Weg kann ich wählen“ (ebd.) und „welcher Weg ist am schnellsten für mich zum Ziel erreichbar“ (ebd.). Diese Zielerreichung ist für Mirko abhängig davon, „je nachdem welche Fähigkeiten man für sich zur Verfügung hat, wie fit man ist, und (...) welche Kontakte man hat ist ja auch sehr wichtig, wo man wohnt, wie man wohnt, wie komme ich zu der Info, muss ich mit dem Zug fahren, muss ich mit dem Auto fahren, das spielt ja alles so die Rolle“ (ebd.).

Mirkos Form der Verarbeitung seiner Erfahrungen im Hinblick auf von ihm erlebte Blockierungszusammenhänge zeigt eine Nähe zu Freires (1975) Prinzip von Kodierung/Dekodierung in seinem Konzept einer thematischen Untersuchung. Zentral für dieses Konzept sind die Darstellung und Kodierung von „Grenzsituationen in ikonographischer Weise (als Bild, Foto, dramatisierte Szene etc.)“ (May 2020: 25), welche als Ausgangspunkt für weitere Dekodierungs- und Kodierungsprozesse „im Dialog mit den Forschenden“ (ebd.: 25) dienen. Grenzsituationen sind nach Freire, „„grundlegende Widersprüche“, die auf eine Begrenzung menschlicher Verwirklichung verweisen und damit ein ‘Problem darstellen, das herausfordert und eine Antwort verlangt, nicht bloß auf der intellektuellen Ebene, sondern auf der Ebene des Handelns’“ (Freire 1975: 79; zitiert nach May 2020: 25).

Ohne diese gezielt methodisch initiiert zu haben, kam aus der Gruppe der Impuls zu einer kodierenden Darstellung von erlebten Grenzsituationen. Rückwirkend betrachtet sehe ich es als großes Versäumnis an, dass ich dieses Video nicht in unserer zweiten Diskussionsrunde als Ausgangslage für den weiteren Forschungsprozess aufgegriffen habe. Ein methodisches Aufgreifen dieses Impulses in Anlehnung an das Prinzip der Kodierung/Dekodierung, beispielsweise durch eine anschließende Diskussion des Videos oder auch durch die Anregung und Einladung, dass auch die anderen aus der Gruppe die Teilhabesituation von behinderten Menschen vor ihrem persönlichen Erfahrungshintergrund in einer Weise ikonografisch zu „kodieren“, in der sie sich gut ausdrücken können, hätte nachträglich betrachtet den Prozess befördert, „die Betroffenen zu Mitforschenden zu machen“ (May 2020: 25).

Leider kam der Versuch, in Vorbereitung auf den 2. Kongress der Teilhabeforschung über dieses Video mit der Gruppe in einen Reflexionsprozess zu unserem Forschungsprozess zu kommen und darauf aufbauend unseren Vortrag für den

Kongress abzustimmen aus benannten Gründen nicht zustande, so dass dieses Video von den anderen vier Mitwirkenden bisher – noch – ungesehen ist.

Reflexion der gemeinsamen Forschungspraxis

Vor dem Hintergrund meiner verschiedenen Rollen im Forschungsverlauf und im Kontakt mit der Gruppe (u.a. Sozialarbeiter, Mitarbeiter im Verband und Assistenz des Beirats, Student im Masterstudium der Sozialen Arbeit) und der damit einhergehenden Einbindung meines Handlungsforschungsprojektes in „herrschaftliche Normen und deren institutionelle Durchsetzung“ (Kunstreich/ May 2020: 51), wie zum Beispiel dem Kontext Hochschule oder der gesetzlich verankerten Rolle eines Wohlfahrtsverbandes in der Umsetzung des BTHG, hätte ich im Nachhinein betrachtet der gemeinsamen Standortbestimmung und prozesshaften Anpassung des Ausgangspunktes unseres gemeinsamen Vorhabens mehr Raum einplanen sollen.

So wurde für mich im Forschungsverlauf zunehmend die Frage relevant (insbesondere im Anschluss an die Gruppendiskussionen und die gemeinsame Weiterarbeit an einer Publikation und die Teilnahme an einem Fachkongress), was die Mitwirkenden eigentlich mit unserem gemeinsamen Handlungsforschungsprozess und mit dem Begriff der Forschung verbinden. „Dass es fast unmöglich ist, in Situationen mit strukturellen Machtgefallen eine andere Situationsdefinition zu realisieren als die mit dem Kontext vorgegebene“, darauf weisen Kunstreich/May (2020: 51) in ihren Überlegungen zur Partizipation als Arbeitsprinzip hin. Daher ist die Phase der „Problemsetzung – In welcher Situation hat wer welches Anliegen oder Problem?“ (ebd.: 51) zu Beginn zur Umsetzung dieses Arbeitsprinzips so bedeutsam. Auch hier können Bezüge zum Konzept der thematischen Untersuchung nach Freire wichtige Impulse für partizipativ angelegte Forschungsvorhaben geben (vgl. ebd.: 51). „Ausgehend von dem ‘generativen Thema’ einer Situation (Freire 1973: 84), in dem sich alle Kontextelemente dieser Situation bündeln, müssen die in der Situation wirksamen Handlungsperspektiven von allen Beteiligten so miteinander in Beziehung gesetzt werden, dass sie eine – konsensuale oder konflikthafte – Problemsetzung oder Eindeutigkeit des Anliegens erreichen“ (ebd.: 51). Dieser Ansatz geht natürlich weit über das forschungsethische Grundprinzip der informierten Einwilligung (vgl. DGSA 2021: 46) und den Anspruch, die einzelnen Forschungsschritte transparent dar- und zur Diskussion zu stellen hinaus.

Für partizipativ angelegte Forschungsvorhaben ist es wichtig, einen methodisch mitgedachten und geplanten sowie vor allem praktizierten Reflexionsraum zu gestalten, in welcher die Gruppe sich immer wieder der gemeinsamen Forschungs-

praxis und Ausrichtung des Vorhabens vergewissern bzw. in eine Aushandlung treten kann. Was verbinden die Mitwirkenden mit dem Begriff Wissenschaft oder Forschung? Welche Vorstellungen, Erwartungen und Assoziationen gehen damit einher? Welche Interessen und persönlichen Ziele verfolgen sie mit ihrer Teilnahme am Forschungsprozess? Wie verändern diese sich ggf. im Forschungsverlauf? Um nur einige Fragen zu nennen, die hier von Relevanz sein können. Schließlich steht bei einer Forschung auch immer die Frage im Raum, „von wem diese [Ergebnisse; A.d.V.] wie, zu welchen Zwecken genutzt werden (können)“ (Weber 2021: 61).

Eine Orientierung an den ethischen Grundsätzen wissenschaftlichen Arbeitens und partizipativen Forschens im Vorfeld kann hier nicht genügen. Vielmehr braucht es einen ‘mitwachsenden’ Reflexionsraum, um dem Anspruch von Mitforschung auch wirklich gerecht zu werden. Das stellt die (professionell) Forschenden vor ziemliche Herausforderungen, liegt dem Forschungsinteresse i.d.R. doch ein beruflicher Verwertungszweck zugrunde (z.B. Qualifizierungsziele, Publikations- und Forschungsdruck, Einwerben von Drittmittelprojekten), dessen Zielerreichung (im Sinne eines Legitimations- und Erfolgsdruck) bei dieser (notwendigen) Offenheit im Prozess nicht mehr selbstverständlich ist.

Weber (2021: 76) beschreibt vor diesem Hintergrund die Notwendigkeit, „Forschungsprozesse als forschungsethische Lernprozesse“ zu verstehen. Diesem Verständnis folgend sehe ich eine Inspiration für zukünftige Vorhaben beispielsweise in der Orientierung an den „participatory ethics“ von Manzo/Brightbill (2007: 33). „Underpinning this alternative approach is the belief that research should facilitate the development of an informed critical perspective among participants (not just researchers), a process Freire (1988) famously described as ‘conscientisation’ [...]” (ebd.: 37). Als ethische Reflexionspunkte eines dynamischen Forschungsprozesses schlagen Manzo/Brightbill (2007: 37 ff.) „Representation“ (u.a. für eine Bewusstwerdung von Interessenskonflikten), „Accountability“ (ein erweiterter Begriff der Verantwortung, der sich über wissenschaftliche Grenzen hinaus erstreckt), „Social responsiveness“ (welche sich der fortwährenden Beziehungen mit den Teilnehmenden und deren Bedürfnissen und Perspektiven bewusst ist), „Agency“ and „Reflexivity“ (eine prozesshafte Reflexion von ethischen Dilemmata unter Einbezug aller Beteiligten) vor.

Fazit

Das Handlungsforschungsprojekt fand zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 zu einem Zeitpunkt statt, in dem Teilhabeprozesse für behinderte Menschen „grade total auf Eis gelegt“ (Paul 2020_3: 24) waren und insbesondere Menschen in in-

stitutionalisierten Wohnformen sich in Lebensbedingungen wiederfanden, die „menschenrechtlich gar nicht gestattet“ (Nadine 2020_3: 93) sind. Dass es diese institutionalisierten Wohnformen trotz des angekündigten „Paradigmenwechsels“ durch das BTHG überhaupt noch gibt (die größte Änderung bezieht sich hauptsächlich auf die Bezeichnung; stationäre Wohnheime heißen jetzt ‘besondere Wohnform’), liegt nach Stadel (2021: 89) vor allem daran, dass es in der Figuration Behindertenhilfe Machtpotenziale gibt, in deren Interesse ebendies liegt“. Diese Machtpotentiale sind es auch, die Partizipation im Sinne von Entscheidungsteilhabe verhindern und behinderte Menschen über Scheinpartizipation involvieren, „um dadurch vorab definierte Zielstellungen im Sinne der herrschenden Ordnung zu realisieren und in störungsfreie Bahnen zu lenken“ (van Rießen/Knopp 2013: 202).

Diese Prozesse der Scheinpartizipation wurden von den Mitwirkenden sehr eindrucksvoll entlarvt. Selbstkritisch lässt sich anmerken, dass hier die ganz eigenen Formen des Ausdrucks in den „dialogisch[...], partizipatorische[n] Prozesse[n] der Bedürfnisinterpretation“ (Fraser 1994: 240) noch besser hätten aufgegriffen (z.B. durch das Teilhabevideo) und Potentiale zur Aneignung des Forschungsprozesses besser ausgeschöpft werden können (z.B. durch eine methodisch verankerte Reflexion der gemeinsamen Forschungspraxis).

Der Landesverband der Freien Wohlfahrtspflege hat auf die Frage „Wir haben jetzt einen Beirat, aber was machen wir damit?“ (Paul 2020_1: 415-419) keine befriedigenden Antworten geben können. Umso selbstbewusster können die Mitwirkenden der Handlungsforschung mit Blick auf zukünftige Beteiligungsverfahren jedoch erwidern: *Wir* sind vorbereitet auf ein neues Gremium der Selbstvertretung. Und *wir* wissen, was *wir* damit machen! Die Erfahrungen von Trapp (2020: 104) zu „Machtstrukturen und darüber, wie man diese aufbricht“, vor dem Hintergrund seiner eindrucksvollen Aktionen als Community Organizer mit der Behindertenrechtsorganisation ADAPT, können dafür inspirierend wirken: „Niemand respektiert dich oder beachtet dich auch nur, solange du auf deinem Platz bleibst“. Die Mitwirkenden des Handlungsforschungsprojektes sind bereit, diesen (zugewiesenen) Platz in Beteiligungsverfahren zu verlassen. „Das hat auch was mit Demokratie zu tun. Wir müssen uns [...] um Aktionen kümmern [...]“ (Frank 2020_1: 698-700). Aktionen, die vielleicht sogar zu einem neuen Handlungsforschungsprojekt führen.

Literatur

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2016: Bundesteilhabegesetz. Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen. Online verfügbar unter <https://www.bmas.de/DE/Service/Gesetze-und-Gesetzes->

- vorhaben/bundesteilhabegesetz.html, zuletzt aktualisiert am 30.08.2022, zuletzt geprüft am 30.08.2022
- Deutscher Bundestag 2013: Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode. Online verfügbar unter <https://www.bundestag.de/resource/blob/194886/696f36f795961df200fb27fb6803d83e/koalitionsvertrag-data.pdf>, zuletzt geprüft am 30.08.2022
- Deutscher Verein 2018: Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz – Regionalkonferenz Ost. Online verfügbar unter <https://umsetzungsbegleitung-bthg.de/veranstaltungen/2018/p29-18-rk-ost/>, zuletzt aktualisiert am 30.08.2022, zuletzt geprüft am 30.08.2022
- DGSA – Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit 2021: Forschungsethische Prinzipien und wissenschaftliche Standards für Forschung der Sozialen Arbeit: Forschungsethikodex der DGSA. In: Franz, Julia/ Unterkofler, Ursula (Hg.): Forschungsethik in der Sozialen Arbeit. Opladen: 39-54
- Fraser, Nancy 1994: Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Freire, Paulo 1975: Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit. Reinbek
- Graubner, Marcus/Seifert, Ilja 2019: UN-Konvention kraftvoll umsetzen. In: *ABiD e.V.*, 2019. Online verfügbar unter <https://www.abid-ev.de/un-konvention-kraftvoll-umsetzen/>, zuletzt geprüft am 30.08.2022
- Jungk, Robert/Müllert, Norbert R. 1990: Zukunftswerkstätten. Mit Phantasie gegen Routine und Resignation. Berlin
- katho – Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen (Hg.) 2021: 2. Kongress der Teilhabeforschung 2021. Programm und Abstracts der Beiträge. Online verfügbar unter <https://www.teilhabeforschung.org/kongresse/2021/tagungshinweise>, zuletzt geprüft am 30.08.2022
- Kunstreich, Timm/May, Michael 2020: Partizipation als Arbeitsprinzip – zur Praxis gemeinsamer Aufgabenbewältigung. In: Dialogisches Handeln und Forschen. Mit Freire die neoliberalen Verwüstungen überwinden (Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, 155). Münster: 49-62
- Manzo, Lynne C./Brightbill, Nathan 2009: Toward a participatory ethics. In: Kindon, Sara (Hg.): Participatory action research approaches and methods. Connecting people, participation and place. London: 33-40
- May, Michael 2020: Partizipative Sozialraumforschung und gesellschaftliche Teilhabe. In: Meier, Sabine/Schlenker, Kathrin (Hg.): Teilhabe und Raum. Interdisziplinäre Perspektiven. Leverkusen-Opladen: 21-35
- Rapetti, Nicoletta 2021: Mitmachen um jeden Preis? Partizipation, Herrschaft und das Bundesteilhabegesetz. In: Wir bestimmen Dich mit. Partizipation als Konflikt (Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, 159 = 41.). Münster: 47-60
- Rempel, Robert 2022: Beteiligungsverfahren aus der Sicht von Selbstvertreter*innen – was muss sich ändern? In: *Teilhabe* 61. Jahrgang (1): 29-33

- Schultz, Laura 2021: Einbindung vs. Austausch: Beteiligungsprozess der Arbeitsgemeinschaft des Bundesteilhabegesetzes aus dem Blickwinkel beteiligter Akteur*innen. Vortrag auf dem 2. Kongress der Teilhabeforschung, 15.09.2021
- Stadel, Wolfgang 2021: Sozialraumentwicklung unter den Bedingungen von Behinderung und Alter. Opladen, Berlin & Toronto
- Trapp, Shel 2020: Dynamiken des Organizing. Menschen ermutigen – Die innere Haltung stärken – Macht aufbauen. Norderstedt
- van Rieën, Anne/Knopp, Reinhold 2013: Partizipation von unten? Möglichkeiten und Grenzen von Beteiligungsverfahren im Kontext von sozialraumbezogener Sozialer Arbeit. In: Knabe, Judith/van Rieën, Anne/Blandow, Rolf (Hg.): Städtische Quartiere gestalten: Kommunale Herausforderungen und Chancen im transformierten Wohlfahrtsstaat, S. 201-222
- Weber, Dieter 2021: Forschungsprozesse als ethische Lernprozesse. In: Franz, Julia/Unterkofer, Ursula (Hg.): Forschungsethik in der Sozialen Arbeit. Opladen: 61-80
- Wright, Michael T./Block, Martina/Unger, Hella von (2010): Partizipation der Zielgruppe in der Gesundheitsförderung und Prävention. In: Wright, Michael T. (Hg.): Partizipative Qualitätsentwicklung in der Prävention und Gesundheitsförderung. Bern: 35-52

*Robert Rempel, Hochschule Rhein-Main, Fachbereich Sozialwesen,
Kurt-Schumacher-Ring 18, 65197 Wiesbaden
E-Mail: Robert.Rempel@hs-rm.de*

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

Habermas' Projekt Vernünftiger Freiheit und der Online-Kapitalismus

W.F.HAUG Habermas' Zusammenstoß mit den Online-Medien

C.v.XYLANDER Ein Déjà-coup-d'état-Erlebnis?

F.HAUG Reflexiver Faschismus?

C.v.XYLANDER Über Selfies

A. MUSACCHIO Mutation im Kapitalismus: Ausweg aus dem Neoliberalismus?

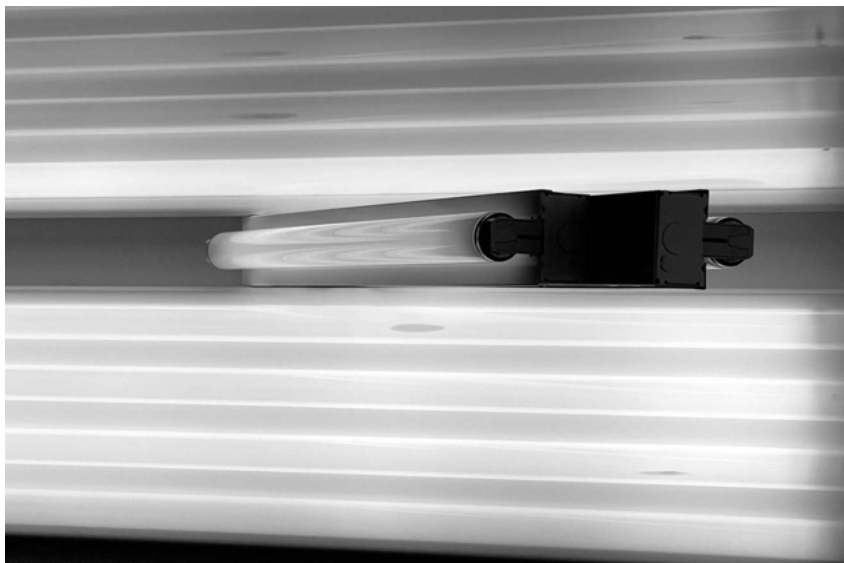
W.F.HAUG Habermas' Genealogie vernünftiger Freiheit und die Philosophie der Praxis

T.REITZ Politiken der Einschränkung

R.HOFFROGGE U. A. WEIPERT Novemberrevolution

*Einzelheft
14 €*

*Doppelheft
28 €*



Christof Beckmann

Wissenschaftsläden als Form des Empowerments der Zivilgesellschaft?

Ein Gespräch mit Norbert Steinhaus vom
Wissenschaftsladen Bonn

Unser Gesprächspartner ist Norbert Steinhaus, seit 1988 im Wissenschaftsladen Bonn¹ beschäftigt. Er ist dort Vorstandsmitglied und koordiniert dort u.a. internationale Forschungs- und Beteiligungsprojekte und auch das internationale Netzwerk der Wissenschaftsläden „Living Knowledge“².

WI: Herr Steinhaus, vielleicht sagen Sie vorab einmal ein paar Worte dazu, was ein Wissenschaftsladen ist, was die ursprüngliche Idee dahinter ist und wie Sie heute aufgestellt sind. Und vor allem Dingen: Welche Themen beschäftigen Sie heute?

NS: Die ursprüngliche Idee der Wissenschaftsläden ging etwa so: Was die Technologietransferstellen für die Unternehmen und die Industrie sind, sollten die Wissenschaftsläden für die Bürgerinnen und Bürger sein. Vielleicht stimmt das heute nicht mehr ganz so, aber die Wissenschaftsläden sind angetreten, um Bürgerinnen und Bürgern, zivilgesellschaftlichen Organisationen Zugang zu wissenschaftlicher Forschung zu ermöglichen. Und zwar ganz konkret orientiert an den Fragen und Problemen, die diese jeweiligen Gruppen bewegen und für deren Lösung sie wissenschaftliches Wissen benötigen. Die Idee kam ursprünglich in den Niederlanden aus den Hochschulen heraus, von engagierten Studierenden, von engagierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, und sie haben gesagt: Hier an den Universitäten haben wir ungeheure Ressourcen, nämlich die Studierenden, und warum sollen wir den Studierenden nicht ermöglichen, ihr Wissen anhand realer Probleme anzuwenden? Das ist eine „triple-win-Situation“: Studierende lernen anhand eines realen Problems, zivilgesellschaftlichen Organisationen wird

1 <https://www.wilabonn.de/>

2 <https://livingknowledge.org/>

geholfen, ihre Fragestellung wird beantwortet und die Universitäten können nach außen tragen, dass sie etwas tun für die lokale community. Das war der zunächst universitätsbasierte Ansatz. Das haben wir als Wissenschaftsladen Bonn, wie auch andere Wissenschaftsläden Anfang der 80er Jahre, ebenfalls probiert. Einige Universitäten sind auf Distanz gegangen; linke, langhaarige Studenten, das würde ja so gar nicht in die Universitäten passen. Deshalb haben wir uns im Wissenschaftsladen Bonn als eingetragener Verein registrieren lassen und haben auch die Gemeinnützigkeit anerkannt bekommen. Seitdem arbeiten wir an der Schnittstelle der realen Probleme der Bürgerinnen und Bürgern und der Forschung. Solche Wissenschaftsläden, die nicht an eine Universität gekoppelt sind, haben nicht unbedingt den Bildungsanspruch, den die Universitäten haben, und sie haben auch gar nicht den Zugriff auf die Ressource „Studierende“.

Die grundsätzliche Arbeitsweise der universitätsbasierten Wissenschaftsläden ist etwa so: Eine Frage aus der Zivilgesellschaft wird aufgenommen, es wird dann geprüft, ob es zu dieser Frage schon wissenschaftliche Erkenntnisse gibt, die man dem Anfragenden weitervermitteln kann, und wenn das nicht der Fall ist, wird sich mit den Anfragenden zusammengesetzt und überlegt, welches könnte eine Forschungsfrage hinter dem Anliegen sein. Ich kann Ihnen ein Beispiel nennen, das wir auch gerne in unseren Workshops verwenden: Es gibt Menschen, die zu Hause betreut werden, Pflege oder Hilfe brauchen, damit sie morgens aus dem Bett kommen. Diese Gruppe beschwert sich nun, dass die betreuende Person immer später kommt. So viel zum Problem. Um dieses Problem zu lösen, muss man eigentlich die Ursache ermitteln. Liegt es daran, dass in der Stadt gebaut wird und dann die Fahrzeiten immer länger werden? Dies wäre eine Frage für die Verkehrsplanung oder die Logistik. Oder gibt es zu wenig Personal, also eine Frage für das Personalmanagement? Gibt es vielleicht technische Lösungen aus den Ingenieurwissenschaften, um das Bett abzusenken, so dass die Menschen alleine aufstehen können, oder geht es vielleicht um die sozialen Kontakte, die diesen Menschen fehlen, weil durch Verspätungen ja auch immer weniger Zeit für eine Betreuung ist, also eine sozialwissenschaftliche oder psychologische Ausrichtung der Bearbeitung. Da braucht es dann natürlich eine verständnisvolle Auseinandersetzung mit Fragen wie: Wo ist eigentlich das Problem, wo können wir die entsprechende Frage verorten? Und wenn das klar ist, dann wird auch ein passender Wissenschaftler gesucht und Studierende, die sich des Themas annehmen wollen.

Jenseits der universitätsbasierten Wissenschaftsläden sieht es etwas anders aus. Vor allem, weil die Finanzierung in den nicht-universitätsbasierten Wissenschaftsläden anders erfolgt. Das heißt, wir müssen mit den Menschen reden und erkennen, wo die Probleme sind, welche Lösungsmöglichkeiten projektorientiert

angegangen werden können, und dann müssen wir auf die Suche nach finanzieller Unterstützung für das Projekt gehen.

Welche Themen die Wissenschaftsläden heute bewegen, hängt natürlich etwas von den einzelnen Wissenschaftsläden ab, von der Expertise, die das Team des Wissenschaftsladens mitbringt, und natürlich auch den Schwerpunkten der Hochschule im Hintergrund. Es gibt auch einen Austausch, sowohl innerhalb des deutschen Netzwerks WissNet als auch im internationalen Living Knowledge Netzwerk, wo bestimmte Fragestellungen in eine Liste gestellt werden können und man fragen kann: Weiß jemand von euch etwas dazu, könnt ihr zu dem Thema etwas sagen?

Insofern sind die Themen offen. Sie können aus der Medizin, den Ingenieurwissenschaften, Sozialwissenschaften oder der klassischen Biologie sein. Die Frage wird zur Bearbeitung angeboten und letztendlich, im Hochschulkontext, steht es Studierenden frei, diese Fragestellung zu wählen. Es kann dann aber auch sein, dass eine Frage nicht beantwortet wird, weil sich niemand zur Bearbeitung finden lässt.

WI: Es macht natürlich Sinn, wenn sich die Wissenschaftsläden ein Profil ausbilden, entlang der lokalen Interessen. Und diese sind dann lokal sehr unterschiedlich gestaltet.

NS: Man muss auch ganz klar sagen: Wissenschaftsläden sind mittlerweile nicht mehr die einzigen, die sich zivilgesellschaftlicher Fragen annehmen. Nehmen wir Service Learning, das sich immer mehr in der Hochschullandschaft verbreitet. Ursprünglich ist Service Learning in der Ausbildung verankert, mit dem Ziel, das, was Studierende in den Vorlesungen lernen, dann in den entsprechenden Einrichtungen ihrer community umzusetzen. Die Praxiserfahrung ist ein Teil der Lehrveranstaltung geworden. Hier hat sich gezeigt, dass diese Einrichtungen, die vorher schon mal Studierende aufgenommen haben, mittlerweile mit ihren eigenen Themen, mit ihren eigenen Fragestellungen kommen und sagen: Habt ihr nicht jemanden, der uns bei der Recherche oder bei einem Lösungsansatz helfen kann? Das heißt also, hier entsteht eine Schnittstelle zur Wissenschaft. Und natürlich gibt es darüber hinaus noch den citizen science-, den Bürgerwissenschaften-Ansatz. Hier gibt es sicherlich eine Menge zu diskutieren.

WI: Die Wissenschaftsläden haben ja viel Erfahrung mit partizipativer Forschung, und das in einem umfassenden Sinn. Ich würde denken, der Grad an Partizipation, den die Wissenschaftsläden bieten, ist höher als bei den vielen anderen partizipativen Forschungsprojekten. Wenn man von der „ladder of participation“ von Sherry Arnstein³ ausgeht, dann geht es in den Wissenschaftsläden in die Rich-

3 Arnstein, S. 1969: A ladder of citizen participation. Journal of the American Planning Association, 35(4), 216-224.

tung „citizen control“. Wenn jetzt partizipative Forschungsansätze im Kommen sind, dann müsste das doch eigentlich die Wissenschaftsläden freuen. Ist das die Bestätigung ihres Ansatzes?

NS: Ganz klares „Ja“! Im Jahr 2000 hat die EU einen „science and society action plan“ aufgestellt, in dem damals schon von europäischer Seite der Ansatz verfolgt wurde, Wissenschaft und Gesellschaft näher zusammenzubringen. Man hat sich wegbewegt vom „public understanding of science“, also der reinen eindimensionalen Wissenschaftskommunikation, hin zu Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern. In diesem „science and society action plan“ wurden Wissenschaftsläden explizit erwähnt. Es hat bis heute gedauert, bis sich dieser Ansatz in den europäischen Förderprogrammen so richtig durchgesetzt hat. Im europäischen Kontext werden sie aber nun als ein Ansatz gesehen. Aktuell sehen wir mit der Entwicklung der citizen science ein Ansatz gefördert, der anscheinend auch für die Wissenschaft Vorteile bietet. Die europäische Anerkennung ist definitiv ein Erfolg der Kollegen und Kolleginnen der Wissenschaftsläden, es hat Ausschreibungen auf europäischer Ebene gegeben, es sind neue Wissenschaftsläden gegründet worden, mit, aber auch ohne europäische Projektmittel. Der Ansatz einer Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft, einzelnen Bürgerinnen und Bürgern und der Hochschule, dieser Ansatz hat durchschlagende Erfolge gehabt. Von einer „citizen control“ nach Arnstein, von dieser Leitersprosse sind wir noch etwas weg. Muki Haklay hat das „extreme citizen science“⁴ genannt. Um an diesen Punkt zu kommen, eine citizen science, die entweder die wissenschaftlichen Einrichtungen nicht mehr braucht oder sich so selbständig bewegt, dass man nur noch für bestimmte Teilbereiche die Wissenschaft hinzuzieht, aber den ganzen Forschungs- und Untersuchungsprozess nicht mehr in die Hand der Wissenschaftler gibt, das ist sicherlich etwas, das noch als Vision da steht. Ich weiß nicht, ob wir jemals dahin kommen werden, aber wir sollten diese Vision nicht aus den Augen verlieren.

WI: Es wird jetzt zunehmend gefordert, dass auch die Interessen der Beforschten und auch Interessen aus der lokalen community zumindest mit einbezogen werden sollen, z.B im Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“. Das ist durchaus also eine Neuerung, die es so vorher nicht gab.

NS: Nun geht es auf europäischer Ebene ja weiter, wenn man in das aktuelle Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ hineinschaut. Dort wird jetzt

4 Haklay, M. 2018: Participatory citizen science. In: Hecker, S., Haklay, M., Bowser, A., Makuch, Z., Vogel, J. & Bonn, A. 2018. Citizen Science: Innovation in Open Science, Society and Policy. UCL Press, London, 52-62, online unter: <https://discovery.ucl.ac.uk/id/eprint/10058422/1/Citizen-Science.pdf>.

von „multi-stakeholder-groups“ gesprochen, also es geht nicht nur um Wissenschaft und Bürgerschaft, es geht auch um den Bildungsbereich und es geht um den Unternehmensbereich, die alle gemeinsam zur Lösung von aktuellen Problemen beitragen sollen. Also nur Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen ist in vielen Fällen deutlich zu wenig.

WI: Sie haben eben beschrieben, wie die Idee früher, zu Beginn der Wissenschaftsladenbewegung gewesen ist. Im Gegensatz zu früher wird die Zivilgesellschaft heute durch staatliche Institutionen stärker als Ressource betrachtet – Stichwort Bürgergesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Und da wäre die Frage, wie würden Sie diese Entwicklung beurteilen?

NS: Grundsätzlich würde ich sagen, gesellschaftliches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern sollte heute eine Selbstverständlichkeit sein. Wir sehen es im sozialen Bereich, in dem es tendenziell einfacher funktioniert als im Wissenschaftsbereich. Ich kenne das auch aus Teilnehmer-Seite, aus Bürgersicht. Ich fühle mich da nicht ausgenutzt, sondern empfinde es als Selbstverständlichkeit. Schwierig wird es jetzt, wenn man in Forschung schaut, in der Beteiligung so ausgelegt wird, dass wirklich nur noch die Datenlieferung durch Bürgerinnen und Bürger im Vordergrund steht. Dieses „greenwashing“ oder „window-washing“ heißt dann: Beteiligung wird verlangt, also sehe ich zu, dass ich eine Gruppe finde, die mir für meine Forschungsfrage Daten liefert. Dass ist insofern in Ordnung, wenn den Leuten das Spaß macht. Ich finde die „Stunde der Gartenvögel“ des BUND großartig. Wenn Menschen hingehen und Vögel oder Insekten zählen, wenn sie die Luftqualität kontrollieren, ist das völlig in Ordnung. Sie haben Spaß dran, sie setzen sich mit den Inhalten auseinander und unterstützen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen dabei, Fragestellungen zu bearbeiten, die große Datenmengen benötigen, die aus Ressourcenknappheit von ihnen selbst gar nicht erbracht werden können. Das ist ein völlig sinnvoller Ansatz und hat absolut seine Berechtigung. Es sollte aber auch die Möglichkeit bestehen, Fragestellungen zu beantworten, die den Bürgerinnen und Bürgern wirklich unter den Nägeln brennen, beispielsweise in Bezug auf die lokale Luftqualität: Was nützt es mir, wenn ich hunderte von Bürgern dazu bringe, mir aktuelle Daten über die Luftqualität zu sammeln, und ich schreibe hinterher eine wissenschaftliche Publikation und es passiert nichts weiter. Also muss man doch bei bestimmten Themen einen Schritt weiter gehen und diejenigen, die einem wirklich konkrete Daten zu lokalen Problemen liefern, in weitere Aktivitäten und Prozesse mit einbeziehen. Daran hapert es manchmal noch. Viele Forschungscalls gehen mittlerweile dahin, dass sie die Entwicklung der wissenschaftlichen Fragestellung mit den Betroffenen zusammen in den Ausschreibungsbedingungen festlegen. Das ist gut und das ist

richtig. Das ist auf der [Arnstein-]Leiter schon eine Sprosse höher. Die Frage ist nur: Was passiert dann mit den Ergebnissen? Wie weit werden dann Bürgerinnen und Bürger in die Beurteilung der Ergebnisse oder die Umsetzung der Ergebnisse in praktische Lösungen beteiligt?

CB: Das wäre ja die Grundlage, dass man noch einen Schritt höher geht auf der Leiter.

NS: Ja. Eine gemeinsame Beurteilung der Ergebnisse ist schon ein wünschenswerter Ansatz. Auch das hat zunehmend Beachtung gefunden, also, dass es nicht nur darum geht, Daten zu einer Fragestellung zu sammeln, die aus der Wissenschaft, quasi von oben, entwickelt wurde. Nur ist ja unser akademisches System nicht darauf ausgerichtet, Lösungen auch umzusetzen. Und da denke ich, brauchen wir ein Umdenken. Damit wir auch von der Fehlentwicklung wegkommen, unter „citizen science“ zu verstehen, die Leute als reine Datenlieferanten zu benutzen. Für mich geht es darum, eine Fragestellung zu generieren, mit den Menschen, die ein Problem eingebracht haben, die notwendigen Daten und Hintergrundinformationen gemeinsam zu sammeln, sie gemeinsam auszuwerten, eine Lösung zu entwickeln, eine Strategie zu erarbeiten, diese Lösung auch konkret umzusetzen. In der Regel sind Wissenschaftler sehr früh raus aus diesem Prozess. Da sind wir wieder bei den Wissenschaftsläden. Zumindest bei denen, die sich außerhalb des Hochschulsystems etabliert haben.

Also wenn Sie sich eine Pyramide vorstellen, steht im klassischen Hochschulansatz unten das Problem und in der Mitte die Frage, also die Forschung und oben dann eine mögliche Innovation, das ist so der klassische Hochschulansatz. Bei uns steht unten auch das Problem, in der Mitte aber steht die Innovation und oben, deutlich kleiner, die Forschung, eingesetzt dann, wenn sie notwendig ist. Um eine Innovation auf den Weg zu bringen, braucht es nicht zwingend Forschung. Zumindest nicht eine Forschung, wie sie von den Hochschulen verstanden wird. Es braucht Menschen die Ideen entwickeln, ausprobieren, aus den Fehlern lernen, Veränderungen vornehmen, um dann am Ende zu einem zufriedenstellenden Ergebnis zu kommen. Um das einmal pointiert zu sagen: citizen science, so wie sie sich jetzt anschickt umgesetzt zu werden, bleibt weit hinter der eigentlichen Idee zurück. Natürlich gibt es hier auch Ausnahmen, aber es gibt das Potenzial, deutlich mehr zu machen. Ich sehe auch im eigenen Umfeld, in den Projekten, die wir machen, die leider auch immer mehr den Ansatz – „ja, wir machen citizen science, wir bieten den Bürgern ja auch die Möglichkeit bspw. Bodenproben bei uns abzugeben“, aber dann hört es auch auf. Der Wissenschaftler hat Bodenproben, aber was Schadstoffbelastung oder Saisonplanung im Garten angeht, das interessiert ihn dann nicht mehr. Das empfinde ich nach wie vor als Missbrauch von citizen science.

WI: Ähnlich ist es manchmal in partizipativen Forschungsprojekten: Da wird oft gesagt, dass es bei der Umsetzung von Lösungen schwierig wird. Jetzt sagen Sie das auch, im Hinblick auf die „Innovation“, die entwickelt wird. Die Frage wäre: Woran liegt das eigentlich? Jetzt im Hinblick auf Wissenschaftsläden und citizen science? Die Erfahrungen in partizipativen Forschungsprojekten gehen ja oft so, dass gesagt wird: Bei der Umsetzung der Forderungen, die aus der Forschung entstanden ist, trifft man auf andere Akteure, die ganz andere Interessen haben, die dieser Forderung entgegenstehen. Ist das ähnlich bei Ihnen?

NS: Ja. Aber das ist durchaus etwas, was man in den Blick nehmen kann, wenn man das Projekt aufsetzt. Wenn man nur mit einer Zielgruppe redet, dann kann man natürlich, Forschung betreiben, Daten erheben, zu einem Ergebnis kommen, das genau der Fragestellung dieser speziellen Zielgruppe entspricht. Wenn es aber um die Lösung eines Problems geht, dann steht eigentlich keine Zielgruppe alleine da. Wir müssen für die Lösung komplexer Probleme Entscheidungsträger mit einbeziehen, wir brauchen die Unternehmen, wir brauchen die Bildungsvertreter. Die jeweilige Zusammensetzung der Beteiligengruppe hängt natürlich immer von der Fragestellung mit ab. Aber deswegen ist es für die praktische Umsetzung eines Ergebnisses wichtig, mit Multi-Stakeholder-Gruppen zu arbeiten. Hier sollen nicht bestimmte Interessen gegen die anderen durchgeboxt werden. Bei unterschiedlichen Interessen muss erst einmal verstanden werden, welchen Zwängen eine Teilnehmergruppe unterliegt, welche Visionen existieren, welche Sprache sie sprechen, so dass ein gegenseitiges Verständnis entsteht und man hinterher mit ausgeglichenen Interessenansprüchen die Lösung angeht. Und es hat sich gezeigt, in dem Moment, wenn Betroffene am Forschungs- und Entwicklungsprozess beteiligt werden, ist auch eine Bereitschaft zur Umsetzung oder Anwendung und Nutzung der Ergebnisse vorhanden.

Der ursprüngliche Ansatz in der Wissenschaftskommunikation lautete: Die Wissenschaft muss so verständlich sein, dass der Bürger sie versteht. Und in den Wissenschaftsläden sagen wir: Das Problem der Bürger muss so verständlich sein, dass die Wissenschaft es versteht. Das gilt natürlich für die anderen Beteiligten am Prozess auch. Das ist Kommunikation, das ist Sprache, das sind die individuellen und die gruppenorientierten Rahmenbedingungen, die wir kennen müssen. Es ist für zivilgesellschaftliche Gruppen oder Bürgerinnen und Bürger wichtig zu verstehen, wie Wissenschaft funktioniert. Dass Ergebnisse überprüfbar sein müssen, dass sie wiederholbar sein müssen, um sie in die Wissenschaftsgemeinschaft kommunizieren zu können. Und auch, dass ein Ergebnis keinen universellen Anspruch hat, sondern dass es ein Beitrag zu einer wissenschaftlichen Diskussion ist. Diese beiden Welten miteinander bekannt zu machen und mit ihnen dann

zu arbeiten, macht den Reiz unserer Arbeit aus. Und dabei ist es durchaus auch so, dass ein herangetragen Problem unter Umständen für die wissenschaftliche Bearbeitung nicht taugt.

WI: Ja, der Forschungsprozess ist weniger planbar; sowohl vom Zeithorizont als auch der Fragestellung und von den Ergebnissen her, und zwar auch für alle beteiligten Seiten. Aber im Prinzip ist das gut, wenn gesagt wird, dass die Menschen mehr mit einbezogen werden sollen, am besten dann auch in der Umsetzung?

NS: Die Umsetzung ist aber nach wie vor nicht Wissenschaftssache. Da muss man sicherlich, wenn man von größeren Projekten her denkt, schon auch die notwendigen Voraussetzung schaffen, beispielsweise dass man die Umsetzung im Vorfeld bereits mit bedenkt. Es muss nicht unbedingt die Forschungseinrichtung sein, die dann für eine Umsetzung der Ergebnisse sorgen muss. Wir reden doch über eine Gruppe von Experten und Expertinnen, da zähle ich die Bürgerinnen und Bürger mit dazu, die im Rahmen eines Lösungsprozesses verschiedene Aufgaben haben. Das heißt, das Projekt ist größer als die reine Forschung. Das heißt, der Wissenschaftler, die Wissenschaftlerin sollte sich nicht nach Erhalt der Daten aus dem weiteren Prozess zurückziehen, sondern einfach dabei bleiben, aber der Schwerpunkt der Arbeit wird dann von anderen übernommen.

WI: Sie beschreiben im Prinzip eine Art Arbeitsteilung zwischen den Akteuren, die je nach Zeitpunkt des Forschungs- und Innovationsprozesses anders aussieht.

NS: Ja, genau. Das fordert natürlich die Förderer. Diese müssen dann, wenn sie fördern wollen, Prozesse so in den Blick nehmen, dass sie über die reine Forschung hinausgehen. Damit tut sich natürlich eine große Organisation wie die DFG [Deutsche Forschungsgemeinschaft] ausgesprochen schwer. Auch die DFG ist im Bereich Wissenschaftskommunikation und partizipativer Wissenschaft deutliche Schritte 'vorwärts' gegangen. Aber der Exzellenzanspruch wird, genau wie das Postulat der 'Freiheit der Wissenschaft' immer noch als ein Schutzschild vor der Forschung hergetragen, so nach dem Motto „Wir können gar nicht mit den Bürgern forschen, weil wir exzellent forschen“. Oder: „Ich lasse mir doch nicht sagen, was ich zu forschen habe.“ Und das ist, so glaube ich, in dieser Pauschalität nicht haltbar. Daran müssen wir noch ein bisschen arbeiten.

WI: Eine weitere interessante Frage ist, ob und welche „gatekeeper“ oder Zugangsregeln es bei den Wissenschaftsläden gibt. Es wird ja oft gesagt: Für uns als Forschende ist der Gemeinwohlbezug relevant. Und jetzt wäre ja die Frage: Gibt es Zugangsregeln, die sagen: Diese Interessen, die sich dort artikulieren, bspw. von einer lokalen community, die sind gemeinwohldienlich, aber andere sind es nicht und deshalb beachten wir sie nicht. Wer ist da also die Schiedsrichterin, die über den Gemeinwohlbezug der sich artikulierenden Interessen entscheidet?

NS: Also, dies liegt im Ermessen eines jeden einzelnen Wissenschaftsladens. Wir haben da keine Verbotsgedanken, es darf aber kein rein kommerzielles Interesse hinter einer Anfrage stecken. Es darf also nicht darum gehen, mit Hilfe der kostenlosen Ressourcen an den Hochschulen ein Produkt zu entwickeln. Auch werden rein individuelle Interessen nicht bearbeitet. Es sei denn, es lässt sich belegen, dass dies zwar von einer Einzelperson an den Wissenschaftsladen herangetragen worden ist, aber ein größeres gesellschaftliches Problem ist. Es hat Fälle gegeben, zum Beispiel bei einem holländischen Wissenschaftsladen, an den Greenpeace herangetreten ist, der Wissenschaftsladen aber gesagt hat: Sorry, ihr habt genug Geld, ihr könnt diese Forschung selbst finanzieren. Ich tue mich ein bisschen schwer mit dem Begriff Gemeinwohl, sondern ich würde die Arbeit der Wissenschaftsläden als „im gesellschaftlichen Interesse“ bezeichnen.

WI: Sie sagen jetzt „gesellschaftliches Interesse“. Wenn man sich jetzt anguckt, dass es in der Gesellschaft sehr unterschiedliche und auch gegensätzliche Interessen gibt, dann würde ich jetzt nicht auf das gesellschaftliche Interesse kommen, sondern auf viele unterschiedliche, auch gegensätzliche Interessen, und wenn es dies gibt, dann gibt es Konflikte darum, welche Interessen in Forschungsprojekten maßgeblich sind. Da wäre die Frage: Wer entscheidet denn, wer zum Zuge kommt? Sind die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen der Wissenschaftsläden die Schiedsrichterinnen, die entscheiden, dass dieses Interesse mehr Gemeinwohlbezug hat, dass genau dieses Interesse für die Gesellschaft dienlicher ist als andere Interessen? Gerade wenn Sie ja vorhin über die „Multi-Stakeholder-Groups“ gesprochen haben.

NS: Vielleicht sind wir ja in der glücklichen Situation, dass wir nicht diese Entscheidung treffen müssen. Ich stelle einen Antrag, um ein gesellschaftliches Problem zu bearbeiten, dann entscheiden die Gutachter, bzw. die Förderer, was von meiner Argumentation akzeptiert wird. Da sind wir ein bisschen raus, um als übergeordnete Instanz eingegangene Fragen bewerten zu müssen. Grundsätzlich bleibt immer die Frage in welchem – geographischen – Rahmen denken wir? Natürlich kann ich europäisch denken. Aber es gibt auch Regionen, und ich finde, das Selbstverständnis einer Region hat immer eine hochrangige Bedeutung. Am liebsten wäre mir ein Europa ohne Landesgrenzen mit regionaler, territorialer Verantwortung. So gesehen haben natürlich auch Gruppeninteressen ihre Berechtigung, auch wenn sie anderen Gruppeninteressen entgegenstehen. Und hier braucht es Mediatoren, hier braucht es Ausgleich, wenn man mit zwei verschiedenen oder auch entgegengesetzten Gruppenanschauungen weiter nach vorne kommen will. In vielen Projekten braucht man das aber nicht. Also wenn ich im regionalen oder lokalen Kontext denke und versuche eine Begründung im Innenstadtbereich hinzubekommen oder eine Fassadenbegrünung oder mit

Wohnungsbaugesellschaften die toten Wiesen zwischen den Gebäuden biodiversitätsfreundlich ausgestalten will, dann komme ich nicht in große Konflikte. Ich habe die Partner vorher angesprochen, und ich entwickle die Projekte mit ihnen zusammen. Sicherlich, in diesem Zusammenhang versuchen wir, Einzelinteressen in einem größeren Zusammenhang zu sehen. Damit sind wir dann vielleicht ein bisschen mehr bei dem Begriff Gemeinwohl. Es geht also nicht um individuelle Interessen. Wir sind nicht die Juroren. Im Wissenschaftsladen suchen wir natürlich Partner für bestimmte Themen, wir diskutieren mit den Partnern und dann hängt die Ausgestaltung eines Projekts ein bisschen davon ab, wer welche Rolle übernimmt. Ich würde also keinen von uns im ersten Schritt als gatekeeper sehen. Unabhängig von der persönlichen Überzeugung, aber ich denke, militärische Projekte würde kein Wissenschaftsladen unterstützen. Alles, was sich noch aus den 70er und 80er Jahren an Idealen und gesellschaftlichen Interessen ins neue Jahrtausend herübergerettet hat, steht immer noch hoch im Kurs.

WI: Das heißt, es gibt also zwei Orientierungspunkte: Erstens, es dürfen keine rein partikularen Interessen sein, die sich dort artikulieren. Zweitens: Wissenschaftliche Wahrheit im Hinblick auf die Forschungsergebnisse. Könnte man das so sagen: Das sind diese beiden Orientierungspunkte, nach denen Sie arbeiten?

NS: Ja, grundsätzlich würde ich das so sehen. Es geht auch um ein gegenseitiges Einvernehmen hinsichtlich des Umgangs mit Ergebnissen eines Projekts. Es wird nichts für die Schublade produziert. Alles was erarbeitet wird, ist öffentlich, das heißt kein Ergebnis einer Forschungsarbeit wird zurückgehalten. Also das sind die Aspekte der Transparenz und Offenheit bei unserer Arbeit; nichts ist „biased“, also die Frage vielleicht, aber das Ergebnis ist, wie es ist, nach besten wissenschaftlichen Kriterien erarbeitet.

WI: Lassen Sie uns zu einer weiteren Frage kommen. Das Thema haben Sie schon angesprochen, als Sie gesagt haben: Sie kennen auch Projekte, in den die Bürger und Bürgerinnen als bloße Datenlieferanten „missbraucht“ werden. Gibt es da Verfahren und Methoden, die schon im Einsatz sind, um das zu verhindern? Verfahren, die sicherstellen, dass es eine gleichberechtigte Teilhabe der Menschen aus der Zivilgesellschaft am Forschungsprozess gibt?

NS: Also es gibt zunächst einmal eine Berechtigung, nur unter dem Aspekt „Datenlieferung“ zu arbeiten. Das ist völlig in Ordnung, das wird von mir auch nicht in Abrede gestellt, solange es im gegenseitigen Einverständnis passiert. Wenn ich Spaß daran habe, Informationen zu sammeln, dann habe ich auch keine Probleme, unter diesen Bedingungen mitzuarbeiten. Wir können natürlich darüber streiten, wenn diese Daten dann kommerziell verwendet werden, wie es

dann mit intellektuellem Eigentum aussieht? Wege einer möglichen Absicherung des geistigen Eigentums werden aber seit einiger Zeit diskutiert. Also gegen eine freiwillige Beteiligung zur Erhöhung der Datenbasis ist nichts einzuwenden. Schwieriger wird es bei anderen Aspekten einer Partizipation. Ich glaube, es wird durchaus erkannt, dass Wissenschaftler selbst nicht alle Anforderungen eines Partizipationsprozesses erfüllen können. Es gibt Universitäten, die richten deswegen einen Wissenschaftsladen ein, es gibt Projekte, die laden deshalb Wissenschaftsläden in ihr Konsortium ein. Einfach weil es eine Schnittstelle zu den Multi-Stakeholder Gruppen braucht, es diese „soft-skills“ der Vernetzung und Kommunikation braucht. Insofern versuchen wir jetzt, auch über Projektaktivitäten möglichst früh auch in den universitären Ausbildungsprozess einzusteigen und Aspekte einer „responsible research and innovation“, die Ideen von „participatory research“ oder von „community based research“ möglichst früh zu vermitteln.

WI: Sind Sie in ihren Forschungen eigentlich parteilich für eine bestimmte Stakeholdergruppe?

NS: Ob wir da „parteilich“ sind? Wir sind natürlich insofern parteilich, dass wir den schwächeren zivilgesellschaftlichen Partnern Zugang zu Forschung ermöglichen wollen. Wenn das Parteilichkeit ist, dann ja. Wenn es um Ergebnisse geht, dann ein deutliches „Nein“.

WI: Der Hintergrund der Frage nach der Parteilichkeit ist, dass bspw. im Bereich des community organizings aus den USA gesagt wird: Die Interessen der lokalen community und deren Wissen werden im Prozess privilegiert gegenüber anderen Interessen. Zumindest drückt sich dort eine Form von Parteilichkeit aus, für jene Gruppen, die „minderprivilegiert“ sind – Alinsky nennt sie die „have-nots“. Die sollen befähigt, die empower werden.

NS: Aber entschuldigen Sie mal, das ist doch ein top-down-Ansatz, den wir gar nicht so verfolgen. Wenn ich als Wissenschaftler komme und identifiziere jetzt hier ein Problem, das hat mit meinem Hintergrund zu tun, das hat mit meiner Erfahrung zu tun, und ich sehe, dass beispielsweise Sinti und Roma benachteiligt werden, also setze ich ein Projekt auf und eine Forschung, die dem entgegenwirken soll. Das ist top-down und da kann man natürlich sagen, in dem Ansatz privilegiere ich meine Forschungszielgruppe. So, wenn ich aber von einem bottom-up Prozess ausgehe, dann beziehe ich die Leute ein, die ein Problem haben. Dann reagiere ich als Wissenschaftler auf dieses Problem. Natürlich ist es eine Bevorzugung, eine Parteilichkeit, wenn ich mich eines Problems annehme, das aus einer bestimmten Gruppe heraus an mich herangetragen wurde. Von irgendwo kommt ja meine Forschungsfrage, und wenn ich diese Forschungsfrage

von einem zivilgesellschaftlichen Partner bekomme, bin ich dann parteilich? Nein, ich setze einen Prozess auf, unterstütze natürlich die Weiterentwicklung der Forschungsfrage und die Forschungsarbeit, aber ich beziehe doch mehr Akteure mit ein, die zu diesem Prozess der Lösungsentwicklung beitragen können. Natürlich bin ich dann im engsten Sinne „parteilich“, insofern, als ich mich der Frage angenommen habe. Aber ich schließe ja niemanden aus, so nach dem Motto „Was ihr sagt zählt eh nicht, ihr könnt nichts beitragen“. Insofern: Nochmal, was ist Parteilichkeit?

WI: Parteilichkeit – wenn das der richtige Begriff ist – die zeigt sich bei Ihnen am Anfang, beim Beginn eines Prozesses, wenn bei Ihnen eine Anfrage aufkommt. Dann löst sich die Parteilichkeit allerdings auf, weil dann geht es in einen multi-stakeholder Prozess, wo andere Gruppen auch mitaufgenommen werden. Und da gibt's dann eine Arbeitsteilung, aber keine Parteilichkeit mehr für eine bestimmte dieser Gruppen.

NS: Ja, insofern finde ich den Begriff der Parteilichkeit etwas schwierig. So wie Sie es beschrieben haben, kann man den Begriff sicherlich anwenden, aber ich sag' mal im nächsten Projekt kann es eine ganz andere Gruppe sein, mit der wir arbeiten. Dann kann es auch bspw. ein Kleinunternehmer sein, der Bildungsangebote braucht oder ein Betrieb, der die Flächennutzung auf seinem Betriebsgelände verändern möchte. Parteilichkeit ist für mich eigentlich ein übergeordneter Begriff, der auch das Ausblenden von anderen Argumenten mit einschließt. Und das kann es nicht sein. Wenn ein Argument gegen die Vorstellungen des Klienten geht, dann muss dieser das wissen. Ich lasse das Argument ja nicht fallen, nur, weil ich meine, dass der Klient sowieso schon benachteiligt ist und deshalb Unterstützung oder gutes Zureden braucht.

WI: Eine weitere Frage ist die nach der Nachhaltigkeit der Forschung. Und ein bisschen haben Sie das ja auch angetippt, gerade bei universitär basierten Projekten ist es ja so, dass die eine bestimmte Laufzeit haben, dann ist die Laufzeit zu Ende, die Mittel sind zu Ende, und dann stehen die Bürgerinnen und Bürger da und sagen: „Was machen wir jetzt mit den Ergebnissen, wie geht es weiter?“ Und da ist es ja bei nicht-universitär basierten Wissenschaftsläden wie dem WiLa Bonn ein bisschen anders.

NS: Ja, wobei auch wir natürlich gewissen Zwängen unterworfen sind. Wir müssen uns ja auch finanzieren. Wenn wir eine Zeit lang in einem bestimmten Problemfeld gearbeitet haben, sehen wir natürlich auch weitere offene Fragestellungen, die bearbeitet werden können und für die die Aussicht für weitere Förderungen gut ist. Das haben wir ganz explizit umgesetzt in den Projekten Arbeitsmarkt bis hin zum „Netzwerk grüne Arbeitswelt“ und den daran angegliederten Ausbil-

dungsprojekten. Wenn man gut in einem Themenfeld angekommen ist, entdeckt man viele neue Facetten, die einen auch ein bisschen weiterbringen können. Das passiert bei uns beispielsweise in den Bereichen Flächennutzung, Arbeitsmarkt oder auch zunehmend im Bereich Klima und Klimawandel. Hier bilden sich Schnittmengen zur Bildung. Wir sind bei den Themen Bildungsbedarf, bei Fragen zum Arbeitsmarkt, bei dem Wunsch nach Austausch zu Projekterfahrungen und auch bei der Weitervermittlung an andere Expertinnen und Experten kompetente Ansprechpartner. Nachhaltigkeit im Sinne von Weitervermittlung von Wissen und Erfahrung eben. Das muss meines Erachtens Teil eines Projektkonzepts sein, am Ende dahin zu kommen, dass Partner willens und in der Lage sind, das angestoßene Projekt auch umzusetzen. Das heißt, es muss in ihrem Interesse sein, daran weiterzuarbeiten und es muss auch ein Konzept entwickelt werden, wie es mit verfügbaren Ressourcen weitergehen kann. Das ist der Projektansatz, den wir „verkaufen“. Das kann eine Universität, die sich auf citizen science fokussiert, nicht unbedingt. Da sind, glaube ich, Förderer gefragt, dies mehr in den Fokus zu rücken, auch wenn es bedeutet, dass Projekte nicht mehr nur drei Jahre laufen, sondern durchaus auch schon mal vier bis fünf Jahre laufen müssen, um den entwickelten Projektansatz auf stabile Füße zu stellen.

WI: Was Nachhaltigkeit ist, wie das hergestellt werden kann, das hängt also von den einzelnen Projekten und Gegebenheiten vor Ort ab. Und es gibt vielleicht nicht „Nachhaltigkeit“ oder „Nicht-Nachhaltigkeit“, sondern je nachdem welche Mittel verfügbar sind, kann man sich mehr oder weniger stark dafür einsetzen?

NS: Wenn man das auf Wissenschaftsläden und v.a. neu gegründete Wissenschaftsläden überträgt, stellt sich immer die Frage wie stellt man Nachhaltigkeit her. Ein Nachweis für nachhaltiges Arbeiten nach innen, in die Hochschule hinein, lässt sich natürlich über Arbeitsergebnisse erzielen, also die Bedeutung, die diese Arbeit in dem geförderten Jahr hatte. Also soundsoviele Studierende ausgebildet, zivilgesellschaftliche oder caritative Gruppen an die Hochschule gebunden, Anerkennung geschaffen. Aber dann muss die Hochschule auch die Beteiligung an weiteren Projekten vorantreiben. Also nur zu sagen: Ja, wir haben jetzt hier über drei Jahre einen Wissenschaftsladen gefördert bekommen, der in dem Bereich gearbeitet hat, oder wir sind von einem internationalen Konsortium oder auch national angefragt worden, ob wir uns nicht an einem weiteren Projekt mit folgenden Aufgaben beteiligen wollen, ist zu wenig. Aber zum Beispiel eine post-doc-Stelle einzurichten oder weitere Fragen zu kreieren für Studierende, wäre dann der Nachweis an Nachhaltigkeit nach innen, in die eigene Struktur hinein. Und wir als WiLa Bonn versuchen natürlich Themen, die wir hier aufgegriffen haben, durch ergänzende Projekte am Leben zu erhalten.

WI: Also Ansprechpartner in der Region zu sein?

NS: Ja genau, Ansprechpartner in der Region zu sein, auch ein Thema über viele Jahre zu transportieren, also, dass es keine Eintagsfliege oder „Zwei-Jahres-Fliege“ wird. Wir hatten in unserer Anfangszeit, oder in den ersten Jahren des WiLA, die Möglichkeit, Kollegen auch über ein Projektende hinaus halten zu können. Uns ist das Wissen dieser Kollegen also nicht verloren gegangen. Aber auch über die Region hinaus sind wir ansprechbar. In „Living-knowledge“, dem internationalen Netzwerk der Wissenschaftsläden, tragen viele Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen Ländern, aus unterschiedlichen Wissenschaftsladenstrukturen auf ehrenamtlicher Basis zur Vernetzung und Wissensvermittlung bei. Wenn ich jetzt in einem Projekt zum Klimawandel oder zur Klimaanpassung bin, besteht immer die Möglichkeit, einen Blick in das Netzwerk zu werfen, Kontakte zu knüpfen, Wissen abzurufen und dadurch das Netzwerk am Leben zu erhalten, auch mal durch eine Spende, um die Webseite neu aufzustellen. Das Netzwerk existiert in dieser Form jetzt seit 22 Jahren ohne direkte formale Struktur, ohne Mitgliedsbeiträge, als ein absolut offenes Netzwerk.

WI: Sie sagten vorhin, dass die Ansätze von „citizen science“ und „participatory research“ mittlerweile stärker in das Curriculum auch der Hochschulen aufgenommen werden?

NS: Ja und es gibt Beispiele aus ganz Europa wo „responsible research and innovation“ eingebracht wurde, hier gibt es durchaus Nähe zu citizen-science. Es gibt Seminare und Vorlesungen an den Hochschulen. Auch wenn eine Teilnahme immer noch auf Freiwilligkeit bei den Studierenden basiert, das Interesse ist da. Mit unseren Bildungsangeboten zum Thema Nachhaltigkeit fangen wir bereits im Kindergarten an und bilden Erzieherinnen fort und machen Projekte mit Schulen, und jetzt nehmen wir auch Hochschulen ins Visier. Ich halte die Vermittlung von partizipationsspezifischem Wissen an Studierende für ausgesprochen wichtig. Dann haben wir die Hoffnung, dass sie in 20 Jahren in der Position sind, dieses Wissen auch anzuwenden. Weil dann nämlich die ganzen Blockierer, die es jetzt noch gibt, die sich Fortbildungen verweigern, aus dem Wissenschaftsapparat verschwunden sind und ihre Stellen neu besetzt werden. Und es gibt noch viele Themen, die sich bewegen müssen, beispielsweise müssten die Universitäten anders, beteiligungsorientierter, berufen. Das globale Wissenschaftssystem ist wirklich wie ein riesiges Containerschiff; den Kurs zu wechseln ist nicht einfach. Vielleicht können wir sagen, dass es schon einen guten Lotsen an Bord gibt. Aber wir brauchen immer noch die Schnellbote, die mit spontanen schnellen, kreativen Ideen für Veränderungen sorgen können.

WI: Eine schöne Metapher am Schluss. Dann bedanke ich mich für unser Gespräch!

Das Gespräch für die Redaktion führte Christof Beckmann

*Christoph Beckmann, Evangelische Hochschule Hamburg,
Horner Weg 170, 22111 Hamburg
E-Mail: cbeckmann@raubeshaus.de*

*Norbert Steinhaus, Reuterstraße 157, 53113 Bonn
E-Mail: norbert.steinhaus@wilabonn.de*



ARBEIT ■ BEWEGUNG ■ GESCHICHTE

ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE widmet sich der Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen in Deutschland und der Welt. Die Zeitschrift präsentiert Aufsätze, biografische Skizzen, Dokumente und Diskussionsbeiträge. Das Themenspektrum reicht von der Global Labour History bis hin zur Regional- und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie die Geschichte des Staatssozialismus. Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai und September) im Berliner Metropolis Verlag. ISSN: 2366-2387 • Einzelheft 14 €, zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 39 € (Ausland 49 €) • einschl. Porto • Bestellungen an den Metropolis Verlag: veitl@metropol-verlag.de

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de • www.metropol-verlag.de



Sabine Flick

Zu den Tücken partizipativer Forschung¹

Der Beitrag widmet sich in kritisch-solidarischer Perspektive der partizipativen Forschung und lotet vor dem Hintergrund normativer und erkenntnistheoretischer Grundannahmen dieses Forschungsstils einige Probleme und Tücken aus. Dabei stehen vier Kritikdimensionen im Zentrum: Ideologiekritik, Biopolitik, Pseudopartizipation sowie die von der Autorin formulierte immanente Kritik an partizipativer Forschung. Diese Kritik wird in zwei Dimensionen erörtert. Zum einen identifiziert die Autorin das Problem eines „epistemischen Paternalismus“, zum anderen problematisiert sie die „transformative Reflexivität“, welche partizipativen Projekten als Anspruch oft innewohnt.

Partizipative Forschung ist bekannt als eine Form empirischen Arbeitens, das von sich behauptet, die Welt nicht nur interpretieren, sondern sie auch verändern zu können. Das epistemologische und normative Fundament partizipativer Forschung bildet dabei die Parteinahme für marginalisierte Gruppen, indem sie versucht, einerseits von deren Standpunkt aus die soziale Welt in den Blick zu nehmen, andererseits deren Perspektiven zu Wort kommen zu lassen und sie als eigenständige Stimmen im wissenschaftlichen Diskurs zu etablieren. Sie tritt demnach als Kritik der hierarchischen Verhältnisse der Wissensproduktion auf und beansprucht, das Problem des Subjekt-Objekt-Verhältnisses in der Forschung zu lösen. Durch deren Demokratisierung soll es möglich werden, im Dialog und mit den Mitteln der Sozialforschung eine Kritik an den sozialen Verhältnissen zu formulieren. Als Forschende habe ich selbst bereits partizipative Projekte durchgeführt und halte es daher für notwendig, eine kritisch-solidarische immanente Kritik an diesem Forschungsstil zu formulieren. Meine zentrale These, die diesen Beitrag leitet, ist, dass mit partizipativer Forschung ein spezifisches Reflexivitätsverständnis einhergeht,

1 Die Argumente dieses Beitrages habe ich bereits anderer Form publiziert (vgl. Flick/Herold 2021, Flick/Hoppe 2021). Hier finden sie sich in zugespitzter Form, dabei kommt es passagenweise zu Überschneidung mit den genannten Beiträgen.

welches sich als transformativ versteht, aber gerade nicht vermag, den Anspruch auf symmetrische Forschung durch eine Transformation der Forschungsbeziehung einzulösen. Dass partizipativer Forschung also Tücken innewohnen, die ich hier in den Blick nehmen möchte. Vielmehr, so mein Argument, wird durch dieses Reflexivitätsverständnis nämlich das von mir identifizierte, gravierende Problem des epistemischen Paternalismus nicht aufgelöst, sondern lediglich verschleiert und somit manifestiert. Als epistemischen Paternalismus konzeptualisiere ich eine methodologische Ausrichtung der Forschung im Hinblick auf zwei Dimensionen. Dass nämlich erstens bereits *vor* der Forschung in ganz und gar nicht symmetrischer Weise festgelegt wird, *wer* überhaupt als das zu beteiligende Forschungsobjekt eingebunden wird und sich im Laufe der Forschung neue Selbstdeutungen und Handlungsmuster aneignen soll. Für diese Selbstveränderung, so meine Kritik, ist zweitens ebenfalls bereits *vor* der Forschung festgelegt, welche Richtung sie einnehmen soll oder welchem Programm sie zu folgen hat. Dadurch, so mein Argument, wird nicht nur das allgemeine Gütekriterium der Offenheit von Forschung untergraben, es wird auch darauf verzichtet, in der Forschung die epistemologischen und normativen Ansprüche der Forschung selbst zu reflektieren und somit möglicherweise tatsächlich zu transformieren.

Um diese Argumente deutlich zu machen, werde ich im Folgenden zunächst die epistemologischen und normativen Prämissen der partizipativen Forschung diskutieren sowie die von ihr selbst formulierten Gütekriterien. Im Anschluss daran stelle ich vier Formen der Kritik an der partizipativen Forschung vor. Schließlich formuliere ich dann die zentralen Tücken.

1. Nothing About us Without Us. Normativität und Erkenntnistheorie

Eine der grundlegendsten und darin keineswegs trivialen erkenntnistheoretischen Annahmen, ohne die sich partizipative Forschung nicht betreiben ließe, ist Gramscis Annahme, dass „alle Intellektuelle sind, wenn auch nicht alle Menschen in der Gesellschaft die Funktion von Intellektuellen haben“ (Gramsci 1991). Die zukünftigen Forschungspartner*innen werden nicht als „judgemental dopes“ (Garfinkel 1967/1984, S. 75) entworfen, sondern als „reflexive Akteure“ (Celikates 2009, S. 18) gedacht. Somit wird also bereits in der epistemologischen Grundlegung davon ausgegangen, dass Erkenntnis nicht in einem Subjekt-Objekt-Verhältnis stehen bleibt, sondern prinzipiell alle gleichermaßen zur Erkenntnis fähig sind und Subjekte der Forschung sein können. Deutlicher aber als in anderen methodischen und methodologischen Zugängen der empirischen Sozialforschung werden in der

partizipativen Forschung starke normative Ansprüche formuliert. Es lassen sich vier solcher Ansprüche identifizieren: Giving Voice, Überwindung der Marginalisierung durch Demokratisierung, Symmetrisierung der Forschungsbeziehung und schließlich soll partizipative Forschung zum Empowerment der Forschenden beitragen.

Der partizipativen Forschung geht es erstens zunächst darum, den „Marginalisierten“ eine Stimme zu geben: „We believe firmly that people who experience injustice must have a seat at the research table, that no one can speak ‘their’ stories for – ‘them’; that marginalized bodies and tongues carry stories untold; and that together – across generations, race and ethnicity, experience, education levels, trauma, and desires we can build a research team.“ (Fine/Torre 2019, S. 435) Es gilt, die Hierarchien in der Wissensproduktion und wissenschaftlichen Praxis abzubauen (Bergold/Thomas 2010, S. 333 f.).

Zweitens entscheiden „im Idealfall alle Forschungspartner*innen gemeinsam in einem Einigungsprozess darüber, was wie gemacht wird und welches Ergebnis gemeinsam akzeptiert wird“ (Bergold 2017, S. 3). Die Beforschten erhalten somit Ownership, so der Anspruch, und dadurch die Kontrolle über die Ergebnisse.

Drittens soll durch diese Praxis das asymmetrische Verhältnis von Forschenden und Beforschten, von Subjekt und Objekt der Forschung, aufgelöst werden: Forschung soll auf Augenhöhe stattfinden! Einerseits sollen die Forschenden die strenge Distanz zu ihren Forschungsgegenständen aufgeben und „sich selbst in den Forschungsprozess einbringen“ (Klüver/Krüger 1972, S. 77). Andererseits sollen die Beforschten aus der Passivität herausgelöst und in die Position versetzt werden, das „Erkenntnisinteresse des Projekts an ihren Problemen und Bedürfnissen auszurichten“ (von Unger 2014, S. 53).

Alle Beteiligten sollen viertens durch den Forschungsprozess in die Lage versetzt werden, Wissen und Erkenntnisse über ihre Lebenswelt zu erlangen, diese artikulieren zu können und darüber hinaus neue Handlungsperspektiven zu erreichen, sich somit also zu ermächtigen.

Es greift allerdings zu kurz, partizipative Forschung auf diese normativen Ansprüche zu reduzieren. Die Demokratisierung der Wissensproduktion soll ja nicht nur erreicht werden, weil sie normativ wünschenswert ist, sondern weil sie letztlich bessere Erkenntnis verspricht: Zum einem im sachbezogenen Sinn, da sich in partizipativen Projekten ein Handlungswissen, also etwa Handlungsoptionen oder -strategien, generieren lässt, welches schlichtweg effektiver ist, als das ohne die Partizipation der lebensweltlichen Akteur*innen der Fall wäre. Zum anderen – und das ist für eine empirische Sozialforschung der entscheidende Punkt –, da durch die Privilegierung auf die Innenperspektive der Akteur*innen Beschreibungen der sozialen Welt möglich werden, die dichter und erfahrungsgesättigter sind. Die Konvergenz

von Wissenschaft und Praxis führe, so das Argument, also zu „mehr“ Erkenntnis. Von Unger und Bergold/Thomas betonten entsprechend, dass die „Verschränkung verschiedener Perspektiven“ einen Erkenntnisgewinn bringe (von Unger 2014, S. 2), da man so „effektiveres Handlungswissen“ erheben und „dichtere“ (hier verstanden als wahrheitsgetreuere) Analysen betreiben könne (Bergold/Thomas 2012, S. 1). Neben den erkenntnistheoretischen Vorbedingungen formuliert die partizipative Forschung gemäß ihrem Selbstverständnis als einer wissenschaftlichen Forschung auch Gütekriterien für ihre Praxis. Sie benennt zweierlei Validitäten, also Kriterien, um zu überprüfen, ob das, was man untersuchen wollte, auch untersucht wurde: Erstens die *impact validity* als das Ausmaß, in dem die Forschung potenziell sozialen und politischen Wandel in Gang setzt oder für Aktivismus nützlich sein kann (Massey/Barreras 2013, S. 1). Zweitens gilt es, die *construct validity* zu überprüfen, also das Vermögen der gewonnen Forschungskonzepte und Analysen, die Wirklichkeit angemessen darzustellen (Fine/Torre 2019). Wichtigstes Gütekriterium, das lässt sich allen Differenzen der partizipativen Ansätze zum Trotz sagen, ist das der Reflexivität. Zunächst und zuvorderst soll eine „kritische Forschung“ stets eine permanente Reflexion der eigenen Forscher*innengruppe und deren Wissensproduktion ermöglichen. Dabei soll dasjenige Wissen privilegiert werden, welches von denjenigen produziert wird, die am „stärksten von struktureller Ungerechtigkeit betroffen sind“ (Fine/Torre 2019, S. 435; Übers. d. Verf.). Reflexivität wird hier als zentrales Konzept betont, mit dem die Qualität wie auch überhaupt der Forschungs- und Erkenntnisprozess gewährleistet sein soll.

2. Drei Varianten der Kritik an partizipativer Forschung

Seit ihrem Entstehen ist die partizipative Forschung nicht ohne Einwände geblieben, diese werden sowohl aus den Reihen partizipativ Forschender als auch von deren erklärten Gegnern formuliert. Drei Kritikpunkte sind zentral: Eine erste Kritikrichtung lässt sich unter dem Label „Ideologiekritik“ zusammenfassen. Diese besagt zugespitzt, dass der gesellschaftliche Verblendungszusammenhang (Adorno 1970, S. 235) jeden Anspruch, den die partizipative Forschung formuliert, verhindern. Die Forschungsobjekte haben in diesem Sinne ein falsches Bewusstsein, das nur die Forscher*innen als Dialogpartner*innen verändern können. Oder, in einer weniger orthodoxen Form, dass eine Analyse, die latente Sachverhalte, Motivationen oder Einstellungen in der sozialen Wirklichkeit herausarbeiten will, eines distanzierten Blickes bedarf. Sozialwissenschaftliche Forschung kann demnach nicht auf eine epistemische Asymmetrie verzichten, um die den Beforschten nicht verfügbaren impliziten Wissensbestände zu rekonstruieren (Celikates 2009). Die

politischen und ethischen Probleme, die ein solches asymmetrisches Forschungsverhältnis mit sich bringt, werden hier als kleineres Übel sozusagen in Kauf genommen.

Von gänzlich anderer Seite aus kommend, verwirft zweitens die Kritik an einer neoliberalen biopolitischen Vereinnahmung die partizipative Forschung. Die Rhetorik der Partizipation im Neoliberalismus wird als neue Regierungsweise entlarvt und somit allen Partizipationsbemühungen eine grundlegende Absage erteilt. So diskutieren Cooke und Kothari (2001, S. 3) in ihrem Band den Trend zur Partizipation gar als eine „New Tyranny“. Diese Kritiken zielen dabei auf eine Kritik des Empowerment-Ansatzes, der in Verdacht steht, eine neue Form von „economic governance and citizenship“ zu sein, die Raum für „new, more subtle forms of professional governance and expertise through the use of empowerment“ (Miller/Rose 2008, S. 93) eröffnet habe. Mit anderen Worten, durch die Subjektivierung als vermeintlich selbstbestimmte Akteur*innen werde der darin angelegte neoliberale Imperativ einer individualisierenden und responsabilisierenden Agenda undurchsichtig. Alles andere als zufällig kommt es, folgt man dieser Kritikrichtung, zu einer Reaktualisierung partizipativer Ansätze genau zu jenem Zeitpunkt, an dem öffentliche Forschung zurückgebaut wird. Wenn zunehmend Sozialarbeiter*innen und Betroffene selbst die Forschung (gewissermaßen gratis) erledigen, gerät partizipative Forschung zu unbezahlter Arbeit. Gleichzeitig werde Forschung durch diese Entwicklung als professionelles Kompetenzfeld in Frage gestellt, denn wenn „jede*r“ Forschende*r sein kann, warum dann methodische und methodologische akademischen Curricula?

Die Mehrzahl der kritischen Beiträge, die dritte Kritikrichtung, zielt auf die Gefahr einer Pseudopartizipation bzw. einer nur kosmetischen Partizipation (vgl. u.a. Gaventa/Cornwall 2001, S. 76-79; Wallerstein/Duran 2008, S. 39-40). Partizipation werde, so die Kritik, zum Feigenblatt für originär paternalistische Anliegen: „[R]esearch projects in the name of participation mask realities of tokenism, reinforce social hierarchies, emphasize consensus, and reproduce the dominant hegemonic agenda[...]“ (Cahill 2007, S. 269) Vor allem unter dem Stichwort der Schein- oder Pseudopartizipation wird verhandelt, ob partizipative Forschung es den Akteur*innen tatsächlich ermöglicht, sich den Forschungsprozess anzueignen, oder ob das Angebot der Beteiligung bloßes Alibi bleibt. Kaum eine Beschreibung der partizipativen Forschung verweist nicht auf dieses Problem (siehe Bergold/Thomas 2012; von Unger 2014; Fine/Torre 2019). Dieses Kritikmuster findet eine empirische Bestätigung in unzähligen neueren Versuchen von Organisationen, Institutionen und lokalen Akteur*innen, spezifische, bereits politisch entschiedene Projekte durch eine minimale Partizipation – beispielsweise durch mehr „Bürgerbeteiligung“ –, zu legitimieren.

3. Zur immanenten Kritik an der partizipativen Forschung

Vor dem Hintergrund der dargelegten Kritik an partizipativer Forschung möchte ich nun zwei zentrale und besonders problematische Punkte diskutieren, die ich aus den Ansprüchen der partizipativen Forschung selbst heraus entwickle. Im Anschluss an die bereits genannten Kritiken unterstelle ich der partizipativen Forschung und den ihr inhärenten Kritikverständnissen nämlich erstens eine von mir als *epistemischen Paternalismus* bezeichnete Haltung, die meiner Ansicht nach mit dem, was kritische Forschung tun sollte, nicht vereinbar ist. Zweitens halte ich die Forderung nach Reflexivität, die der partizipativen Forschung inhärent und so unabkömmlich ist, für überaus tückisch, wenn nicht gar *pseudotransformativ*.

3.1 Epistemischer Paternalismus. Das Leiden der Anderen

Einer der oben aufgeführten und innerhalb der partizipativen Forschung weithin etablierten Ansprüche ist es, den „Marginalisierten“ durch die Forschung eine Stimme zu geben und endlich den Paternalismus Bourdieuscher Façon aufzugeben, d.h. nicht *über* die anderen zu forschen und sprechen, sondern mit und durch sie, denn „marginalized bodies and tongues carry stories untold“ (Fine/Torre 2019, S. 435; vgl. Bergold/Thomas 2011). Partizipative Forschung nimmt dadurch in Anspruch, epistemische Autorität abzutreten und durch die Perspektive marginalisierter Akteur*innen ein vollständigeres Bild der Realität zu zeichnen. Betont wird, dass partizipative Forschung im Modus des „co-learning“ (Minkler/Wallerstein 2008, S. 9; vgl. auch von Unger 2014, S. 45-46), also des gleichzeitigen und gleichberechtigten Lernens aller Beteiligten, vollzogen wird. Eine Sozialforschung, die sich der Sache *der* Marginalisierten verschreibt, muss allerdings immer schon einen Begriff davon haben, wen sie damit meint. Sie ist immer schon Akteurin einer Veränderung, die die vermeintlich Marginalisierten aufsucht und sie dabei – zwar zunächst in symbolischer, aber keineswegs unschuldiger Weise – selbst überhaupt erst zu solchen macht. Schließlich findet sich nur eine verschwindend geringe Zahl partizipativer Projekte, die ursprünglich von alltäglichen Akteur*innen angestoßen wurden.

Der Wunsch, sich dem Leiden der Armen, Unterdrückten und Ausgebeuteten zu widmen, ist freilich keiner, der partizipative Forschung alleine umtreibt. Dennoch ist gerade in dieser normativ so aufgeladenen Forschung die Gefahr des Paternalismus besonders groß. Nicht selten werden die vorgeblich marginalisierten Akteur*innen ins Zentrum ihrer eigenen Veränderung gerückt. Doch dieser Anspruch gerät häufig in eine Schieflage, wenn er zur Überforderung wird. Mehr noch aber tritt insbesondere durch den pädagogischen und ermächtigenden Anspruch der partizipativen Forschung die Veränderung des defizitären Selbstbildes

und der ungenügenden Fähigkeiten der Akteur*innen in den Vordergrund. Zwar kann man diesem Argument entgegenhalten, es gehe doch um Co-Learning. Doch wenn Forschungsprojekte aus der akademischen Wissensproduktion heraus entscheiden, wer als marginalisiert identifiziert wird und in welche Richtung hin sich ein Bewusstsein verändern soll, dann ist dies eine Zuspitzung des bereits an Bourdieu kritisierten Problems eines wissenschaftlichen Paternalismus und gerade nicht dessen Aufhebung (vgl. McRobbie 2002). Diesen von mir als epistemischen Paternalismus bezeichneten Problemzusammenhang könnte man lapidar auch auf die Formel bringen: „Ihr sollt herausfinden, was wir verändern wollen, und euch so verändern, wie wir das beschlossen haben!“ Das erkenntnistheoretische Postulat der Offenheit, das meiner Ansicht nach eine kritische Sozialforschung kennzeichnen sollte, wird durch diesen epistemischen Paternalismus überflüssig. Vielmehr wird Forschung hier zum reinen Handlungsprogramm, in dem die Akteur*innen dann nur noch Ausführende sind, und deren Selbstveränderung vorab durch die akademischen Forscher*innen auch inhaltlich festgelegt wurde.

Dies kann allerdings auch in einen paradoxalen Umschlag münden. Wenn sich Forschende durch die Forschung erst über ihre miserable Lage bewusst werden, führt das nicht zwangsläufig zur Ermächtigung. Hingegen kann es ohnmächtig zurücklassen, insbesondere dann, wenn nach Abschluss der Forschung die akademischen Forschungsbeteiligten wieder in ihre privilegierten Positionen zurückkehren. Auch wäre zu berücksichtigen, dass durch eine solche normative und epistemologische Aufladung der Forschung einer *Viktimisierung* Vorschub geleistet wird, die ja eigentlich genau abgeschafft werden sollte. Beispiele für solche epistemisch-paternalistischen Projekte finden sich viele.

Neben dieser Viktimisierung drückt sich der Paternalismus in einer Tendenz zur *Romantisierung* der Marginalisierten aus. Weil sich partizipative Forschung ethisch und politisch auf die Lage ihrer Co-Forschenden verpflichtet, schleicht sich schnell ein Verzicht auf die Analyse von Widersprüchen und Dynamiken innerhalb der Gruppe ein, die sie als marginalisiert ausgemacht hat. Allzu schnell schleicht sich durch die Parteinahme für die Marginalisierten der alte romantisierende Fehlschluss ein, deren Zugänge und Perspektiven auf die Welt wären bereits per se weniger deformiert oder von partialen Interessen geprägt. Selbstverständlich finden sich aber auch unter Marginalisierten Machtdynamiken vor, die der Kritik oder der Analyse bedürfen. Dass sich aus der Solidarität ein Schweigen über diese einstellt, ist ein für die empirische Forschungsarbeit viel beschriebenes Phänomen (vgl. u.a. Ortner 1995; Wacquant 2002, S. 1520-1527). Nimmt man dieses Problem ernst, dann ist der Hinweis auf Marginalisierung als ethische und sogar epistemische Richtschnur in der empirischen Arbeit kaum ausreichend.

3.2 Die Tücken der transformativen Reflexivität

Der partizipativen Forschung nun zu unterstellen, sie würde naiv in die Forschung stolpern und den Dynamiken einfach freien Lauf lassen, ist unfair. Reflexivität ist, wie bereits angedeutet, eine der Schlüsselforderungen für das Gelingen der empirischen Projekte. Diese Reflexivität möchte ich daher noch einmal genauer in den Blick nehmen.

Der Anspruch, die Beteiligten an der Forschung gemeinsam in einen Reflexionsprozess zu bringen, wird von den meisten Autor*innen formuliert, um vorhandene Differenzen nicht unausgesprochen zu lassen; vor allem aber, um die unterschiedlichen Standpunkte und ungleichen Ausgangslagen durch das gemeinsame Reflektieren zu überwinden.

Reflexivität in der partizipativen Forschung ist, so mein Argument, allerdings pseudotransformativ und somit tückisch, da sie die normativen und epistemischen Ansprüche, mit denen sie operiert, nicht zur Reflexion stellt. Nicht besprochen werden die impliziten Erwartungen der akademischen Forscher*innen an eine ermächtigende Selbstveränderung. Was die konkrete Ermächtigung für die als Forschungssubjekte Beteiligten konkret bedeutet und was vielleicht auch nicht, bleibt unreflektiert. Bettina Dausien betont, dass zu dieser Reflexivität in (qualitativer) empirischer Sozialforschung auch gehört, die „Reflexion in diesem Sinn nicht erst als nachträgliches Kriterium an die Forschung heranzutragen (etwa zur Beurteilung der Güte von Ergebnissen), sondern kontinuierlich und methodisch angeleitet im Forschungsprozess selbst zu verankern“ (Dausien 2007, Abs. 3-4). Auf diese Weise soll der Konstruktivität oder Produktivität der eigenen Forschung Bedeutung eingeräumt werden, dass die Werkzeuge und Operationen „ihren Gegenstand notwendig strukturieren oder, radikaler, hervorbringen“ (ebd.).

Die Reflexivität auf die Wissensproduktion in partizipativen Prozessen verfolgt eine andere Stoßrichtung, weniger wird hier der Konstruktivität und Produktivität Rechnung getragen, vielmehr soll als permanentes Gütekriterium während der Forschung die Demokratisierung des Forschungsprozesses durch das Reflektieren auf die eigene Diversität erreicht werden. In diesem Sinne zielt diese Form der Reflexivität auf eine Transformation der Beteiligten, nämlich von einer Subjekt-Objekt- hin zu einer Subjekt-Subjekt-Relation. Hier wiederum setzt nun meine Kritik an: Dieser Anspruch nämlich gerät in eine Schieflage, da die Diversität der Beteiligten ja struktureller und nicht allein reflexiver Natur ist, sich eine solch asymmetrische Forschungsbeziehung durch das bloße Reflektieren also nicht auflösen lässt. Mit anderen Worten, das Sich-bewusst-Machen der eigenen Privilegien, beispielsweise als weiße akademisch Forschende in einem partizipativen Forschungssetting, hebt weder den Zwang der Verhältnisse noch die Kluft

zwischen den unterschiedlichen situierten Perspektiven auf. So banal dies in der Beschreibung klingt, so folgenreich ist dies doch für den Anspruch dieser Forschungsrichtung. Meinem Eindruck nach sind die Beiträge aus den Reihen der partizipativen Forschung allerdings mehrheitlich blind für diesen Umstand. Der Verweis auf die Reflexion droht hier zu einer bloßen Immunisierungsstrategie zu werden. Die Aspekte partizipativer Forschung, die sich demgegenüber gut in gemeinsamen Reflexionsprozessen aufarbeiten ließen, nämlich eben jene normativen und epistemischen Ansprüche des von mir bezeichneten epistemischen Paternalismus, werden dabei gerade und bedauerlicherweise nicht in den Blick genommen. Dies zukünftig stärker mit ins normative und erkenntnistheoretische Programm partizipativer Forschung zu integrieren wäre daher ein methodologisches Anliegen.

Literatur

- Adorno, Theodor W. 1970: Ästhetische Theorie. In: Gesammelte Schriften. Band 7. Frankfurt a.M.
- Bergold, Jarg 2017: „Partizipative Forschung: Wer partizipiert an was mit welchen Rechten?“. Vortrag auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. https://www.dgsp-ev.de/fileadmin/user*files/dgsp/pdfs/PPPraesentationen*Vortraege/Jahrestagung*DGSP*2017/Bergold*Vortrag*DGSP*Jahrestagung*Hamburg.pdf
- Bergold, Jarg/Thomas, Stefan 2010: Partizipative Forschung. In: Mey, Günther/Mruck, Katja (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. Wiesbaden: Springer VS, S. 333-344
- 2012. Partizipative Forschungsmethoden: Ein methodischer Ansatz in Bewegung. In: Forum Qualitative Sozialforschung 13, H. 1, Art. 30
- Bourdieu, Pierre 1993: Narzißtische Reflexivität und wissenschaftliche Reflexivität. In: Berg, Eberhard/Fuchs, Martin (Hrsg.): Kultur, soziale Praxis, Text. Die Krise der ethnographischen Repräsentation. Frankfurt a.M., S. 365-374
- Cahill, Caitlin 2007: The Personal is Political: Developing New Subjectivities Through Participatory Action Research. In: Gender, Place & Culture 14, H. 3, S. 267-292
- Celikates, Robin 2009: Kritik als soziale Praxis. Gesellschaftliche Selbstverständigung und Kritische Theorie. Frankfurter Beiträge zur Soziologie und Sozialphilosophie. Frankfurt a.M. und New York
- Cooke, Bill/Kothari, Uma 2001: The Case of Participation as Tyranny. In: Cooke, Bill/Kothari, Uma (Hrsg.): Participation: The New Tyranny?, London, S. 1-15
- Dausien, Bettina 2007: Reflexivität, Vertrauen, Professionalität. Was Studierende in einer gemeinsamen Praxis qualitativer Forschung lernen können. Diskussionsbeitrag zur FQS-Debatte „Lehren und Lernen der Methoden qualitativer Sozialforschung“. In: Forum Qualitative Sozialforschung 8, H. 1, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0701D4Da3>

- Fine, Michelle/Torre María Elena 2019: Critical Participatory Action Research: A Feminist Project for Validity and Solidarity. In: *Psychology of Women Quarterly* 43, H. 4, S. 433-444
- Flick, Sabine/Herold, Alexander 2021: Epistemischer Paternalismus und transformative Reflexivität? Zur immanenten Kritik der partizipativen Forschung. In: Flick/Herold 2021: Zur Kritik der partizipativen Forschung – Forschungspraxis im Spiegel der Kritischen Theorie, S. 287-313
- Flick, Sabine/Hoppe, Katharina 2021: Reflexivität als Mantra? Voraussetzungen und Grenzen partizipativer Forschung. In: Flick/Herold 2021: Zur Kritik der partizipativen Forschung – Forschungspraxis im Spiegel der Kritischen Theorie, S. 18-40
- Garfinkel, Harold 1967/1984: *Studies in Ethnology*. Cambridge
- Gaventa, John/Cornwall, Andrea 2001: Power and Knowledge. In: Reason, Peter/Bradbury, Hilary (Hrsg.): *Handbook of Action Research*. London, S. 70-80
- Gramsci, Antonio (1991): *Gefängnishefte*. Heft 12. Hamburg: Argument Verlag.
- Klüver, Jürgen/Krüger, Helge 1972: Aktionsforschung und soziologische Theorien. Wissenschaftstheoretische Überlegungen zum Erkenntnisinteresse der Aktionsforschung. In: Haag, Fritz/Krüger, Helga/Schwärzel, Wiltrud/Wildt, Johannes (Hrsg.): *Aktionsforschung*. München, S. 76-99
- Massey, Sean G./Barreras, Ricardo E. 2013: Introducing „Impact Validity“. In: *Journal of Social Issues* 69, H. 4, S. 615-632
- McRobbie, Angela 2002: A Mixed Bag of Misfortunes? Bourdieu's Weight of the World. In: *Theory, Culture & Society* 19, H. 3, S. 129-138
- Miller, Peter/Rose, Nikolas S. (2008): *Governing the Present. Administering Economic, Social and Personal Life*. Cambridge
- Minkler, Meredith/Wallerstein, Nina (2008): Introduction to Community-Based Participatory Research. New Issues and Emphases. In: Minkler, Meredith/Wallerstein, Nina (Hrsg.): *Community-Based Participatory Research for Health: From Processes to Outcomes*. San Francisco, 5-23.
- von Unger, Hella 2014: *Partizipative Forschung. Einführung in die Forschungspraxis*. Wiesbaden
- Wacquant, Loïc 2002: Scrutinizing the Street: Poverty, Morality, and the Pitfalls of Urban Ethnography. In: *American Journal of Sociology* 107, H. 6, S. 1468-1532
- Wallerstein, Nina/Duran, Bonnie 2008: The Theoretical, Historical, and Practice Roots of CBPR. In: Minkler, Meredith/Wallerstein, Nina (Hrsg.): *Community-Based Participatory Research for Health: From Processes to Outcomes*. San Francisco: Wiley, S. 25-46

*Sabine Flick, Fachbereich Sozialwesen, Hochschule Fulda,
Leipziger Straße 123, 36037 Fulda
E-Mail: Sabine.flick@sw.hs-fulda.de*

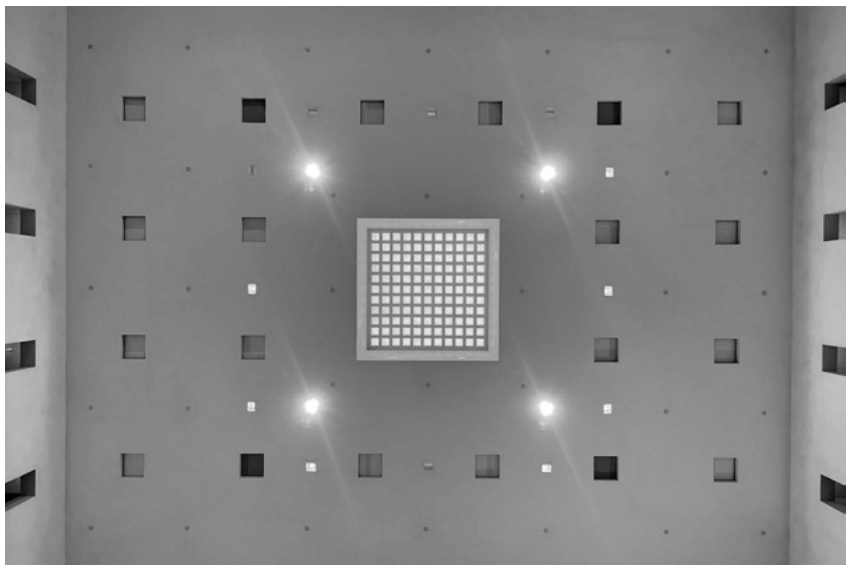


frauen* solidarität

feministisch-entwicklungspolitische
informations- und bildungsarbeit

Bibliothek und Dokumentation
Zeitschrift und Radio
Medien
Frauenrechte und

www.frauensolidaritaet.org
Sensengasse 3, 1090 Wien



Ariane Brensell, Johannes Stehr & Michael May

Positionierungen zur partizipativen Forschung: Unter welchen Prämissen kann partizipative Forschung sich gesellschaftskritisch und emanzipatorisch ausrichten?

Positionierung von Ariane Brensell aus der Perspektive Kritischer Psychologie

Ich möchte zur Frage, ob partizipative Forschung per se emanzipatorisch ist oder ob es bestimmter Prämissen bedarf, um partizipative Forschung gesellschaftskritisch und emanzipatorisch auszurichten, ein paar Impulse aus der Kritischen Psychologie und unserem feministischen partizipativen Forschungsprojekt „Kontextualisierte Traumarbeit“ (Brensell 2020, 2022) beisteuern.

Immer wieder wird u.a. in Bezug auf Hella von Unger definiert: Partizipative Forschung will „soziale Wirklichkeit partnerschaftlich erforschen und beeinflussen“ (Unger 2014: 1). Emanzipatorisch heißt für mich, dass diese „soziale Wirklichkeit“ im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen und -strukturen gesehen wird, denn sie ist immer gesellschaftlich vermittelt. Erst so können Widersprüche in den Handlungsmöglichkeiten und -behinderungen fassbar werden.

Widersprüche standen auch am Beginn unserer partizipativen Forschung zur Kritik an hegemonialen Traumadebatten – etwa der Widerspruch, dass die in experimentellen Verfahren als wirksam befundenen Methoden für viele Frauen gegen einen selbstbestimmten Prozess der Bearbeitung von sexualisierter Gewalt standen und damit als fortgesetzte Gewalt erfahren wurden. Diese Widersprüche sind übergreifend, denn mit diesen Widersprüchen haben nicht nur die sog. „Betroffenen“ zu tun. Auch Wissenschaftlerinnen, die etwa Kritik an kontrollwissenschaftlichen Ansätzen haben, müssen sich mit diesen Widersprüchen auf epistemischer Ebene auseinandersetzen. Daran hängen z.B. Forschungsgelder, also die Anerkennung von Forschung als förderungswürdig oder nicht (vgl. Schlingmann

2020). Ebenso haben die Beraterinnen, die in feministischen Anlaufstellen gegen sexualisierte Gewalt arbeiten, alltäglich mit diesen Widersprüchen zu tun und nicht zuletzt deshalb, weil es immer wieder um die Ausstattung und Finanzierung der Beratungs- und Fachstellen gegen (sexualisierte) Gewalt geht.

Emanzipatorisch ist aus meiner Sicht eine Soziale Selbstverständigung, die darauf zielt, diese Widersprüche gemeinsam zu durchdringen, in der Perspektive Handlungsmöglichkeiten zu erweitern und gemeinsam mehr Verfügung über die Bedingungen zu erlangen. Das ist in der Kritischen Psychologie die *Verallgemeinerte Handlungsfähigkeit*. Handlungsfähigkeit fungiert dabei als eine Vermittlungskategorie, die es uns ermöglicht zu verstehen, dass wir in den vorgegebenen Verhältnissen, in den Nahelegungen handeln können (*Restriktive Handlungsfähigkeit*), dass es aber immer auch die zweite Option gibt, gemeinsam etwas an den Bedingungen so zu verändern, dass Herrschaft ein Stück weit zum Wohle aller zurückgedrängt wird (*Verallgemeinerte Handlungsfähigkeit*). Ein utopisches aber menschenmögliches Korrektiv.

Die Frage, was emanzipatorische Wissenschaft ist, ist eine – wenn nicht gar die – zentrale Frage in der Theorieentwicklung der Kritischen Psychologie in der Berliner Arbeitsgruppe Klaus Holzkamp gewesen. Zu dem, wie die Kritische Psychologie die Frage nach der emanzipatorischen Relevanz füllt, ein Zitat von Morus Markard:

„Emanzipatorische Relevanz nun wurde (...) so definiert, daß in psychologischen Konzepten *und* methodischen Anordnungen der im Experiment vermißten Doppelbestimmung menschlicher Existenz – objektiver Bestimmtheit *und* subjektiver Bestimmung – Rechnung zu tragen sei, als Voraussetzung dafür, eine gegenüber problematischen, daß heißt, subjektive Bestimmung einschränkenden, gesellschaftlichen Verhältnissen praktisch eingreifende Psychologie entwickeln zu können.“ (Markard 2000)

Wie Morus Markard theoriegeschichtlich rekonstruiert, wurde „(z)weiterlei (...) schnell deutlich, 1. dass diese einschränkenden gesellschaftlichen Verhältnisse einen Namen haben: *Kapitalismus*“ (...). Und dass dies 2., die Einnahme eines Standpunkts erfordert, „der einschließt, vorher gegenläufige Verhältnisse *„umzuwerfen ...“* (Markard 2000)

Zu dem, wie *Verallgemeinerte Handlungsfähigkeit* im Kontext emanzipatorischer Wissenschaft erlangt werden kann, ein Beispiel aus unserem partizipativen Forschungsprojekt: Ich streite dann nicht für oder gegen ein bestimmtes Traumatherapieverfahren, sondern für gesellschaftliche Bedingungen, in denen es möglich wird zu sagen: „Jede Frau braucht ihren eigenen Weg“. Damit muss eine Person, der in einer Gewaltsituation ihre Selbstbestimmung genommen wurde, die Ohnmacht,

der sie ausgesetzt war, in der Bearbeitung auf keinen Fall wieder erfahren. Diese Widersprüche gehen nicht in einem Verständnis von sozialen Situationen auf, sondern sind nur dann zu verstehen, wenn wir sie vermittelt verstehen bspw. mit den neoliberaleren Umstrukturierungen im Gesundheitssystem oder im Zusammenhang mit der Frage, wie es dazu kam, dass kontrollwissenschaftliche Methoden zum Goldstandard von vielen wissenschaftlichen Disziplinen wurden usw.

Emanzipatorisch ist so für mich ein (Forschungs-)Prozess, in dem es gelingt, gemeinsam loszugehen von einem Unbehagen über bestimmte Widersprüche und sich die unterschiedlichen Perspektiven entlang dieser Widersprüche in einem sozialen Verständigungsprozess herausarbeiten lassen. Wenn dann im gemeinsamen Gehen, Zusammenhänge zwischen Bedingungen und den Widersprüchen in den Handlungsmöglichkeiten aufgeklärt und greifbarer werden können und Verkürzungen in (vorherigen, bisherigen) Problembeschreibungen zugunsten von *Verallgemeinerter Handlungsfähigkeit* gemeinsam überwunden werden.

Allerdings sind nicht immer bezüglich aller Widersprüche so ohne Weiteres Einigungen im Verständigungsprozess zu erzielen. Ein Beispiel für ein solches Spannungsfeld in einem unserer Forschungsworkshop drehte sich um die Bedeutung der Anerkennung von Folgen sexualisierter Gewalt durch psychiatrische Diagnosen. Meine Kritik als wissenschaftliche Forscherin und kritische Psychologin, psychiatrische Diagnosen erfassen nicht die Subjektperspektive und anerkennen die Gewaltfolgen nur zum Preis der Pathologisierung, stieß dabei auf Kritik. Es sei zu akzeptieren, dass es für manche Subjekte eine Form der Anerkennung bedeutet, eine psychiatrische Diagnose wie die einer Posttraumatischen Belastungsstörung zu erhalten: „Ich erlebe das auch manchmal, dass Frauen gesagt haben, sie sind befreit, seit sie die Diagnose haben (...): Meine Wahrnehmung stimmt, dass ich darunter leide.“

Die Beratungsstellen akzeptieren diese Subjektperspektive, ohne sich der Herrschaftsförmigkeit der psychiatrischen Diagnostik unterzuordnen. Denn auf struktureller Ebene setzen sie sich für Strukturen der Nicht-Pathologisierung ein: „Im Rahmen der Beratung wird weder pathologisiert noch stigmatisiert“; „es gibt keine Störungsdiagnose“; „dadurch wird auch keine Definitionsmacht ausgeübt“. Das schließt auch die Kritik der Unterstützung suchenden Frauen an Diagnosen ein, etwa: „Das wird mir nicht zugetraut, dass ich selber beurteilen kann, wie meine Geschichte abgelaufen ist und was das für Auswirkungen auf mich hatte. Das wird mir nicht zugetraut. Da muss der Experte seinen Stempel drunter setzen“.

Dieser Widerspruch in einem unserer Forschungswshops macht deutlich, dass aus einer Sozialen Bewegung wie der Frauenbewegung heraus durchaus eine

Praxis entstanden ist, die radikal den Subjektstandpunkt der betroffenen Frauen/Expertinnen aus Erfahrung zur Geltung bringen kann, ohne eine herrschaftskritische Perspektive aufzugeben (vgl. auch Holzkamp 1994). Die Forschungsmethode der Sozialen Selbstverständigung im Rahmen unseres Forschungsprojekts ermöglichte, Widersprüche zu benennen: Es geht darum anzuerkennen, dass sexualisierter Gewalt Folgen hat. Diese Anerkennung ist zentral, sie müsste über die herrschaftsförmige Anerkennung über Diagnosen hinausgehen. Damit aber müssen sich nicht die Subjekte verändern, sondern die Strukturen!

Dieser Umgang mit Spannungsfeldern ist eine Besonderheit in einer partizipativen Forschung, die Teil einer gesellschaftskritischen Community ist, die aus feministischen Sozialen Bewegungen erkämpft wurde und in der es immer um die Fragen von Zusammenhangswissen zwischen Subjekten und Herrschaftskritik geht: Also keine Selbstverständlichkeit (akademischer) partizipativer Forschung an sich.

Literatur

- Schlingmann, Thomas 2020 Brensell, Ariane 2020: Kontextualisierte Traumaarbeit. Ein communitybasiertes, partizipatives Forschungsprojekt. In: Brensell/Lutz-Kluge 2020: Partizipative Forschung und Gender. Emanzipatorische Forschungsansätze weiterdenken. Opladen, Berlin, Toronto (Budrich), 71-94
- Brensell, Ariane 2022: KontextualisierteTraumaarbeit Website: <https://www.kontextualisierte-traumaarbeit.de/>
- Holzkamp, Klaus 1994: Zur Debatte über sexuellen Mißbrauch: Diskurse und Fakten. In: Forum Kritische Psychologie 33, 136-157
- Markard 2000: Die Entwicklung der Kritischen Psychologie zur Subjektwissenschaft Theoretische und methodische Fragen/Vortrag an der Universität Erlangen, 24.02.2000
Quelle: <https://www.kritische-psychologie.de/2000/die-entwicklung-der-kritischen-psychologie-zur-subjektwissenschaft>
- : Über Partizipation hinaus. Spannungsfelder und Widersprüche im System Forschung. In: Brensell/Lutz-Kluge 2020: Partizipative Forschung und Gender. Emanzipatorische Forschungsansätze weiterdenken. Opladen, Berlin, Toronto, 155-172
- Unger, Hella von 2014: Partizipative Forschung. Einführung in die Forschungspraxis. Wiesbaden

Positionierung von Johannes Stehr aus einer Perspektive nicht-verdinglichender Kritischer Sozialforschung im Anschluss an Heinz Steinert

Was gegenwärtig unter „Partizipativer Forschung“ verhandelt wird, ist nicht notwendigerweise auch eine emanzipatorische Forschung, die sich kritisch mit den bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen auseinandersetzt und auf gesellschaftliche Veränderung abzielt. So bestechend das Credo Partizipativer Forschung – nicht mehr *über* oder *für* Menschen, sondern *mit* ihnen zu forschen – auch scheint, so ist es doch gerade diese Fokussierung allein auf die Dimension der Partizipativität, die das kritische Potential der Forschung unterlaufen und eine emanzipatorische Ausrichtung verhindern kann. Das Anliegen partizipativer Forschung, marginalisierten Menschen eine Stimme zu geben, sie vom Objektstatus der „Beforschten“ über umfassende Teilhabe und Mitbestimmung zu „Ko-Forschenden“ werden zu lassen, die „als Partner/innen mit Entscheidungsmacht an allen Phasen des Forschungs- und Entwicklungsprozesses beteiligt sind“ (von Unger 2014: 41), greift zu kurz, wenn es nicht anknüpft an ein Verständnis von Gesellschaft als Herrschaftszusammenhang, der sich konkretisiert in politischen Verdeckungszusammenhängen, in denen Konflikte um gesellschaftliche Ressourcen und Positionierungen, um Teilhabe und Ausschließung eher verdeckt und unsichtbar gemacht werden (vgl. Adorno 2015, Bitzan 2020). Auch Wissenschaft und empirische Forschung sind in diese Zusammenhänge verstrickt. Für ein kritisches Forschen, das daran orientiert ist, „Befreiungswissen“ zu produzieren (Steinert 2007), ergibt sich die Anforderung, Stilllegungen, Verdeckungen und spezifische Zurichtungen und Enteignungen von Konflikten aufzudecken, sie zu benennen und damit öffentlich verhandelbar zu machen. Das kann darüber geschehen, dass den dominanten, institutionellen Perspektiven *andere* (eigensinnige, subversive, widerständige) Perspektiven gegenübergestellt werden, über die Konfliktfelder, Konfliktkonstellationen und widersprüchliche Phänomene erst ins Blickfeld geraten, so dass herrschende Selbstverständlichkeiten brüchig werden können.

Partizipative Forschungsansätze, die davon ausgehen, dass sich Expertenwissen und Erfahrungswissen problemlos ergänzen und vereinbaren lassen, dass sie zusammengenommen die Perspektive auf ein Phänomen erweitern und bereichern, tragen dann nicht mehr viel zur Aufdeckung von Konflikten bei, sondern geraten tendenziell in die Situation, „Ordnungswissen“ und damit die herrschenden Selbstverständlichkeiten zu (re-)produzieren. So formulieren etwa Bergold/Thomas: „Unter dem Gesichtspunkt der Partizipation soll die Bereitschaft mitgebracht werden, die Perspektive der jeweils anderen anzuerkennen und

einzunehmen, sodass als allgemeines Erkenntnisziel eine gemeinsame erarbeitete Sach-, Handlungs- und Problemanalyse steht“ (2020: 121). Schon der Begriff der „Problemanalyse“ verweist auf Verschiebungen und Transformationen von Konfliktverhältnissen in konsens- und ordnungstheoretische Perspektiven (vgl. Stehr/Schimpf 2012). Zu befürchten ist, dass – besonders im Kontext der Forschung zu mächtigen Disziplinierungs- und Ausschluss-Institutionen – das Erfahrungswissen der Alltagsakteure dem institutionalisierten Expert*innenwissen der Fachleute untergeordnet wird bzw. als „nicht-angepappte Ressource“ (vgl. Russo 2021) in einem von Expert*innen geleiteten Forschungsprozess instrumentalisiert wird. Es macht folglich einen Unterschied, welchen Akteur*innen mit welchen Definitionen und Deutungen sich die Forschung anschließt, welchen sie Relevanz zuspricht und welche Perspektiven gar nicht erst sichtbar werden, weil sich die „Sach-, Handlungs- und Problemanalyse“ auf dominante institutionelle (Problem-) Kategorien und Perspektiven bezieht.

Mit dem „Alltag“ lässt sich eine Perspektive benennen, die als Auseinandersetzung mit dem Institutionellem konzipiert werden kann, als durchaus ambivalent und widersprüchlich, da sie eine praktische Kritik der Alltagsakteur*innen enthalten kann wie auch eine bornierte Anpassung an die gesellschaftlichen Ordnungen und Selbstverständlichkeiten. Wie Bargetz im Anschluss an Lefebvre formuliert, ist der Alltag sowohl „Instrument als auch Ziel von Kritik“ (2021: 39), sind es gerade die Ambivalenzen des Alltags, die sich in konkreten Handlungen und Entscheidungen ausdrücken, die es möglich machen, gesellschaftliche Widersprüche und Konflikte sichtbar zu machen. Alltag als Instrument von Kritik und als gelebte Erfahrung umfasst nicht nur die Analyse von Alltagspraktiken, sondern auch einen transformativen Anspruch auf die Veränderung des Alltagslebens. Wie Hanak/Stehr/Steinert (1989) zeigen konnten, erweisen sich die Alltagspraktiken im Umgang mit (potentiell kriminalisierbaren) Konflikten als bereits existierende Alternative zum Ausschlussprogramm des staatlichen Strafs. Möglich wurde die Untersuchung durch ihren Verzicht auf die institutionellen Kategorien von „Abweichung“ und „Kriminalität“ und die damit verbundene Enteignung von Konflikten sowie die konsequente Ausrichtung auf Situationen und situiertes Handeln. Die Ergebnisse der Untersuchung können eine abolitionistische Kriminalpolitik untermauern, Begründungen dafür liefern, warum die Institutionen des staatlichen Strafs als Ausschlussinstitutionen überflüssig und verzichtbar sind und welche zivilisierten Formen sie annehmen könnten und sollten.

Partizipative Forschung, die bestrebt ist, ein vollständigeres Bild der sozialen Wirklichkeit zu beschreiben, kommt nicht umhin, möglichst viele unterschiedliche Perspektiven einzuholen, um die Gesamtkonstellation der gesellschaftlichen

Sichtweisen auf einen Gegenstand zu erfassen. Problematisch wird es allerdings dort, wo Perspektiven miteinander verschränkt werden, wo bestimmte Perspektiven dominant gemacht werden und damit auf eine Rekonstruktion der jeweiligen Kontexte und Interpretationsstandpunkte verzichtet wird. Im schlechtesten Fall werden darüber dominante Ordnungen bestätigt und Konflikte bleiben verdeckt und unerkannt. Resch (1998) und Steinert (1998) haben mit der Kategorie des „Arbeitsbündnisses“ die Interaktionen und Situationen in den Blick genommen, die Forschungsverhältnisse strukturieren, und mit der die (nicht-thematisierten) Selbstverständlichkeiten, von denen beim Forschen ausgegangen wird, sowie die Positionierungen der Forschenden gegenüber den anderen Akteuren im jeweiligen Forschungsfeld herausgearbeitet und benannt werden können. Statt Partizipation als grundlegenden, übergeordneten Wert zu definieren, würde sich die Kategorie des Arbeitsbündnisses anbieten, um die unterschiedlichen Formen, Grade und Zwecke von Partizipation im Forschungsprozess zu hinterfragen: Wer partizipiert woran und zu welchem Zweck, wer profitiert davon wodurch, welche Deutungen werden damit herausgehoben bzw. gestärkt, welche werden entwertet, welche Machtverhältnisse werden im Forschungsprozess (auch über Partizipation) etabliert?

Dass das asymmetrische Forschungsverhältnis trotz partizipativer Ansätze nicht auflösbar ist und daher reflexiv bearbeitet werden muss, haben Speck (2021) und Flick/Herold (2021) anhand erkenntnistheoretischer Fragen herausgearbeitet. Weniger diskutiert wird die Frage, welche Machtverhältnisse mit der Anwendung spezifischer Forschungsmethoden etabliert werden und ob und inwieweit hierüber Konflikte aufgedeckt werden können. Partizipative Forschung greift im Hinblick auf Erhebungs- und Auswertungsmethoden auf die gängigen Methoden (vor allem) qualitativer Forschung zurück, so dass zum einen trotz aller Symmetrisierungsbestrebungen ein methodisches Wissens-Gefälle entsteht, da die Ko-Forschenden erst angelernt werden müssen, um den Status von Ko-Forschenden zu erlangen, zum anderen werden die Ko-Forschenden über bestimmte Methoden immer dann zu Objekten gemacht, wenn sie mit verdinglichenden Kategorien konfrontiert werden, wenn etwa Personen-Typologien erstellt werden, wodurch Ko-Forschende in die Zumutung geraten, ein verdinglichendes Verhältnis zu sich selbst herzustellen. So lässt sich z.B. zeigen, dass die auch die in der Partizipativen Forschung oft thematisierte (klassische) Lehrbuch-Grounded Theory über ihr Kodier- und Auswertungsverfahren die Konflikthaftigkeit sozialer Phänomene zugunsten „vorherrschender Prozesse“ und „Normalformen“ systematisch ausblendet (vgl. Stehr 2016). Die Konflikthaftigkeit von Phänomenen zu erkennen, Abwehr und Widerstand gegen das Selbstverständliche, „Normale“ und „Institutionelle“

zu rekonstruieren, setzt offene und kreative Interpretationsformen voraus, die Perspektivenvielfalt und unterschiedlichen Lesarten ermöglichen und die den Interpretationsprozess prinzipiell unabgeschlossen halten können.

Partizipativität ist eine wichtige Dimension im Forschungsprozess, aber für sich genommen reicht sie nicht aus, um ein kritisches, emanzipatives Forschen zu ermöglichen. In allen Ebenen und Stadien des Forschens kann es nur darum gehen, soziale Interaktionen nicht zu verdinglichen, verdinglichende Kategorien in Frage zu stellen, Perspektivenvielfalt zu ermöglichen und darüber ein Wissen zu generieren, mit dem verdeckte Konflikte wieder sichtbar und damit bearbeitbar gemacht werden können. Das wäre eine notwendige Vorbedingung für jeglichen Anspruch auf Veränderung gesellschaftlicher Praktiken, den die Partizipative Forschung ja explizit formuliert.

Literatur

- Adorno, Theodor W. 2015 {1972}: Soziologische Schriften I, 3. Auflage, Frankfurt a.M.
- Bargetz, Brigitte, Das Politische alltagstheoretisch denken, in: Widersprüche, Heft 162, 41. Jahrgang, 29-44
- Bitzan, Maria 2020: Zur Relevanz von Verdeckungszusammenhängen in Kontext der sozialarbeitswissenschaftlichen Geschlechterforschung – methodologische Herausforderungen partizipativer Ansprüche, in: Rose, Lotte/Schimpf, Elke (Hrsg.), Sozialarbeitswissenschaftliche Geschlechterforschung. Methodologische Fragen, Forschungsfelder und empirische Erträge, Opladen/Berlin/Toronto, 75-98
- Bergold, Jarg/Thomas, Stefan 2020: Partizipative Forschung, in: Mey, Günter/Mruck, Katja (Hrsg.), Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie, Wiesbaden, 113-133
- Flick, Sabine/Herold, Alexander 2021: Epistemischer Paternalismus und transformative Reflexivität? Zur immanenten Kritik der partizipativen Forschung, in: dies. (Hrsg.), Zur Kritik der partizipativen Forschung. Forschungspraxis im Spiegel der kritischen Theorie, Weinheim/Basel, 287-313
- Hank, Gerhard/Stehr, Johannes/Steinert, Heinz 1989: Ärgernisse und Lebenskatastrophen. Vom alltäglichen Umgang mit Kriminalität, Bielefeld
- Resch, Christine 1998: Arbeitsbündnisse in der Sozialforschung, in: Steinert, Heinz (Hrsg.), Zur Kritik der empirischen Sozialforschung. Ein Methodengrundkurs, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt a.M., 36-66
- Russo, Jasna 2021: Von Emanzipation zu Partizipation und zurück: Erfahrungswissen in der psychiatrischen Forschung, in: Flick, Sabine/Herold, Alexander (Hrsg.), Zur Kritik der partizipativen Forschung. Forschungspraxis im Spiegel der kritischen Theorie, Weinheim/Basel, 265-286
- Speck, Sarah 2021: Parteilichkeit, Partnerschaft, Partizipation. Zur Kritik der Symmetrisierungsbestrebungen im Kontext empirischer Sozialforschung, in: Flick, Sabine/

- Herold, Alexander (Hrsg.), Zur Kritik der partizipativen Forschung. Forschungspraxis im Spiegel der kritischen Theorie, Weinheim/Basel, 114-121
- Stehr, Johannes 2016: Qualitative Forschung als verdinglichende Methode und Technik. Einige kritische Anmerkungen zur Karriere der Grounded Theory, in: Kriminologisches Journal, Heft 1, 48. Jahrgang, 47-61
- Stehr, Johannes /Schimpf, Elke 2012: Ausschlussdimensionen der Soziale-Probleme-Perspektive in der Sozialen Arbeit, in: Schimpf, Elke/Stehr, Johannes (Hrsg.), Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit. Gegenstandsbestimmungen-Kontextbedingungen-Positionierungen-Perspektiven, Wiesbaden, 27-42
- Steinert, Heinz 1998: Genau hinschauen, geduldig nachdenken und sich nicht dumm machen lassen, in: ders. (Hrsg.) Zur Kritik der empirischen Sozialforschung. Ein Methodengrundkurs, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt a.M., 67-79
- Steinert, Heinz 2007: Das Verhängnis der Gesellschaft und das Glück der Erkenntnis: Dialektik der Aufklärung als Forschungsprogramm, Münster.
- Unger, Hella von 2014: Partizipative Forschung. Einführung in die Forschungspraxis, Wiesbaden

Positionierung von Michael May in der Tradition materialistischer Dialektik und Praxisphilosophie

Partizipative Forschung ist nicht aus sich selbst heraus emanzipatorisch und gesellschaftskritisch. Nur unter bestimmten Prämissen vermag sie sich so auszurichten. Diesbezüglich von entscheidender Bedeutung ist für mich die Prämisse materialistischer Dialektik, dass das, was als Wirklichkeit erscheint, nichts Anderes ist, als was sich unter herrschaftlichen Bedingungen an objektiven Möglichkeiten hat verwirklichen lassen. Diesem Postulat zu Folge hat eine an das Marxsche methodologische Paradigma anschließende sozialwissenschaftliche Analyse „stets mit einer Seinsstruktur (unverwirklichter Möglichkeiten) zu rechnen, die aller menschlichen Geschichte und Gesellschaft vorausliegt“ (Schmidt 2018b: 47). Ernst Bloch (1979: 258ff.) hat diese – differenziert wie kein anderer – als Schichten des *formal*, *sachlich-objektiv*, *sachhaft-objektgemäß* und schließlich *objektiv-real* Möglichen analytisch unterschieden.

Vor diesem Hintergrund hat Dialektik auf ihrer – wie Bloch es nennt – „letzten Stufe“ (1976: 124) als einer „kritischen, [...] praktisch einhakenden“ (ebd.), gewissermaßen auch in einer dialektischen Aufhebung von *Action Research* und *Partizipativer Forschung* Partei zu ergreifen für das im Hinblick auf eine Verwirklichung der Potenziale menschlichen Gemeinwesens „noch nicht Gewordene, das nach Wirklichkeit [...] drängt“ (Negt/Kluge 1981: 481). Sie hat diesbezüglich „die vorhandene Realität mit der in ihr enthaltenen objektiven Möglichkeit zu

konfrontieren“ (ebd.: 482), geht es ihr doch um „den Durchbruch eines nicht nur zu Bestimmenden, sondern eines zu Verwirklichenden“ (Bloch 1975: 255):

Die „menschliche Sittlichkeit, die menschliche Tätigkeit, der menschliche Genuß, das *menschliche* Wesen“ (Marx 1978a: 408) als das – wie Marx es nennt – „*wahre Gemeinwesen* der Menschen“ (ebd.) „muß erst bestimmt herausgeschafft werden, damit es ein nun vollständig zu Bestimmendes sei. Dieses reale Herausbringen ist auf tendenzielle Möglichkeiten seiner in der vorhandenen Realität angewiesen, auf objektiv-reale Möglichkeiten, die ihrerseits in den Begriff gebracht werden müssen, damit das in ihnen Angelegte realisierbar wird“ (Bloch 1975: 255). Es bedeutet aber zugleich „das Eingreifen, Einbrechen des subjektiven Faktors in den noch unentschiedenen Schwebezustand der bereits seienden Bedingungen, damit diese als objektiver Faktor ihre Potentialität in die Aktualität des Wirkens freisetzen“ (ebd.) oder um „gar neue Möglichkeiten herzustellen“ (ebd.).

Beschränkt sich *Partizipative Forschung* jedoch als – wie Bloch (1975: 253) dies nennt – „Gewordenheitsempirie“ auf eine „bloß empirische Bestandsaufnahme der Fakten [...], die das Erkenntnisinteresse an der Reflexion des sozialen Ganzen und seiner geschichtlichen Möglichkeiten abschneidet“ (Schmidt 2018a: 69f.), verbleibt sie „im Bann des Bestehenden“ (ebd.: 70). Sie „verfällt [...] den Evidenzen, wie sie sich spontan aufdrängen; [...] verdoppelt einfach das Bestehende“ (Haug 2004: 64). Erst recht als partizipativ gewonnene, sind solche reifizierenden, empirischen Befunde in einer „approximativen und darum formbaren »Welt« [...] gefährlich, weil sie dem »Wirklichen« eine neue, fast vollendet, nahezu endgültige Form aufzwingen und es in dieser Form zum »Wirklichen« konstituieren, indem sie es zu dem machen, was es ist; indem sie es »sein« lassen“ (Lefebvre 1975: 352), wie Lefebvre doppeldeutig formuliert.

Ein zentraler Faktor jenes „Bann des Bestehenden“ (Schmidt 2018a: 70) herrschaftlich konstituierter Wirklichkeit ist das, was im Anschluss an Marx als *Entfremdung* analysiert wird (vgl. dazu die Beiträge in Heft 164). Dies führt zu einer zweiten Prämisse, muss doch vor dem Hintergrund des Postulates von Marx und Engels, dass „[a]uch die Nebelbildungen im Gehirn der Menschen [...] notwendige Sublimate ihres materiellen, empirisch konstatierbaren und an materielle Voraussetzungen geknüpften Lebensprozesses“ (Marx/Engels 1978: 26) sind, methodologisch davon ausgegangen werden, dass „jedwede vorgefundene Vorstellung verkehrt sein kann“ (Sohn-Rethel 2018: 37).

Dies konterkariert nicht nur die mit bestimmten Ansätzen Partizipativer Forschung verknüpfte Hoffnung, dadurch zu einem authentischeren Selbstausdruck der bisher zu Forschungsobjekten Degradierten zu kommen, dass diese nun zu Co-Forschenden werden. Auf der anderen Seite kann – wie Sohn-Rethel (2018: 37)

konstatiert – sich selbst ein Marxist diesem „Verblendungszusammenhang“ nicht so ohne weiteres entziehen. Auch wenn die hoch spezialisierte, akademisch-sozialwissenschaftliche Akkumulation von Erkenntnissen nur formell und nicht real unter kapitalistische Verwertungsinteressen subsumierbar ist, geht sie aufgrund der materiellen Basis und ihren spezialisierten Erkenntnisinteressen notwendig mit Bornierungen einher.

Diese materielle Basis ist, dass im Wissenschaftsbetrieb Forschende sich über Publikationen in entsprechend gerankten wissenschaftlichen Zeitschriften und die Akquise von Drittmitteln – wenn nicht im Kampf um eine einigermaßen bezahlte Stelle, so in regelmäßigen Evaluationen – zu bewähren haben. Selbst wenn der sogenannte ‘wissenschaftliche Nachwuchs’ damit Tendenzen einer Proletarisierung unterworfen wird, unterscheidet sich diese materielle Basis seiner Erkenntnisse von „der objektiven Notwendigkeit des Proletariats, durch Erkenntnis die Blockierung seines Lebenszusammenhangs zu durchbrechen“ (Negt/Kluge 1981: 431) – es sei denn die Nachwuchswissenschaftler*innen würden im Rahmen eines Projektes von *Participatory Action Research* die Blockierungen ihres eigenen Lebenszusammenhangs fokussieren.

Um zu verdeutlichen, welche Bornierungen allein mit den Rahmenbedingungen verbunden sind, unter denen wissenschaftliche Erkenntnisproduktion gegenwärtig erfolgt, genügt folgender Rat an aufstrebende Wissenschaftler*innen: „Je höher ein Journal gerankt ist und je mehr Sie in Ihrer wissenschaftlichen Arbeit auf hoch gerankte Journals referenzieren, desto besser ist am Ende die Qualität Ihrer Arbeit. Denn die Qualität Ihrer Arbeit wird nicht nur durch den Text selbst und die angewandte Methodik, sondern ganz entscheidend auch durch die Quantität und Qualität der Quellen bestimmt. Dabei gilt die einfache Formel: Mindestens 1 bis 1,5 neue Quellen pro wissenschaftlicher Seite und eine Fokussierung bei den Quellen auf Standardliteratur sowie (aktuelle) Beiträge aus hoch gerankten Journals, um eine hohe Aktualität der Quellen sicherzustellen“¹. Diesen auch zur Bewertung wissenschaftlichen Qualifizierungsarbeiten herangezogenen formalen Qualitätsmaßstäben sind Wissenschaftler*innen in Projekten Partizipativer Forschung genauso unterworfen, wie auf der Basis anderer Methodologien Forschende.

Weitere Bornierungen gehen mit dem einher, wie in den Wissenschaften Verallgemeinerungsansprüche begründet werden, laufen diese doch i.d.R. auf die Subsumtion von Verschiedenem unter einen abstrakten Begriff bzw. Typus nach

1 <https://gwriters.de/blog/journal-ranking> zuletzt abgerufen am 12.10.2022.

dem Muster der Tauschwertabstraktion hinaus. Die forschungsmethodischen Regeln, denen dabei gefolgt wird – und auch dies gilt nicht minder für Ansätze Partizipativer Forschung – sind eine „Sache der Logik“. Wie Marx (1978b: 216) betont, kann diese „Sache der Logik“ nicht so ohne Weiteres gleich gesetzt werden mit der „Logik der Sache“, die Gegenstand der entsprechenden (Partizipativen) Forschung ist. All diese Bornierungen können nicht dadurch „aufgehoben“ werden, dass die Perspektive der akademischen Wissenschaftler*innen in Projekten Partizipativer Forschung durch die Sichtweise der nun zu Co-Forschenden Deklarierten ergänzt, bereichert – oder wie immer die Formulierungen in der entsprechenden „Standardliteratur“ dann lauten mögen – wird (vgl. dazu die Kritik im Statement von Johannes Stehr).

Zudem bleibt die hoch spezialisierte, akademisch-sozialwissenschaftliche Akkumulation von Erkenntnissen der Paradoxie verfangen, zwar einerseits – gestützt auf ihre wissenschaftliche Autorität – gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse kritisieren und darüber auch mehr oder weniger die politische Öffentlichkeit beeinflussen zu können. Zugleich aber reproduziert sie damit selbst in dem Maße ein Herrschaftsverhältnis, als sie zumindest implizit darzustellen hat, dass diese Kritik in ihrer Besonderheit als wissenschaftliche anders und damit auch durch andere nicht herstellbar wäre (May 2012: 335). So haben schon Marx und Engels herausgearbeitet, wie die „kritische Kritik, welche sich nur an ihrem Gegensatz, der Masse, der Dummheit, gegenständlich wird, [...] sich daher beständig diesen Gegensatz erzeugen“ (Marx/Engels 1970: 91) muss.

Im Hinblick auf den Versuch, dieses Herrschaftsverhältnis dadurch aufzuheben, dass die bisher zu Objekten der Forschung Degradierten nun im Rahmen *Partizipativer Forschung* als Co-Forschende „empowert“ werden sollen, ist an Klafkis Resümee der 1970er *Action-Research*-Projekte zu erinnern, wonach sich dieses Ziel, „in allen bisher durchgeführten Handlungsforschungsprojekten [...] als äußerst schwierig erwiesen (1978: 270) habe. So musste Klafki in seinem eigenen Projekt sogar mit Lehrer*innen, die an der Universität studiert hatten, die Erfahrung sammeln, dass sie aufgrund der hohen Inanspruchnahme durch ihre spezifischen Aufgaben im entsprechenden Reformprojekt „meist nur bedingt in der Lage“ (ebd.) waren, sich die dazu notwendigen forschungsmethodischen Kenntnisse, „die ihnen in ihrer Ausbildung gewöhnlich kaum vermittelt worden sind, innerhalb des Projektablaufes zu erarbeiten“ (ebd.). Vor diesem Hintergrund verwundert, dass solche Schwierigkeiten in der gegenwärtigen Debatte um Partizipative Forschung kaum thematisiert werden.

Wie im Editorial bereits skizziert, reagierten Richard und Hephzibah Hauser (1971: 453) mit ihrem Ansatz von *Soziatrie* als einer „Soziologie für Handlungs-

träger“ (ebd.) schon in den 1970er Jahren auf dieses Problem mit einfacheren, in diese eingelassene Methoden von *Aktionsuntersuchung* und wurden damit zum Vorreiter für manche, sich eher in Richtung reflektierter Praxis und forschenden Lernens bewegende Ansätze Partizipativer Forschung der Gegenwart, ohne dass diese sich dabei explizit auf die Hausers beziehen müssten. Allerdings löst die Programmatik Partizipativer Sozialforschung, diejenigen als wie auch immer Co-Forschende einzubinden, welche bisher zu Forschungsobjekten degradiert wurden, weder deren *Entfremdung* noch die der akademisch gebildeten und auf bezahlten Stellen Forschenden. Ganz im Gegenteil besteht die Gefahr für die nun Co-Forschenden, dass sie darüber nun eingebunden werden in jene als Hintergrund der Bornierungen akademischer Wissenschaftspraxis von mir skizzierten Verhältnisse und sich so möglicherweise sogar noch stärker von sich entfremden.

Wie ebenfalls im Editorial angesprochen, haben auf der anderen Seite Klassiker historisch-materialistischer Dialektik durchaus forschungsmethodische Ansätze entwickelt, wie „sich als methodologisches Postulat der effektiven Kritik des Gegebenen die Einheit von Sein und Bewußtsein“ (Sohn-Rethel 2018: 41) in einer Weise herausbilden lässt, „die dem verkehrten Bewußtsein und der verkehrten Welt (...) das unerträgliche Spiegelbild ihrer Wahrheit vorhält“ (ebd.). Dazu zähle ich in erster Linie das in diesem Zusammenhang im Editorial angesprochene Konzept der *Strategischen Hypothese* von Henri Lefebvre (1977 Bd. II: 127ff.).

Um nicht die verobjektivierenden Aspekte entfremdender Alltäglichkeit über Forschung zu verdoppeln oder die Menschen selbst zu verdinglichen, fokussieren *Strategische Hypothesen* die sich für diese konkret stellenden *Probleme*, ihr Alltagsleben als Werk subjektiver Verwirklichung auszugestalten, im Zusammenhang mit den von ihnen diesbezüglich verfolgten *Strategien*. Denn von beobachtbaren Verhalten auf menschliche *Wirklichkeit* zu schließen, reduziert diese auf denjenigen Anteil, der sich unter herrschaftlich zugestandenem Bedingungen realisieren konnte und unterschlägt den in der ersten Prämisse angesprochenen Anteil *objektiver menschlicher Möglichkeiten*, dem die Verwirklichungsbedingung herrschaftlich entzogen oder der gar unterdrückt wurde.

Lefebvres Konzept der *Strategischen Hypothese* skizziert einen dialogisch forschenden Verständigungsprozess, der ausgeht von den Vorschlägen über das, was als *Strategien* zur Lösung jener *Probleme* möglich ist, um zurückzukehren „zum nahen Wirklichen und [...] die Kraftlinien und Tendenzen des Wirklichen bis zu jenem äußersten Möglichen zu verlängern“ (ebd. Bd. II: 129) in dem das Alltagsleben „sich selbst als bewußtes Werk und bewußte Geschichte“ (ebd. Bd. III: 172) verwirklicht. Dabei liegt „der wahre Beweis [...] auf der Ebene der *praktischen* Verifizierung“ (ebd. Bd. II: 131). In diesem dialogischen Prozess haben

die akademisch gebildeten Forschenden, mit ihrem hoch akkumulierten Wissen über gesellschaftliche Herrschaftszusammenhänge ebenso ihre Funktion wie die Betroffenen Menschen als Expert*innen ihrer eigenen Lebenswelt, wie sie in der Sozialen Arbeit gerne so benannt werden.

Der Unterschied zu einem *deduktiven* hypothetischen Vorgehen wird schon darin deutlich, dass Lefebvre bezüglich der eigenen theoretisch geschulten Perspektive vermerkt, wie eine „Prüfung der Lösungsvorschläge und ihrer Varianten [...] in vielen Fällen [zwingt], das ganze Problem neu zu überdenken, mitsamt den Termini und Begriffen, durch die wir es überhaupt erst formulieren konnten“ (ebd. Bd. II: 127). Es handelt sich vor diesem Hintergrund auch nicht um ein *in-* oder *abduktives* Vorgehen. Vielmehr geht es Lefebvres Konzept einer *Strategischen Hypothese* um eine *Transduktion* bezogen auf „einen theoretischen Gegenstand, einen möglichen Gegenstand, und zwar ausgehend von Informationen über die Wirklichkeit sowie eine Problematik, die durch diese Wirklichkeit aufgeworfen ist. Die Transduktion setzt ein unaufhörliches Feedback zwischen dem verwendeten begrifflichen Rahmen und den empirischen Beobachtungen voraus“ (Lefebvre 2016: 154f.).

Statt Lefebvres leicht missverständliche Terminologie von *Problemen* und (*Lösungs-*)*Strategien* bevorzuge ich (vgl. May 2017: 159ff.) Paulo Freires (1975) von *Grenzsituationen* und *Grenzakten*. Einerseits bringt diese die auch von Lefebvre geteilte praxisphilosophische Anthropologie angemessener zum Ausdruck, der zufolge der „Mensch [...] dasjenige [ist], was noch vieles vor sich hat. Er wird in seiner Arbeit und durch sie immer wieder umgebildet. Er steht immer wieder vorn an Grenzen, die keine mehr sind, indem er sie wahrnimmt, er überschreitet sie“ (Bloch 1979: 284). Gerade darauf zielt Freires Begriffspaar von *Grenzsituation* auf der einen Seite, in denen bei den Betroffenen das Bewusstsein dämmert, dass Mechanismen von Herrschaft sie in ihrer menschlichen Verwirklichung begrenzen, und *Grenzakt* andererseits, mittels dessen „sie ihre zunehmend kritischen Aktionen darauf abzustellen [beginnen], die unerprobte Möglichkeit, die mit diesem Begreifen verbunden ist, in die Tat umzusetzen“ (Freire 1975: 85).

Vor diesem Hintergrund kann Freires iteratives Prinzip von *Kodierung/Dekodierung* dann auch gewissermaßen als ‘Operationalisierung’ *Strategischer Hypothesen* fungieren. So hat Freire, wie ebenfalls bereits in Editorial knapp skizziert, mit einem interdisziplinären Forschungsteam zunächst im Rahmen einer ethnographischen Feldforschung *Grenzsituationen* im Lebenszusammenhang einer fokussierten Gruppe *dekodiert* und diese „bedingungsanalytisch“ (Bloch 1979: 240) im Hinblick auf die darin als Begrenzungen wirkenden Herrschaftsmechanismen untersucht. Diese haben sie dann in ikonographischer

Form von Bildern, dramatisierten Szenen o. Ä. *kodiert*, um sie im Dialog mit den Betroffenen von diesen vor dem Hintergrund ihrer eigenen lebensweltlichen Expertise *dekodieren* zu lassen, verbunden mit den entsprechenden von Lefebvre geschilderten Konsequenzen eines Überdenkens der eigenen wissenschaftlichen Begrifflichkeiten. Bezüglich Varianten von *Grenzakten* – bereits in der Alltagspraxis der Betroffenen sich andeutenden, wie aber auch von Seiten der akademisch Forschenden antizipierten – eröffnet dieses Prinzip von *Kodierung/Dekodierung* dann Optionen einer dialogischen „Aussichtserforschung des In-Möglichkeit-Seienden“ (ebd.).

In dieser dialogisch-dialektischen Form explorierender Forschung, in der die jeweils unterschiedliche Expertise von wissenschaftlich ausgebildeten Forschenden und Co-Forschenden mit ihren lebensweltlichen Detailkenntnissen zur Geltung gebracht werden kann, sehe ich ein nicht eingelöstes Erbe praxisphilosophischer Klassiker historisch-materialistischer Dialektik, welches im gegenwärtigen Diskurs um Partizipative Forschung vollkommen ignoriert zu werden droht.

Literatur

- Bloch, Ernst 1975: Experimentum Mundi. Gesamtausgabe in 16 Bänden. STW-Werkausgabe, Band 15. Frankfurt a.M.
- Bloch, Ernst 1976: Erbschaft dieser Zeit. STW-Werkausgabe, Bd. 4. Frankfurt a.M.
- 1979: Das Prinzip Hoffnung. STW-Werkausgabe, Bd. 5. Frankfurt a.M.
- Freire, Paulo 1975: Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit. Reinbek
- Fuchs, Werner 1976: Empirische Sozialforschung als politische Aktion. In: Ritsert, Jürgen (Hg.): Zur Wissenschaftslogik einer kritischen Soziologie. Frankfurt a.M.: 147-174
- Haug, Frigga 2004: Zum Verhältnis von Erfahrung und Theorie in subjektwissenschaftlicher Forschung. In: Forum Kritische Psychologie, 47: 56-72
- Hauser, Richard/Hauser, Hephzibah 1971: Die kommende Gesellschaft. Handbuch für soziale Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit. München, Wuppertal
- Klafki, Wolfgang 1978: Handlungsforschung. In: Wulf, Christoph (Hrsg.): Wörterbuch der Erziehung. München [u.a.]: 266-272
- Lefebvre, Henri 1975: Metaphilosophie. Prolegomena. Frankfurt a.M.
- 1977: Kritik des Alltagslebens. Kronberg/Ts.
- 2016: Das Recht auf Stadt. Flugschrift. Hamburg
- Marx, Karl 1978a: Kritische Randglossen. In: Marx-Engels-Werke Band 1. Berlin: 392-410.
- 1978b: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. In: Marx-Engels-Werke Band 1. Berlin: 201-336
- Marx, Karl/Engels, Friedrich 1970: Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer & Consorten. In: Marx-Engels-Werke Band 2. Berlin: 7-223.

- 1978: Die Deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten. In: Marx-Engels-Werke Band 3. Berlin
- May, Michael 2012: Kritik Sozialer Arbeit und Kritische Soziale Arbeit aus einer Perspektive von Mens- und Gender-Studies. In: Anhorn, Roland et al. (Hg.): Kritik der Sozialen Arbeit – kritische Soziale Arbeit. Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit, Band 12. Wiesbaden: 325-339
- 2017: Soziale Arbeit als Arbeit am Gemeinwesen. Ein theoretischer Begründungsrahmen. Beiträge zur Sozialraumforschung, Band 14. Leverkusen
- Negt, Oskar/Kluge, Alexander 1981: Geschichte und Eigensinn. Frankfurt a.M.
- Schmidt, Alfred 2018a: Der Wissenschaftsbegriff von Marx in der gegenwärtigen Diskussion. In: ders.: Marx als Philosoph. Studien in der Perspektive Kritischer Theorie. Springer: 64-88
- 2018b: Thesen zum Begriff der Natur bei Marx. In: ders.: Marx als Philosoph. Studien in der Perspektive Kritischer Theorie. Springer: 45-47
- Seippel, Alf 1976: Handbuch aktivierende Gemeinwesenarbeit. Bd. 1 Konzepte – Bedingungen – Strategien – Methoden. Gelnhausen, Berlin
- Sohn-Rethel, Alfred 2018: Der historische Materialismus als methodologisches Postulat. In: ders.: Geistige und körperliche Arbeit. Theoretische Schriften 1947–1990 Schriften IV. Friburg: 32-47

*Ariane Brensell, Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften – Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel, Salzdahlumer Straße 46/48, 38302 Wolfenbüttel
E-Mail: a.brensell@ostfalia.de*

*Johannes Stehr, Evangelische Hochschule Darmstadt,
Zweifalltorweg 12, 64293 Darmstadt
stehr@eb-darmstadt.de*

*Michael May, Fachbereich Sozialwesen, Hochschule RheinMain,
Kurt-Schumacher-Ring 18, 65197 Wiesbaden
E-Mail: Michael.May@hs-rm.de*

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

HEFT 3 / 2022 — 62. JAHRGANG — SWS-RUNDSCHAU.AT

Stadtleben in Wien:
Bedingungen, Akteur*innen,
Befunde

ADAMICHALIC / BAUMGARTNER
Transformative Innovationen
für eine zukunfts-
fähige Stadtentwicklung

PERNERSTORFER / NEUMAYER
Ungleichheiten in der
Kinderbetreuung in Wien

BEHNINGER / BECHTOLD
Wohnverfahren
jugendlicher Geflüchteter
in Wien

EXNER / KREIBENBERG / CAPONI /
WERNICH / J. POKORNY
Die Stadt essbar regieren

BUCHTER / MENGER
Lebenszufriedenheit
im Alter?

TOMEL / STRANDEL / LAUTNER
Geschlechtergerechtigkeit
durch Graffiti-Workshops
mit Mädchen

- * Publiziert werden thematisch offene Hefte und Schwerpunktausgaben
- * Interdisziplinäre Forschungsbeiträge aus dem deutschsprachigen Raum
- * Sprachliche Allgemeinverständlichkeit der Beiträge
- * Buchbesprechungen zu aktuellen Fachpublikationen
- * Ca. 120 Seiten je Ausgabe

Jüngste Hefte:

3/22: *Stadtleben in Wien: Bedingungen, Akteur*innen, Befunde*

2/22: *Jugend im Kontext gesellschaftlicher Dynamiken*

1/22: *Offenes Heft*

Kommende Ausgaben 2022/23:

4/22: *Offenes Heft*

1/23: *Ernährung - aktuelle Analysen und Debatten*

2/23: *Die Europäische Union: Aktuelle Herausforderungen und Perspektiven*

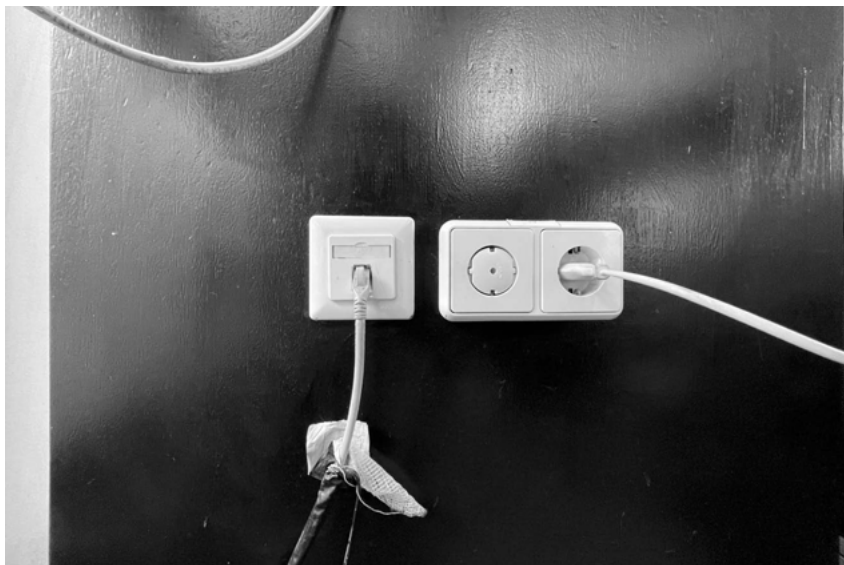
Die SOZIALWISSENSCHAFTLICHE RUNDSCHAU ist eine vierteljährlich erscheinende österreichische interdisziplinäre sozialwissenschaftliche Zeitschrift, die vom Verein für interdisziplinäre sozialwissenschaftliche Studien und Analysen (VISSA) in Wien herausgegeben wird.

Kontakt:

Web: www.sws-rundschau.at

Mail: [redaktion\[at\]sws-rundschau.at](mailto:redaktion[at]sws-rundschau.at)

Tel.: +43 (0) 660 3173127



Rebekka Streck

„Lass die mal machen die *Junkies*, die sind eh keine Konkurrenz.“

Ein historischer Blick auf das spannungsreiche Verhältnis von politischer Selbsthilfe und professioneller Drogenhilfe

„Lass die mal machen die *Junkies*¹, die sind eh keine Konkurrenz.“ So beschreibt Claudia Schieren die Reaktion der professionellen Drogenhilfe auf die Gründung von selbstorganisierten Kontaktläden in den 1990er Jahren in verschiedenen westdeutschen Städten. Und weiter: „Also es wurde nicht wirklich gewürdigt oder ernst genommen, was da passierte.“ (Schieren 2022). Mit dem vorliegenden Artikel möchte ich dem ‘was da passierte’ Aufmerksamkeit schenken. Und die Aktivitäten von Drogenkonsument*innen als Beitrag zum Paradigmenwechsel von abstinenzorientierten Angeboten zu einer Vielzahl von akzeptanzorientierten Unterstützungsformen der Schadensminimierung würdigen. Gerahmt wird dieser Einblick in die politische Selbsthilfe von Drogenkonsument*innen durch einen kritischen Blick in die Literatur zur Geschichte der Drogenhilfe sowie die Diskussion des spannungsreichen Verhältnisses zwischen politischer Selbsthilfe und professioneller Drogenhilfe. Denn die Gleichzeitigkeit von Sozialer Arbeit als Teil einer Veränderung anstrebenden sozialen Bewegung und Sozialer Arbeit

1 Ich habe mich dafür entschieden, den Begriff *Junkie* kursiv zu setzen, um ihn als umstrittenen Begriff zu markieren. Drogen konsumierende Menschen nutzen ihn, wenn sie einen Blick von außen auf sich oder Bekannte von sich beschreiben, so wie in diesem Zitat. Zugleich wurde der Begriff von Selbstorganisationen der 1980er und 1990er Jahren verwendet. Das Netzwerk JES (Junkies, Ehemalige und Substituierte) bezieht sich folgendermaßen auf ihn: „J steht für „Junkie“ und damit als Symbol für eine auch durch die Prohibition erzeugte Lebenssituation, die geprägt ist durch Szeneleben, Illegalität und häufig durch Kriminalität. Armut, Obdachlosigkeit, Verlustängste, Prostitution, Gesundheitsgefährdung prägen ebenso den Lebensstil wie auch Genuss, Zusammengehörigkeit und Abenteuer.“ (JES Bundesverband e.V.)

als Teil des kritisierten Herrschaftsverhältnisses (Roth 2021: 12) repräsentiert sich auch in der jüngeren Geschichte der Drogenhilfe.

1 Über Sichtbarkeiten und Unsichtbarkeiten – ein Blick in die Geschichtsbücher

Der Frage nach dem Verhältnis von sozialen Bewegungen und Sozialer Arbeit kann mit einem Blick in die Geschichtsbücher nachgegangen werden. Zunächst ist festzuhalten, dass Alkohol- und Drogenkonsument*innen immer auf die Entwicklung eines Kontroll- und Hilfesystems eingewirkt haben, indem sie sich entzogen oder rebellierten, indem sie Angebote annahmen oder durch Widerspruch Veränderungen erzwangen. Als Beispiel wären hier die hohen Abbruchquoten derjenigen zu nennen, die eine stationäre Langzeittherapie in den 1990ern begannen. Konsument*innen waren aber auch immer Akteur*innen der Geschichte der Drogenhilfe, indem sie in sozialen Bewegungen bestehende Unterstützungsstrukturen kritisierten und neue Ansätze forderten und selbst organisierten.

Mit der Fragestellung wie suchterfahrene Menschen die Suchthilfe begründet, verändert und (mit)gestaltet haben, können vier Phasen der Geschichte der Suchthilfe in den Blick genommen werden. *Erstens* prägten Abstinenzbewegungen die Gründung erster Organisationen wie der Guttempler oder des Blauen Kreuzes im ausgehenden 19. Jahrhundert. Diese wurden früh fester Bestandteil institutionalisierter Hilfe für Menschen, die viel Alkohol tranken. *Zweitens* etablierten sich ab den 1950er Jahren erste Gruppen der Anonymen Alkoholiker(*innen)² (AA) in der Bundesrepublik. Ab den 1980er Jahren entstehen auch erste Gruppen der Narcotics Anonymous (vgl. Fredersdorf 2002). Inwiefern diese an dem in den USA entwickelten Zwölf-Schritte-Programm orientierte Selbsthilfebewegung das professionelle Hilfesystem in der BRD prägte, wurde bisher nicht untersucht. Es ist allerdings davon auszugehen, dass zumindest Gruppenformate nachhaltig beeinflusst wurden. Zugleich erhielt der nicht ausschließende Umgang mit weiter bestehendem Konsum in den Gemeinschaften (wie sie sich selbst nennen) kaum Einzug in professionelle Konzepte (vgl. ebd.: 65). *Drittens* entstanden ab 1970 im

2 In Auseinandersetzung mit historischen Texten und Gruppen-Bezeichnungen besteht die Frage, wie einerseits die Unsichtbarkeit von Frauen in den Gruppierungen bei gleichzeitiger Vermutung ihrer Existenz dargestellt werden kann. Der Frage des verdeckten Engagements von Frauen in diesen Bewegungen nachzugehen, wäre ein eigenes Forschungsprojekt. Ich habe mich entschieden mit der Schreibweise (*innen) darzustellen, dass die häufig verwendete Bezeichnung das Engagement von Frauen verdeckt.

Kontext der Jugend- und Studenten(*innen)bewegung in der BRD mehr als 30 Release-Gruppen, die deutlicher in Opposition zu den bestehenden Maßnahmen standen. Ihre Angebote reichten von Rechtsberatung, Übernachtungsmöglichkeiten bis hin zu therapeutischen Gruppenangeboten. Zentral – wie in anderen selbst-organisierten Initiativen der Zeit wie Jugendwohnkollektiven oder Frauenhäusern – war der Versuch, die Trennung von ‘Klient’ und ‘Therapeut’ aufzuheben. Es ging um den gemeinsamen Kampf gegen den ‘entfremdenden’ Drogengebrauch und die diesen bedingenden gesellschaftlichen Strukturen (Schmid 2003: 131). Die zunehmende Entpolitisierung ab Mitte der 1970er Jahre sowie die Vorgaben von konzeptionellen und personellen Standards für die Bewilligung von Zuschüssen an Einrichtungen der Drogenhilfe, denen die spontan und flexibel organisierten Gruppierungen nicht entsprechen konnten, führten letztlich zum Ende der Releasebewegung (Loviscach 1996: 172; Jungblut 2004: 258). Einige der damals entstandenen Wohnprojekte mündeten in professionelle, abstinentorientierte therapeutische Wohnprojekte, die meisten lösten sich jedoch auf. Schmid (2003: 136) würdigt die Bedeutung der Releasegruppen insofern, als er hervorhebt, dass sie diejenigen waren, „die als erste in nennenswertem Umfang Unterstützung für Drogenabhängige organisierten und somit zur Basis der entstehenden Drogenhilfe wurden.“ (Schmid 2003: 136). Und *viertens* ist die akzeptanzorientierte Selbsthilfe und politische Vertretung von Konsument*innen illegaler Substanzen in den Junkiebünden und im JES-Netzwerk, die sich ab den 1980er Jahren in der BRD und vor allem in den 1990er Jahren verbreiteten, hervorzuheben. Auf diese werde ich im zweiten Kapitel ausführlich eingehen, weil hier Drogenkonsument*innen früh eine Entwicklung anstießen und unterstützten, die aus heutiger Perspektive als eine der bedeutendsten Paradigmenwechsel in der jüngeren Geschichte der Sucht- und Drogenhilfe zu bewerten ist.

Ein Blick in die spärlichen Arbeiten zur Geschichte der Drogenhilfe in Deutschland verdeutlicht, dass die Autor*innen den Drogenkonsument*innen unterschiedlich viel Aufmerksamkeit und Einflussmacht auf die Entwicklung der Drogenhilfe nach 1945 einräumen. Im Folgenden gebe ich nur einen kurzen, beispielhaften Einblick in differente Schwerpunktsetzungen in der Beschreibung der geschichtlichen Entwicklung.

Loviscach würdigt 1996 das Engagement von Drogenkonsument*innen in seiner Monografie „Soziale Arbeit im Arbeitsfeld Sucht. Eine Einführung“ insofern, als dass er der Release-Bewegung der 1970er Jahre ein Unterkapitel (ebd.: 170ff) widmet, genauso wie er amerikanische Selbsthilfebewegungen als Vorbilder therapeutischer Wohngruppen thematisiert (ebd.: 172). Auch Proteste des ersten deutschen ‘Junkie-Bundes’ 1982 (ebd.: 181) sowie des JES-Netzwerks

werden als einflussreich benannt (ebd.: 184f.). Loviscach thematisiert auch das Fortbestehen der „alte ‘Hierarchie’ der Drogenqualifikationen“ (ebd.: 187): „je näher zur Drogenszene, desto geringer die Professionalität“ (ebd.). Der noch im Erscheinungsjahr des Buches sehr dominante Paradigmenstreit zwischen Akzeptanz- und Abstinenzorientierung repräsentiert sich auch in der Erwähnung des Engagements von Drogenkonsument*innen.

Hingegen stellt Jungblut (2004) in „Drogenhilfe. Eine Einführung“ die Anerkennung von sozialarbeiterischer Professionalität ins Zentrum seiner Argumentation. Er erzählt die Geschichte der Drogenhilfe als Ringen um Anerkennung und Verwirklichungsmöglichkeiten eines ‘sozialpädagogischen Blicks’. Diesen grenzt er von einem pathologisierenden psychiatrischen Blick ab, der Sozialer Arbeit nur eine „subalterne Funktion“ als „Erfüllungsgehilfe im therapeutischen Setting“ (Jungblut 2004: 259) zuweise. Erst in den Mitte der 1980er Jahren entstehenden niedrigschwelligen Ansätzen der Drogenhilfe treten Sozialarbeiter*innen als Akteur*innen hervor. Zugleich scheint im Bemühen der Abwehr des psychiatrisch-medizinischen Paradigmas und in der Profilierung einer sozialarbeiterischen Profession im Suchthilfesystem kein Platz für Drogenkonsument*innen als dessen gestaltende Akteur*innen. Sie werden in seinem Überblick über die Geschichte der Drogenhilfe kaum benannt.

Die bisher ausführlichste Darstellung der jüngeren Geschichte der Drogenhilfe hat Schmid (2003) vorgelegt. Der Autor zeichnet hier auf ungefähr 130 Seiten die Entstehung eines ausdifferenzierten Drogenhilfesystems zwischen 1970 und 2000 vor allem in der BRD nach. Während er die Releasebewegung in den 1970er Jahren in einem eigenen Unterkapitel darstellt und in ihr „die Anfänge eines eigenständigen, sich allmählich professionalisierenden Hilfesystems für Drogenabhängige“ (Schmid 2003: 138) sieht, tauchen die Selbsthilfebewegungen der 1980er und 1990er Jahre kaum auf. Die Gründung des „Junkiebunds“ in Kassel wird nur am Rande erwähnt und ein Scheitern nach kurzer Zeit festgestellt (insgesamt 8 Zeilen in Schmid 2003: 188). Das Engagement von Drogenkonsument*innen erscheint nur in Form von Aktivitäten der Deutschen AIDS-Hilfe (ebd.: 193) oder als undifferenzierte „Schar der Kritiker“ (ebd.: 203) oder „Koalition zur Schadensminimierung“ (ebd.: 204). Drogenkonsument*innen als Aktivist*innen der Gestaltung des Drogenhilfesystems finden keine explizite Erwähnung.

Diese drei Beispiele zeigen, dass die Frage, ob Drogenkonsument*innen als Akteur*innen der Geschichte Sozialer Arbeit dargestellt werden, eine Frage des zeitlichen Kontextes der Publikation sowie der Schwerpunktsetzung ist. Insbesondere scheint die Erzählung einer sich professionalisierenden Sozialen Arbeit in der Drogenhilfe dem Engagement von Drogenkonsument*innen selbst wenig Platz zu

lassen. Ähnlich verhält es sich bis heute mit der Sucht- und Suchthilfeforschung. Wie Fredersdorf (2002: 89) schon 2002 feststellte, werden „Abstinenz- oder akzeptanzorientierte Ansätze der ambulanten Drogenselbsthilfe [...] von der deutschen Suchtforschung bis heute kaum wissenschaftlich gewürdigt“.

3 Organisation von Widerstand und Selbsthilfe: Junkie-Bünde und JES-Netzwerk

Aufgrund der bisher nur spärlich beschriebenen Aktivitäten von Drogenkonsument*innen im Hinblick auf die Gestaltung von Hilfemaßnahmen, werde ich im Folgenden die Aktivitäten in den 1980er und 1990er Jahre skizzieren. Diese Beschreibungen basieren auf drei Quellen: Erstens auf Publikationen des bundesweiten Netzwerkes der Junkies, Ehemaligen und Substituierten (JES) zu Jahrestagen (bspw. JES 2001); zweitens auf einigen wenigen wissenschaftlichen Arbeiten zu den Anfängen der Selbstorganisation in den Niederlanden und in Deutschland (vgl. Scheerer 1984, Blok 2011) sowie der Studie von Fredersdorf von 2002, in der er eine systematische Bestandsaufnahme der ambulanten Drogenselbsthilfe in Deutschland vornimmt. Und drittens auf drei Gesprächen, die ich mit Aktivist*innen der Bewegung in den Jahren 2017, 2019 und 2022 geführt habe.³

3.1 Junkiebünde in den 1970er und 1980er Jahren

Die folgend erzählte Geschichte des Engagements von Drogenkonsument*innen beginnt Ende der 1970er Jahre in den Niederlanden. Im Mai 1977 wurde der „Medisch-sociale Dienst voor Heroïne Gebruikers (MDHG)“ in Amsterdam gegründet. Dieser war ein Zusammenschluss von Ärzt*innen, ehrenamtlich Engagierten, Migrant*innengruppen aus Surinam und aktuell Drogen konsumierenden Menschen (Blok 2011: 73). Ein paar Jahre später initiierten Drogenkonsument*innen in Rotterdam die Gründung des „Junkiebond“, den sie als Gewerkschaft von Drogen konsumierenden Menschen verstanden.⁴ Bis Mitte der 1980er Jahre

3 Es ist ein langfristiges Projekt von mir, Aktivist*innen von damals zu Wort kommen zu lassen. So redete ich am 06.12.2017 mit Dirk Schäffer. Am 24. Januar 2018 führte ich ein Interview mit Marco Jesse. Und am 02.02.2022 sprach ich mit Claudia Schieren. Alle drei engagieren sich seit den 1990er Jahren im JES-Netzwerk und haben zugestimmt, mit ihren Namen genannt zu werden.

4 Blok (2011: 70) erwähnt, dass es in Schweden zu diesem Zeitpunkt bereits seit Mitte der 1960er Jahre eine Bewegung von Drogenkonsument*innen gegeben habe.

gründeten sich in verschiedenen Städten in den Niederlanden Gruppen von Drogenkonsument*innen, die schließlich ihr Engagement unter dem Dach der 'Federatie van Junkie Bonden' (FJB) bündelten (ebd.: 69). „In choosing the name 'Junkie Unions', heroin users re-appropriated the stigmatizing term 'junkie' and used it in a defiant manner“, erklärt Blok (ebd.: 78) die Namensgebung. Mit diesen Gründungen reagierten die Drogenkonsument*innen auf ihre durch Kriminalisierung und Verfolgung, eine reglementierte und mit Zwang arbeitende abstinenzfokussierte Drogenhilfe sowie alltägliche Schwierigkeiten aufgrund von schwankenden Preisen und Qualität der illegalen Substanzen geprägte Situation.

Die Aktivitäten der Gruppen in Amsterdam und in Rotterdam bestanden einerseits in der Organisation konkreter Unterstützung für Drogen konsumierende Menschen, wie beispielsweise das Zur-Verfügung-Stellen von Spritzen, Übernachtungsmöglichkeiten, Tagestreffs und regelmäßigen Essen. Andererseits wurde für eine menschenwürdige Drogenhilfe und Drogenpolitik gestritten. Zentrale Themen der Gruppen waren: Akzeptanz von Drogenkonsum, respektvolle Behandlung von Drogenkonsument*innen, Etablierung von Methadonprogrammen und Kritik an Zwangstherapien sowie mehr 'care' im Gegensatz zu 'cure' im Hilfesystem (Blok 2011, 75). MDHG forderte die „total liberation of the drug user from both the justice system, addiction treatment, *and* the drug scene“ (Blok 2011: 81). Zur Möglichkeit und Ausgestaltung eines Methadonprogramms gab es immer wieder Konflikte mit der Stadtverwaltung von Rotterdam, die beispielsweise in der Besetzung des Büros des zuständigen Verwaltungsbeamten mündeten (Blok 2011: 83). Auch in Amsterdam entstanden auf Druck des MDHG in den 1980er Jahren erste 'community methadone centres' (Blok 2011, 82).

Scheerer (1984: 195) sieht die Erfolge dieser „Anti-Diskriminierungsbewegung“ in der Unterstützung einer liberalen Öffentlichkeit, die sowohl Pfarrer(*innen) als auch Hochschullehrer(*innen), Rechtsanwälte(*innen) und Journalist(*innen) umfasste. Diese habe es in dieser Form in Deutschland nicht gegeben. Allerdings hebt Blok (2011: 81) hervor, dass die Initiativen zugleich insbesondere von Vertreter*innen des abstinenzorientierten Hilfesystems stark kritisiert wurden. „According to the junkie unions, however, what was known as the 'treatment industry' wanted to safeguard its monopoly on addiction treatment“ (Blok 2011: 81).

Die Aktivitäten in den Niederlanden führten auch zu Gründungen von *Junkie-bünden* in Deutschland. Im Februar 1982 kam ein Kleinbus mit Vertreter(*innen) der Junkie-Bewegung und zwei holländischen Journalisten nach Bremen zur Tagung des Arbeitskreises Junger Kriminologen(*innen) (AJK) (Scheerer 1984: 195). Im Anschluss an das Treffen gründete sich in Kassel 1982 der erste deutsche *Junkiebund* nach holländischem Vorbild. Dessen Mitglieder forderten die Entkri-

minialisierung, Einführung eines Methadonprogrammes, Aufhebung des Kronzeugenparagraphen, Abschaffung des § 35 BtmG und stattdessen den Ausbau von freiwilligen und ambulante Therapien sowie besseren Nachsorgemöglichkeiten. „Die Junkies fordern ein Mitspracherecht bei allen sie betreffenden Entscheidungen. Sie kritisieren eine über ihre Köpfe hinweggeführte Drogenpolitik, innerhalb derer sie lediglich als hilflose und entmündigte Pflegefälle betrachtet werden.“ stand am 11.11.1982 zur Gründung des Junkiebundes in Kassel in der Tageszeitung (z.n. ebd.: 197). Mit Unterstützung der Aktivist*innen in Kassel gründeten Drogenkonsument*innen ein Jahr später den *Junkiebund* Frankfurt, der alle drei Monate die Zeitschrift *‘Junkiebund-Informationen’* herausgab (Scheerer 1984: 198). In einem Grundsatzpapier forderten sie unter anderem die „Einrichtung einer Beratungsstelle von Junkies für Junkies“ (ebd.). In Hamburg entstand 1983 die Initiative für humane Hilfe Drogenabhängiger e.V. (IHHD), die ebenfalls als politische Selbsthilfe organisiert war (Fredersdorf 2002: 206).

Die Aktivist*innen wendeten sich auch direkt gegen die im professionellen System Tätigen. So demonstrierten sie auf dem Bundesdrogenkongress des Fachverbandes Drogen und Rauschmittel e.V. (FDR) 1982 gegen die damals vorherrschende Leidensdrucktheorie: „Die Theorie vom künstlich zu verstärkenden Leidensdruck, also ein von außen auferlegter, künstlich erzeugter Druck zur Motivationsförderung ist nicht nur inhuman, sondern auch lebensverachtend und treibt, Kriminalisierung und soziale Isolation zynisch in Kauf nehmend, immer mehr Süchtige in den Tod“ war die Kernaussage der Aktion (Dokumentation des FDR 1983 zit. n. Loviscach 1996: 181).

Ähnlich wie Blok (2011: 81) beschreibt auch Scheerer (1984: 191, 197) das Verhältnis zwischen Aktivist*innen und Drogenhilfe als Konkurrenz. So bestand die Vermutung, dass letztere an ihrer Arbeitsplatzsicherheit sowie ihrer Definitionshoheit hängen und insofern jeder Form von Liberalisierung kritisch gegenüberstehen.

3.2 Die Gründung des JES-Netzwerks

Die Selbstorganisation von Drogenkonsument*innen nahm erst mit der Verbreitung von HIV und dem damit ermöglichten Zugang zu einem der begehrten Substitutionsplätze an Fahrt auf. So führen Schäffer u.a. (2005: 278) die Bildung verschiedener regionaler Gruppen ab Mitte der 1980er Jahre auf die Verbreitung der Substitution zurück, die es Menschen ermöglichte, die durch Konsumsicherheit gewonnene Zeit für politisches Engagement zu nutzen. So gründeten sich in den 1980er und 90er Jahren in der BRD über 30 regionale Gruppen, die sich im

Jahr 1989 im Netzwerk der Junkies, Ehemaligen und Substituierten (JES) sammelten (Schäffer 2001: 3). Die Deutsche Aidhilfe ermöglichte schließlich die Einrichtung einer Geschäftsstelle und damit eine langfristige auch finanzielle Unterstützung. Das JES-Netzwerk bündelte sowohl bezogen auf die Organisationsstruktur (eingetragene Vereine oder informelle Zusammenschlüsse) sowie in der drogenpolitischen Ausrichtung (radikale Opposition oder kompromissbereiter Bündnispartner) das Engagement sehr verschiedener Gruppierungen (Fredersdorf 2002: 78). Gemeinsamer Nenner war jedoch, dass sie für die rechtliche und soziale Gleichstellung sowie Entkriminalisierung von Menschen, die illegale Substanzen einnehmen, eintraten (ebd., S: 80).

Mit dieser Bereitschaft zum Engagement reagierten illegale Substanzen konsumierende Menschen auf eine Vielzahl an kriminalisierenden sowie stigmatisierenden Erfahrungen und auf die sich rapide verschlechternde gesundheitliche Situation von Drogenkonsument*innen, unter anderem durch die Ausbreitung von HIV. Claudia Schieren beschreibt die Situation in den 1980er und 1990er Jahren folgendermaßen: „Konsumieren war schwierig damals. Also zumindest die Utensilien dazu zu bekommen. Konsumieren war teuer, vor allen Dingen. Ich kann mich an Zeiten erinnern, da hat das Gramm Heroin vierhundert Mark gekostet und da musstest du jeden Tag gucken, wo du vierhundert Mark herkriegst, wenn du gut unterwegs warst. Und dann, also Spritzen zu bekommen, war ja schon ein Problem. Es gab keine Spritzenautomaten, so wie heute, oder Einrichtungen, wo du tauschen konntest. Ich komme ja vom Dorf. Also als ich anfang zu konsumieren, mussten wir in die Apotheke und wenn du Glück hattest, hast du ein Zehnerpack Spritzen gekriegt oder du musstest gleich einen Hunderterkarton kaufen. Einzelne Spritzen gab es nicht.“

Die Ortsgruppen wendeten sich mit ihrem politischen Engagement unter dem Motto „Für ein menschenwürdiges Leben mit Drogen“ auch gegen die damalige Drogenhilfe. Zugang zu Hilfen erhielt damals nur, wer sich den rigiden Regeln und pathologisierenden Problemdeutungen unterwarf und bereit war, sich dem Dogma der Abstinenz unterzuordnen. Die Deutungshoheit lag unverhandelbar bei den Behandler*innen, so stellt Claudia Schieren fest: Da „durfte man ja nicht einmal äußern, dass das auch Spaß macht.“ In der Gründungserklärung von JES von Juni 1989 wurde festgestellt: „Drogengebraucher und Drogengebraucherinnen besitzen ebenso wie alle anderen Menschen ein Recht auf Menschenwürde. Sie brauchen es nicht erst durch abstinentes und angepasstes Verhalten zu erwerben.“ (JES 1989 z.n. JES Bundesverband e.V.)

Im Rahmen dieser vitalen Selbsthilfebewegung entstanden sowohl Ortsgruppenbüros, die als Treffpunkte fungierten, als auch eine Vielzahl politischer Aktivi-

täten wie Infostände, Flugblätter und Zeitungen, Veranstaltungen und Tagungen, Aktionstage und safer-use-Materialien, Radio- und Videoprojekte (vgl. JES 2001). 2002 identifizierte Fredersdorf (2002: 80) 46 Gruppen. Jenseits von JES Leipzig waren alle in westdeutschen Bundesländern tätig. Wie Fredersdorf (2002: 19, 345) in seiner Studie zu Selbsthilfebewegungen in der Drogenhilfe feststellte, sprach JES im Gegensatz zu abstinenzorientierten Gesprächsangeboten wie bspw. Narcotics Anonymous eher Menschen aus prekären Lebensverhältnissen mit weniger anerkanntem Berufsstatus und seltener im eigenen Wohnraum lebend an. Das verweist auf die Eingebundenheit der Selbsthilfestruktur in die häufig unter prekären Umständen ihren Alltag organisierenden großstädtischen Drogenszenen.

Marco Jesse sieht im damaligen Engagement auch eine kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Fragen: „Also was vielleicht auch noch viel stärker als jetzt bewusst war, war dass das Hilfesystem, so wie es ist, nicht gut ist. Und dass man eigentlich nur, wenn man es selber macht, die Möglichkeit hat, da entscheidend drauf Einfluss zu nehmen. [...] Auch die Bereitschaft neben der Sucht und dem ganz normalen Beschaffungsalltag, Beschaffungstress sich auch noch mal mit anderen Sachen zu beschäftigen war viel größer. [...] Und das war genau diese Generation, wo der Konsum auch ganz viel mit Haltung zu gesellschaftlichen Fragen und dem Leistungsprinzip zu tun hatte. Wo man sich eben auch bewusst abgrenzen wollte. Wo ja auch die Idee herkam, Junkie als Begriff ganz bewusst mit in die Namensgebung reinzunehmen, um das so wie das in der Schwulenbewegung war, mit so einem positiven Selbstverständnis zu belegen. Ein dritter hat mich nicht Junkie zu nennen. Aber ich kann mich sehr wohl stolz als Junkie bezeichnen. Im positiven Selbstverständnis“ (Jesse 2019).

3.3 Selbstorganisierte Kontaktläden

In Nordrhein-Westfalen verhandelten Anfang der 1990er Jahre aktive JES-Gruppen gemeinsam mit der AIDS-Hilfe NRW mit dem damaligen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) und erreichten die Zusage eines „Kontaktladenfördermodells“. Vier Gruppen in den Städten Bonn, Dortmund, Düsseldorf und Köln erhielten als *Junkie-Selbsthilfe* finanzielle Förderung und eröffneten in den Jahren 1991 bis 1994 selbstorganisierte Kontaktläden. Mit den Fördermitteln konnten 1,5 Personalstellen finanziert werden. Den Rest der Arbeit übernahmen ehrenamtliche Kräfte. Die Angebote umfassten je nach lokaler Ausgestaltung Frühstück und Mittagessen zum Selbstkostenpreis, Duschen und eine Waschmaschine, Spritzentausch sowie einen Ort, an dem man sich treffen konnte. Der Kontaktladen in Bonn übernahm phasenweise auch die Vergabe von

Substituten am Wochenende (C. Schieren 2022). Es gab nur wenige politische Vorgaben: Vereinsgründung, Beachtung der Gesetzeslage, Mitgliedschaft in einem Dachverband der Selbsthilfe (Blaumeister/Sagrudny 2001: 38).

Fredersdorf (2002: 84) hebt hervor, dass ein Schwerpunkt in der Schaffung beruflicher Perspektiven lag. So bestand die Möglichkeit vom Gericht auferlegte Stunden abzuarbeiten und einige Gruppen richteten auch geschützte Arbeitsplätze ein. Auch Claudia Schieren lernte JES über die Arbeit im Kontaktladen in Bonn kennen. Zunächst hat sie gerichtlich angeordnete Stunden gemeinnütziger Arbeit abgeleistet, dann eine ABM-Stelle erhalten. Mittlerweile ist sie Einrichtungsleiterin von Vision e.V. in Köln.

Selbstorganisierte Kontaktläden gab es auch in anderen Bundesländern. So schlossen sich 1990 Menschen, die von Gruppengründungen in anderen Städten gehört hatten, als JES Bremen zusammen. Der Bremer Senat stellte Personalmittel zur Verfügung (Bösche/Murken 1993: 97ff). JES Bremen bot Beratungen, Vermittlungen in Angebote der Drogenhilfe, Begleitungen und Krisenintervention an. Zudem beteiligten sich die Mitglieder und Besucher*innen an drogenpolitischen Aktionen. Zu einem Zeitpunkt als nur wenige intravenös Heroin konsumierende Menschen Zugang zu Methadonprogrammen hatten, setzten die Aktivist*innen in Zusammenarbeit mit Apotheker*innen und Ärzt*innen die Ersatzmittelbehandlung mit Kodein durch (ebd.).

Marco Jesse, der 1992 zu JES Bremen kam, beschreibt die Stimmung damals folgendermaßen: „Und was ich da erlebt hab, war einfach was komplett anderes, als dass was ich aus der klassischen Suchthilfe kannte. [...] „Es ging um meine Arbeitsleistung, es ging um mich als Menschen und überhaupt nicht um meinen Konsum.“ Er wurde schnell in den Vorstand gewählt und engagierte sich ehrenamtlich für das Fortbestehen der Angebote der Selbsthilfe sowie die politische Artikulation von Drogengebrauchenden auf Landes- und Bundesebene.

Mit der Zeit und in unterschiedlicher lokaler Ausprägung hatten die Kontaktläden mit verschiedenen Schwierigkeiten zu kämpfen: Konflikte zwischen bezahlten und unbezahlten Mitarbeiter*innen, unterschiedliche Interessenlagen, wenig oder keine Erfahrung in Vereinsführung und der Verwaltung öffentlicher Mittel, Gleichzeitigkeit von elementarer solidarischer Versorgung einerseits und Ansprüche an die politische Lobbyarbeit andererseits, steigende Kosten bei gleichbleibender Fördersumme (Blaumeister/Sagrudny 2001: 41f). Der Kontaktladen in Bonn stellte im Herbst 2000 seine Tätigkeit ein. „Natürlich lief auch einiges schief“, erzählt Claudia Schieren, die dort als ABM-Stelle angestellt war, „da sind dann damals halt schräge Sachen gelaufen. Da sind Gelder nicht dahin gelaufen, wo sie hätten hin laufen müssen. Und der Verein wurde dann aufgelöst,

die Einrichtung geschlossen und die Finanzierung wurde gestoppt.“ Sie stellt aber heraus: „Wäre das ein bisschen besser verteilt gewesen, die Verantwortung und die Kontrolle, dann wäre das vielleicht heute noch ein Modell.“ 2009 zwei Jahre nachdem Marco Jesse JES Bremen verließ, löste sich auch dieser Verein auf und der Kontaktladen wurde geschlossen. Jesse führt die Schließung auf die Streichung finanzieller Mittel, die Schwierigkeit, Aktivist*innen zu finden, die mangelnde Anerkennung innerhalb der professionellen Drogenhilfe und auf Probleme bei der Verwaltung der Geldmittel zurück.

Während einige Kontaktläden geschlossen wurden, begannen in anderen nach und nach ausgebildete Sozialarbeiter*innen ihre Arbeit und eine schleichende Professionalisierung und Verdrängung der Drogenkonsument*innen aus gestaltenden Positionen. Allein der Junkie-Bund Köln e.V. besteht mit dem geänderten Namen Vision e.V. heute noch als selbstorganisierter Kontaktladen. Blaumeister und Sagrudny (2001: 40) resümieren: „Die Kontaktläden (und selbstverständlich auch die anderen Gruppen) standen für eigene Interessenvertretung, Solidarität, Betroffenenkompetenz und Lebensstilakzeptanz – mit einer Energie und einem Selbstbewusstsein, das man Junkies nie zugetraut hatte.“

4 Das spannungsreiche Verhältnis von politischer Selbsthilfe und professioneller Drogenhilfe

Im Rückblick war das Verhältnis zwischen professioneller Drogenhilfe und akzeptanzorientierter, politischer Selbsthilfe immer ein spannungsreiches.

Ein Gegeneinander: Zunächst wendeten sich die Drogenkonsument*innen mit den Neugründungen immer gegen die bestehenden Maßnahmen der Drogenhilfe. Sie kritisierten stigmatisierende, pathologisierende Adressierungen genauso wie verregelte Zugänge und Modelle der Behandlung und widersprachen damit elementaren Glaubenssätzen der Drogenhilfe in den 1980er und 1990er Jahren. Sie hinterfragten das Dogma der Abstinenz und forderten, dass ihre Perspektive auf Drogenkonsum als gleichberechtigt anerkannt wird. Entsprechend den vorliegenden Publikationen reagierten Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen sowie Ärzt*innen auf Kritik und Forderungen eher ablehnend, was wiederum als Festhalten an eigenen Privilegien bezogen auf Arbeitsplätze und Deutungsmacht interpretiert wurde.⁵

5 Insbesondere um die Aktivitäten der etablierten Drogenhilfe gegen die Durchsetzung der Methadonbehandlung sowie gegen die artikulierten Interessen der im JES-Netzwerk organisierten Drogenkonsument*innen nachzuvollziehen, sind die gründlichen Darstellungen und Analysen der Publikationen des Fachverband Drogen

Ein Nebeneinander: Insbesondere die Zeit der selbstorganisierten Kontaktläden kann als Nebeneinander von Selbsthilfe und professioneller Drogenhilfe gedeutet werden. Die professionellen Strukturen waren noch nicht so weit ausgebaut, dass sie flächendeckend selbst niedrigschwellige Angebote und Maßnahmen der Schadensminimierung bieten konnten. Zugleich hatten sie innerhalb der eigenen Profilierungsbemühungen Schwierigkeiten, akzeptanzorientierte Unterstützungsangebote als fachliche Innovationen durchzusetzen. Diesen Freiraum nutzten selbstorganisierte Kontaktläden. So hebt Dirk Schäffer im Gespräch 2017 hervor, dass in den 1990er Jahren die selbstorganisierten Kontaktläden „die vierte Säule des Hilfesystems, die Schadensminimierung“ waren. Claudia Schieren beschreibt diese Phase folgendermaßen: „Alles andere waren die Professionellen und da wurde man eben nicht ernst genommen. Also: ‘Lass die mal machen die Junkies’, so ‘die sind eh keine Konkurrenz’, so ungefähr.“

Ein Miteinander: Zugleich wird in der Rückschau deutlich, dass insbesondere die prekäre Lage aufgrund von geringer Anerkennung, Stigmatisierung sowie Verfolgungsdruck und Armut dazu führte, dass die Gruppierungen auf die Unterstützung potenterer Gruppen angewiesen waren, um Forderungen durchzusetzen. Auf nationaler Ebene schlossen sich daher Anfang der 1990er Jahre Organisationen der Selbsthilfe mit professionellen Initiativen akzeptanzorientierter Drogenhilfe im akzept e.V. Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenhilfe zusammen.

Ein Verdrängen: Schließlich kann das Angewiesensein auf potente Mitkämpfer*innen in die Verdrängung der originären Positionen einerseits und der weniger anerkannten Akteur*innen andererseits münden. Diese Verdrängung von Drogenkonsument*innen aus den Hilfestrukturen wird zugleich als Professionalisierung dieser Bereiche der Drogenhilfe gerahmt. Sei es die Umwandlung von Release-Ansätzen in Therapeutische Wohngruppen oder die umfassende Professionalisierung akzeptanzorientierter, niedrigschwelliger Ansätze in der Drogenhilfe. Für Dirk Schäffer ist das Projekt im Gespräch 2017 gleichberechtigt im Hilfesystem zu agieren gescheitert. Die Selbsthilfe kämpfte für die Regelförderung und schließlich forderte die Regelförderung ausgebildete Sozialarbeiter*innen sowohl

und Rauschmittel e.V. (FDR) in den 1980ern und 1990er Jahren von Schmid (2003: 200ff.) hervorzuheben. Er verdeutlicht, dass die Aktivitäten der AIDS-Hilfen (er spricht nicht von JES-Gruppen) als Konkurrenz und Bedrohung des etablierten auf Abstinenz ausgerichteten Systems angesehen wurden. Die zitierten Ausschnitte zeigen mit welcher Arroganz und Überheblichkeit über die Interessen und die Lebenssituationen von illegale Substanzen konsumierenden Menschen gesprochen wurde.

in der Leitung als auch im Tagesgeschäft. Zudem habe das Krankheitsverständnis dazu geführt, dass Drogenkonsument*innen zwar nicht mehr als Kriminelle gesehen werden, dafür aber als behandlungsbedürftige Kranke. Selbsthilfe fristet insofern weiterhin ihr Nischendasein.

Das Wissen und die Anerkennung dieser und folgender politischer Kämpfe von Drogenkonsument*innen ist insofern zentral, als die unterschiedlichen Gruppierungen bewiesen, „to be very active and successful in gathering support and making their voices heard“ (Blok 2011: 84). „They argued for a broad social change: The Opium Law was to be abolished and the stigmatizations and social exclusion of drug users had to end. Their views, issues and constituency were largely rooted in the counter-cultur movement of the 1960s, and they concerned themselves with the common themes of many other new social movements of the day: advancing individual freedom and well-being. In this sense, they can be compared to the women’s movement, the movement for more humane psychiatric treatment and the gay liberation movement“ (ebd.). Die Tatsache, dass Blok (2011) diese Zugehörigkeit explizit betont, verweist auf die Randständigkeit der Drogenkonsument*innen in den Debatten zu sozialen Bewegungen. Diese Randständigkeit ist zurückzuführen auf ein geringes Wissen über die Aktivitäten der Gruppierungen sowie die Skepsis gegenüber ihrer Organisationsfähigkeit, die sich vor dem Hintergrund eines dominanten Verständnisses von Sucht-als-Krankheit immer wieder neu behaupten muss.

Nichtsdestotrotz oder gerade deswegen hebt Claudia Schieren auch 2022 noch den Mehrwert der akzeptanzorientierten Selbsthilfe hervor: „Also was total auffällig ist, ist dass die Leute, die zu uns kommen und in der Anfangsphase sind, die immer so ein Gefühl mitbringen, oder so ein Bewusstsein mitbringen ‘Oh ich bin scheiße, ich bin so scheiße’. ‘Ich schaffe das einfach nicht clean zu werden, ich bin ein Versager.’ Und ich versuche dann immer den Leuten mitzugeben, dass das kein Versagen ist, sondern, dass sie durchaus eine DASEINSBERECHTIGUNG haben und dass sie was wert sind. Nur weil sie den Ansprüchen der Gesellschaft nicht genügen und nicht clean sind, heißt das ja nicht, dass sie scheiße sind oder nichts auf die Reihe kriegen. Da ist ja noch ganz viel, was den Menschen ansonsten ausmacht, und das den Leuten mitzugeben und wenn du dann diesen ‘Aha-Effekt’ merkst. So nach drei Tagen Veranstaltung oder Neueinsteigerseminar, dann siehst du wie die sich verändern. Und wie die dann auf einmal so GERADE wieder rausgehen.“

Literatur

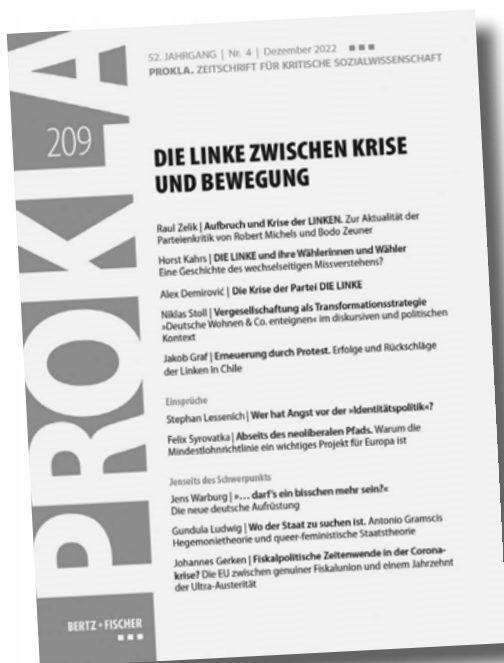
- Blaumeister, K. & Sagrudny, I. 2001: Die Westschiene und das Kontaktladen-Modell. In Bundesweites Selbsthilfe-Netzwerk JES Junkies Ehemalige Substituierte (Hrsg.), 10 Jahre JES-Netzwerk (S. 33–45). Berlin
- Blok, G. 2011: The politics of intoxication. Dutch junkies unions fight against the ideal of a drug-free society, 1975-1990. In M. Dinges & R. Jütte (Hrsg.), The transmission of health practices (S. 69–88). Stuttgart
- Bösche, R. & Murken, H.-M. 1993: Zum Beispiel JES Bremen. In Deutsche AIDS-Hilfe e.V. (Hrsg.), 10 Jahre Deutsche AIDS-Hilfe. Geschichten & Geschichte (S. 97–101). Berlin
- Deutsche AIDS-Hilfe e.V. (Hrsg.). 1993: 10 Jahre Deutsche AIDS-Hilfe. Geschichten & Geschichte. Berlin
- Fredersdorf, F. 2002: Verantwortung leben. Ambulante Drogenselbsthilfe in Deutschland. Geesthacht
- JES Bundesverband e.V. 2022: Über uns. <https://www.jes-bundesverband.de/ueber-jes/>. Zugriffen: 16. Juni 2022
- JES Bundesweites Selbsthilfe-Netzwerk (Hrsg.) 2001: 10 Jahre JES-Netzwerk. Berlin
- Jungblut, H. J. 2004: Drogenhilfe. Eine Einführung. Weinheim
- Loviscach, P. 1996: Soziale Arbeit im Arbeitsfeld Sucht. Eine Einführung. Freiburg im Breisgau
- Roth, R. 2021: Spannungsreiche Beziehungen: Soziale Bewegungen und Soziale Arbeit. Widersprüche 41 (161), 11–23
- Schäffer, D. 2001: Endlich – es ist geschafft. In Bundesweites Selbsthilfe-Netzwerk JES Junkies Ehemalige Substituierte (Hrsg.), 10 Jahre JES-Netzwerk (S. 3). Berlin
- Schäffer, D. & Mitglieder des JES-Sprecherrats 2005: Substitution – Einblicke aus Patientensicht. In R. Gerlach & H. Stöver (Hrsg.), Vom Tabu zur Normalität. 20 Jahre Substitution in Deutschland Zwischenbilanz und Aufgaben für die Zukunft (S. 278–286). Freiburg im Breisgau
- Scheerer: 1984: Der Behandlung Grenzen setzen. Selbsthilfe und Fixer-Autonomie am Beispiel der Junkiebünde. In I. Eisenbach-Stang & W. Stangl (Hrsg.), Grenzen der Behandlung. Soziale Kontrolle und Psychiatrie (S. 191–202). Opladen

Rebekka Streck, Karl-Kunger-Str. 59, 12435 Berlin

E-Mail: streck@eh-berlin.de

PROKLA. Seit 1971

ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SOZIALWISSENSCHAFT



Einzelheft:

ca. 176-204 Seiten
€ 15,- [D] / € 15,40 [A]
ISSN 0342-8176

SCHWERPUNKTTHEMEN

- Nr. 204: Vergessenes Land? (3/2021)
- Nr. 205: Gesundheit mit System (4/2021)
- Nr. 206: Corona und die Folgen (1/2022)
- Nr. 207: Gesellschaftskritik und sozialistische Strategie (2/2022)
- Nr. 208: StaatsKapitalismus (3/2022)
- Nr. 209: Die Linke zwischen Krise und Bewegung (4/2022)

Probeheft anfordern!

PROKLA | redaktion@prokla.de | www.prokla.de

Bertz + Fischer | prokla@bertz-fischer.de | www.bertz-fischer.de/prokla

BERTZ + FISCHER





Behavioristische Konditionierung oder reflexive Koproduktion?

Über: *Michael Lindenberg und Tilman Lutz: Zwang in der Sozialen Arbeit: Grundlagen und Handlungswissen. Stuttgart: Kohlhammer 2021. 157 Seiten, ISBN: 978-3-17-035733-4, 29,00 €.*

Den Ausgangspunkt der von Michael Lindenberg und Tilman Lutz verfassten kritischen Einführung zum Thema Zwang in der Sozialen Arbeit in Form eines Lehrbuchs, bilden die seit einigen Jahren in Profession und Disziplin prominent gewordenen Entwicklungen und Diskurse um den Einsatz von Zwang und Zwangsmaßnahmen als „legitime sozialpädagogische Option“ (Schwabe 2007: 39) und als „wohltätig“ (Deutscher Ethikrat 2018), in einer Praxis die, wie es der 14. Kinder- und Jugendbericht treffend konstatiert, zunehmend von einer Dominanz von „Risiko-, Schutz- und Kontrolldiskursen“ (BMFSFJ 2013: 353) bestimmt wird und in der es durch die professionellen Akteur:innen im Rahmen ihres beruflichen Selbstkonzepts verstärkt zu einer Umdeutung von Zwang und Kontrolle als Hilfe kommt.

Auf Basis dieser als problematisch verstandenen Entwicklungen und „Diskurse um die Legitimität von Zwang als Erziehungsmittel“ (14), zielen die Autoren in ihrem Buch auf eine reflexive Auseinandersetzung mit dem in der Sozialen Arbeit virulent gewordenen Begriff des Zwangs und seinen differenten Ausdrucksformen, denn „[u]nterschiedliche Formen und Begriffe von Zwang werden unzulässig vermischt: vom Einschluss bzw. der Entziehung von

Freiheit über körperliche und gewaltförmige Beschränkung von Handlungsoptionen und Sanktionen bzw. Privilegiensysteme bis hin zur Abwendung von akuter Selbst- bzw. Fremdgefährdung“ (ebd.).

Von zentraler Bedeutung für die gesamte Arbeit ist dabei eine von Lindenberg und Lutz zugrunde gelegte Differenzierung zwischen einem engen und einem weiten Zwangsbegriff. Unter dem Begriff des weiten Zwangs und mit Rekurs auf Elias verstehen die Autoren dabei alle Entscheidungen und Handlungen, die das tägliche Leben betreffen und jeweils eng mit dem Interesse des Subjekts verbunden sind und bei denen das Subjekt mit einer begrenzten Auswahl an Handlungsmöglichkeiten ausgestattet ist, wohingegen der enge Zwang ausschließlich auf dem Interesse des Zwangsausübenden basiert und „die Durchsetzung des eigenen Willens [auch unter dem Einsatz strukturell-rechtlicher, physischer und psychischer Mittel, EJ] gegen den Willen einer anderen Person“ (22) zum Ziel hat: Entsubjektivierung und behavioristische Modifizierung der als korrekturbedürftig markierten Anderen sind die Folge.

Auf Grundlage dieser Differenzierung führen die Autoren anhand von drei Beispielen aus dem Strafvollzug, dem Kita-Bereich und der stationären Kinder- und Jugendhilfe aus, wie Zwang, Zwangselemente und zwangsförmiges Eingreifen das Handeln der Subjekte und deren Entscheidungsmacht, der Adressat:innen wie der Professionellen, in den Organisationen unterschiedlich stark prägen und determinieren. Auf diese Beispiele rekurrieren die Autoren im Verlauf ihrer Einführung wiederkehrend und diskutieren anhand dieser anschaulich mögliche Ausdrucksformen von „spontaner Zwangsausübung“ (29),

wie dem Festhalten eines Kindes an einer vielbefahrenen Straße (weiter Zwangsbegriff) und „geplanter, konzeptionell oder strukturell verankerter Zwangsausübung“ (ebd.), etwa im Rahmen verhaltens-modifizierender Phasen- und Punktesysteme in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe (enger Zwangsbegriff).

Die Unterscheidung von Zwangsmomenten als „spontane Zwangsausübung“ (ebd.) und Zwangselementen als konzeptionell oder strukturell verankerte institutionelle Praxis sei dabei von besonderer Bedeutung, so die Autoren, da erstere zwar durchaus problematisch seien und einer progressiven Praxis widersprächen, diese aber nicht systematisch erfolgen, während zweitens durch ihre konzeptionelle und organisatorische Eingebundenheit in einem engen Katalog von Regeln und Maßnahmen zum systematischen Auf- und Abbau von erwünschten bzw. als unerwünscht geltenden Verhaltensweisen eingesetzt werden.

Diesen virulenten Praktiken des Zwangs und des Shapings in ihren unterschiedlichen Schattierungen und der diskursiven Aufwertung in Profession und Disziplin, setzen die Autoren mit Rekurs auf ausgewählte Theoretiker:innen wie Kant, Salomon, Elias, Rousseau, Korczak und Bernfeld eine alternative Positionsbestimmung entgegen, indem sie die Dialektik von Zwang und Erziehung unter Rückgriff auf zentrale Positionen der Akteur:innen untersuchen und kritisch diskutieren. Eindrücklich heben sie dabei hervor, dass enger Zwang und Erziehung in einem grundsätzlichen Ausschlussverhältnis zueinander stehen und die Anwendung von Zwang und Zwangsmitteln in der Erziehung auf einem gewaltförmigen „System [der] Nichtanerkennung“ (Thiersch 2014: 28, Ergänzung

EJ) von Subjektivität beruhe, denn „[w]er zwingt, hat keine Autorität, sondern verhält sich autoritär“ (53). Stattdessen gelte es im Sinne einer dialogisch-hermeneutischen Praxis, auf die Initialisierung koproduktiver Arbeitsbündnisse und reflexiver Problemsetzung zu intendieren und so ein möglichst progressives Verhältnis zum Zwang als Selbstzwang (verstanden als weiter Zwang) in einem Geflecht von Beziehungen und Interdependenzen zu ermöglichen und zu gestalten.

Vor dem Hintergrund der von den Autoren eingangs konstatierten Virulenz und Diffusität des Zwangsbegriffs und seiner fehlenden Eignung als Analysekategorie zur Beschreibung der differentiellen Formen der Be- und Einschränkung von Handlungsoptionen bis hin zum Entzug basaler Freiheiten und Formen gewaltförmigen Eingreifens, entwickelt die in dem Buch erfolgte Konturierung und vergleichende Diskussion von Zwang mit zentralen Begriffen wie Macht, Paternalismus, Gewalt, Strafe und Erziehung ihre besondere Qualität, ohne jedoch einer diskursiven Engführung zu unterliegen, wie die Auseinandersetzung mit den divergenten Machtbegriffen von Weber, Luhmann und dem konsensualen Machtbegriff nach Arendt, als Praxis gemeinsamer Ermächtigung und als „Grundzutat jeder Kooperation“ (71), verdeutlicht.

Die sich daran anschließende Einordnung und Diskussion der Debatte um Zwang an aktuelle sozial- und ordnungspolitische Leitideen und Diskurse mitsamt ihrer Risikoimperative, die sich zentral entlang der Praktiken von Aktivierung, Punitivität und der Responsibilisierung sowie der legitimatorischen (Zugriffs-)Figur des Kindeswohls bzw. der Kindeswohlgefährdung formieren und mit Rekurs auf subjektivi-

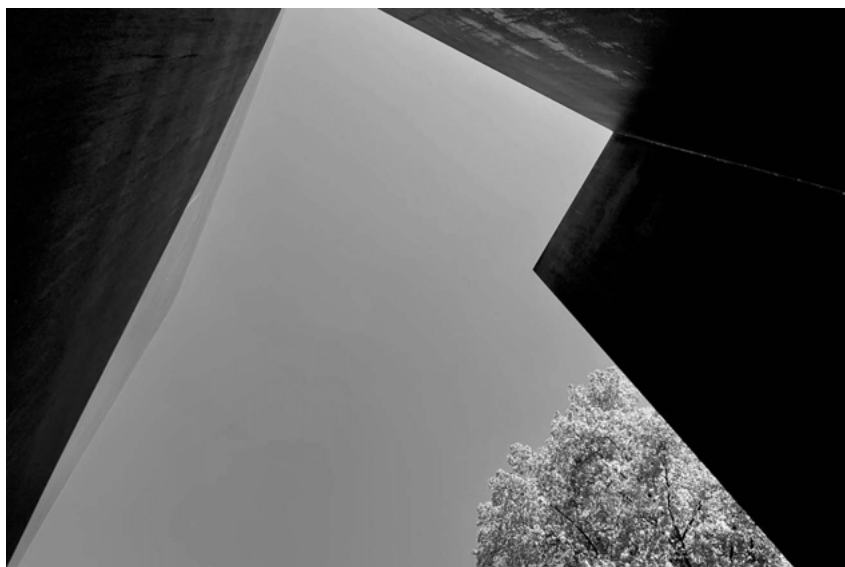
enterte und hegemoniekritische Diskurse und Konzepte aus der Professionalisierungsdiskussion erfolgen, liefert den Leser:innen wichtige Impulse zur kritischen Reflexion der eigenen professionellen Praxis und zur eigenen Eingebundenheit in Prozesse der Etikettierung, der Kontrolle und des Ausschlusses im Rahmen professionell mandatierten Handelns.

Gegen eine solche Dominanz von ordnungspolitischen Deutungen und neo-managerialen Formen der Bearbeitung von sozialen Problemen als (potenzielles) Risiko und der zunehmenden Normalisierung und Reproduktion des Kontrollmandats in und durch die Soziale Arbeit, diskutieren die Autoren in ihrem Abschlusskapitel Wege und Möglichkeiten einer alternativen und subjektorientierten Praxis als Praxis gemeinsamer Verständigung und formulieren damit Perspektiven zur Transzendierung autoritativer Praktiken und Diskurse an der Schnittstelle von Verhalten und Verhältnissen. Denn die Professionellen „sind es, die den engen Zwang ausüben – oder sich für andere Wege entscheiden“ (146).

Literatur

- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend 2013: 14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin
- Deutscher Ethikrat 2018: Hilfe durch Zwang? Professionelle Sorgebeziehungen im Spannungsfeld von Wohl und Selbstbestimmung. Berlin
- Lindenberg, M./Lutz, T. 2021: Zwang in der Sozialen Arbeit: Grundlagen und Handlungswissen. Stuttgart.
- Schwabe, M. 2007: Zwang in der Erziehung und in den Hilfen zur Erziehung. In: Widersprüche 106, S. 19-40
- Thiersch, H. 2014: Schwarze Pädagogik in der Heimerziehung. In: Widersprüche 131, S. 23-30

Erik Jahn
Harmsenstr. 1, 22763 Hamburg
E-Mail: erikjahn@posteo.de



Marlene-Anne Dettmann

Über das Netzwerk Erfahrungswissen in der Hochschulbildung

Das Netzwerk fordert und fördert die Involvierung von Erfahrungswissen in die Hochschullehre¹ von Menschen, die selbst Soziale Dienste nutzen bzw. erfahren haben. Erfahrungswissen speist sich in diesem Kontext aus den sogenannten subjektiven Erfahrungen von Menschen, die krisenhafte Situationen erleben und/oder Machtasymmetrien erfahren. Mit diesem einzigartigen Wissen werden Adressat*innen zu Erfahrungsexpert*innen. Neben dem wissenschaftlichen Wissen stellt das Erfahrungswissen eine gleichwertige Wissensform dar, die ein sozialprofessionelles Verstehen und Handeln qualitativ befördern kann. Deshalb werden im Netzwerk Formate und Rahmenbedingungen gesucht und diskutiert, die einen Dialog *mit* Menschen ermöglichen, anstatt nur *über* sie zu lehren. Es geht folglich darum, den Studierenden „nicht nur theoretisch zu vermitteln, was unter Empowerment und Inklusion zu verstehen ist, sondern eine Lernkultur zu implementieren, die authentisch lebt, was sie inhaltlich lehrt“ (Rieger 2015, S. 101).

Verstehen durch Dialog

Die Realität an Hochschulen im deutschsprachigem Raum sieht noch anders aus, denn oftmals erfolgen auf Initiative von Einzelpersonen punktuelle Einladungen von Erfahrungsexpert*innen, die häufig nur als Informant*innen angehört werden und deren Einflussnahme auf die Mitgestaltung und den Kontext begrenzt bleibt. Im Hinblick auf das Thema des vorliegenden Heftes würden wir uns auf einer Partizipationsleiter (Arnstein 1969) auf der niedrigen Stufe der Anhörung wiederfinden. Jedoch wird mit dem Verständnis von partizipativer Forschung nach Hella von Unger (2014) durch die Einbindung von Adressat*innen – auch für die Hochschulbildung – vielmehr das Verstehen und Verändern von sozia-

1 Schwerpunktmäßig für Studiengänge aus den Bereichen Soziale Arbeit, Gesundheit und Erziehung und Bildung.

ler Wirklichkeit beabsichtigt. Für das Verstehen von sozialen Problemen, Phänomenen, Lebenslagen und daraus resultierenden individuellen Strategien von Adressat*innen kann das wissenschaftliche und sogenannte objektive Wissen aufgrund seiner versachlichenden Perspektive und Distanziertheit nur begrenzt dienen. Ein ausschließlicher Blick *von außen* birgt die Gefahr eines eingeschränkten Verständnisses durch eine hegemonische Perspektive (Sedmak 2013:183) und benötigt deshalb eine Überprüfung und ggf. Korrektur durch den Dialog mit Erfahrungsexpert*innen (siehe zu verschiedenen Formaten Dettmann 2022).

Bedeutsame Beteiligung

Die angestrebte Veränderung bezieht sich auf das langfristige Ziel, die Qualität Sozialer Dienstleistungen positiv weiterzuentwickeln. Hierzu gibt es die wiederholte Beobachtung einer Skepsis von Hochschullehrenden, Fachkräften und Politiker*innen gegenüber dem Engagement und den Fähigkeiten von Adressat*innen, über die eigene Hilfe hinaus Strukturen Sozialer Dienste verändern zu wollen und zu können. Partizipation wird dabei häufig verkürzt auf „Entscheidungen, die das eigene Leben/eigene Angelegenheiten oder das Leben in der Gemeinschaft betreffen“ (Chiapparini et al. 2020:10). Zugespitzt kann daraus die Beteiligung in individuellen Hilfen über die Entscheidung der Wandfarbe für das neue Gemeinschaftszimmer oder den Essensplan in der Wohngruppe werden. Doch die Definition von Chiapparini et al. geht mit einer wichtigen Ergänzung weiter, indem die aktive Beteiligung „respektive an der Suche, (Weiter-)Entwicklung und Umsetzung von damit verbundenen Maßnahmen oder Lösungen“ (ebd.) ermöglicht werden soll. Bei der Involvierung von Erfahrungsexpert*innen in die Hochschulbildung (und Forschung) geht es nicht um die Verbesserung der eigenen individuellen Hilfen, sondern sie beabsichtigt nicht weniger als die Weiterentwicklung von Sozialen Diensten und damit einer positiven Veränderung für viele Menschen. Es geht um die Veränderung von Verhältnissen als Ergebnis eines „meaningful involvements“ (Beresford 2005).

Das Netzwerk

Dank einer Initiative von Marion Laging und Thomas Heidenreich von der Hochschule Esslingen entstand im Jahr 2017 ein Netzwerk für Hochschulakteure im deutschsprachigen Raum. In einem Positionspapier, welches anschließend in der Zeitschrift Sozial Extra veröffentlicht wurde, finden sich die folgenden Herausforderungen und Ziele (vgl. Laging 2018:58 ff.), die nach wie vor aktuell sind:

- Es gibt im deutschsprachigen Raum keinen strukturellen Einbezug von Erfahrungsexpert*innen in der Hochschule, weder in der Lehre noch in der Organisation des Studiums.
- Lehr-Lern-Arrangements für die Involvierung von Erfahrungswissen müssen (weiter-)entwickelt werden. Sowohl die Konzeption als auch die Suche und Aushandlung von Erfahrungsexpert*innen benötigt extra Ressourcen für alle Beteiligten.
- Auch Studierende und *die Praxis* sollen in die Planung und Reflexion von neuen Lehr-Lern-Arrangements einbezogen werden.
- Neben der Verbesserung der Lehre betrifft die Involvierung von Erfahrungswissen grundlegende Wertorientierungen und Machtverhältnisse in den jeweiligen Hochschulorganisationen. Für eine gemeinsame Verständigung darüber braucht es definierte Orte/Gremien, an denen sich ein entsprechendes Leitbild entwickelt und in Struktur- und Entwicklungsplänen festgehalten wird.
- Für die Hochschullehrenden besteht die Herausforderung, Erfahrungsexpert*innen zu werben und mit ihnen kontinuierlich Lehr-Lern-Arrangements weiterzuentwickeln, da diese selten organisiert sind. Es gibt zwar einige starke Selbstorganisationen und -vertretungen, dennoch kann die Auswahl der Erfahrungsexpert*innen, die an den Hochschulen gehört werden, eine ethische und politische Frage werden, da die Gefahr der Reproduktion von Machtverhältnissen, Diskriminierung oder Stereotypisierung besteht. Daher ist es notwendig, die Organisiertheit von Selbstvertretungen und Selbstorganisationen im deutschsprachigen Raum zu eruieren und es ggf. auch als Aufgabe zu verstehen, diese zu befördern (wie es beispielsweise das reformierte SGB VIII in § 4a für die Kinder- und Jugendhilfe fordert).
- Da es im deutschsprachigen Raum nur einzelne Aktivitäten an einzelnen Hochschulen gibt, sind der internationale Austausch und die Vernetzung besonders wichtig.

Internationale Einflüsse

Eine große Inspiration liefert das Konzept Service User Involvement (SUI)², welches insbesondere in Großbritannien in der Hochschulbildung verbindlich

2 Die Bezeichnung „Service User“ wird kritisch diskutiert, aktuell scheinen sich in der internationalen Literatur die Bezeichnungen „people with lived experience“ oder „Experiential knowledge“ durchzusetzen. Bisher lässt sich jedoch unter dem Stichwort *Service User Involvement* noch die meiste Literatur finden.

seit 20 Jahren umgesetzt wird. Die englische Vorreiterrolle ist unangefochten, obwohl die internationalen Verbände mit den „Global Standards for the Education and Training of the Social Work Profession“ seit dem Jahr 2004 die Involvierung von Erfahrungsexpert*innen in allen Bereichen der Ausbildung Sozialer Arbeit einfordern. Und das nicht nur im Bereich der Lehre, sondern die Forderung umfasst auch die Einbeziehung der „Rechte, Ansichten und Interessen von Dienstnutzern und breiteren Gemeinschaften“ in die „Entwicklung, Umsetzung und Bereitstellung von Lehrplänen“ (IFSW/IASSW 2020). Einen Überblick über die Vielfalt von SUI geben mittlerweile drei Handbücher mit Beiträgen aus der ganzen Welt (siehe Chiapparini 2016; McLaughlin 2020; Driessens 2022).

Aktuelle Aktivitäten

Das Netzwerk trifft sich regelmäßig online in unterschiedlicher Zusammensetzung und sucht regelmäßig nach Plattformen, um Beiträgen zu Erfahrungswissen eine Bühne zu bieten. Es gibt weder eine Geschäftsordnung noch gewählte Sprecher*innenrollen oder weitere formalisierte Prozesse. Die Reichweite des Netzwerkes ist von Publikationen einzelner Mitglieder abhängig. Zusätzlich erscheint einmal jährlich ein Newsletter und im Oktober 2023 wird in Kooperation mit dem Annelie-Wellensiek-Zentrum eine Fachtagung in Heidelberg stattfinden. Für weitere Informationen schreiben Sie gerne an: marlene-anne.dettmann@haw-hamburg.de

Literatur

- Arnstein, Sherry R. 1969: A Ladder Of Citizen Participation. In: Journal of the American Institute of Planners 35, H. 4, S. 216–224
- Beresford, Peter 2005: Theory and Practice of User Involvement in Research. Making the Connection with Public Policy and Practice, in: Lowes, Leslay; Hulatt, Ian (Hrsg.), Involving Service Users in Health and Social Care Research, S. 6–17
- Chiapparini, Emanuela/Schuwey, Claudia/Beyeler, Michelle/Reynaud, Caroline/Guerry, Sophie/Blanchet, Nathalie/Lucas, Barbara 2020: Modelle der Partizipation armutsbetroffener und -gefährdeter Personen in der Armutsbekämpfung und -Prävention. Forschungsbericht Nr. 7/20
- Chiapparini, Emanuela (Hrsg.) 2016: The Service User as a Partner in Social Work Projects and Education
- Dettmann, Marlene-Anne 2022: Gemeinsame Bildungsprozesse. Social Citizen Science and Service User Involvement in Social Work Education. In: Benjamin Benz; Werner

- Schönig; Anna Liza Arp; Katharina Lutz; Jana Offergeld (Hrsg.): Wissenschaftsläden in der Sozialen Arbeit. Partizipative Forschung und soziale Innovationen. Weinheim: S. 43-58
- Driessens, Krystel; Lyssens-Danneboom, Vicky (Hrsg.) 2022: Involving Service Users in Social Work Education, Research and Policy: A Comparative European Analysis. Bristol
- International Federation of Social Workers/International Association of Schools of Social Work (IFSW/IASSW). „Global Standards for Social Work Education and Training“. Abschnitt „The People/3. Service Users“. Online unter: <https://www.ifsw.org/global-standards-for-social-work-education-and-training/#3serviceusers> (Abfrage 16.10.2022)
- Laging, Marion 2018: Service User Involvement in Social Work Education. Standards für einen erfolgreichen Einbezug von Adressat_innen in die Lehre Sozialer Arbeit. In: Sozial Extra, Heft 2. Seite 57-60. <https://doi.org/10.1007/s12054-018-0027-1>
- McLaughlin, Hugh; Beresford, Peter; Cameron, Colin; Casey, Helen; Duffy, Joe (Hrsg.) 2020: The Routledge handbook of service user involvement in human services research and education. Abingdon, Oxon, New York, NY
- Rieger, Judith 2015: Partizipation als Gestaltungsprinzip in der Hochschullehre. Wenn Betroffene zu Lehrbeauftragten werden. In: soziales_kapital, H. 14, S. 98–111.
- Sedmak, Clemens (2013): „Sollen sie doch Kuchen essen“. Wissen von Armut. In: Gaisbauer, Helmut P./Kapferer, Elisabeth/Koch, Andreas/Sedmak, Clemens (Hrsg.): Armut und Wissen. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 177–197
- Unger, Hella von 2014: Partizipative Forschung Einführung in die Forschungspraxis. Wiesbaden

*Marlene-Anne Dettmann, Fachhochschule Potsdam, Fachbereich Sozial- und Bildungswissenschaften, Kiepenheuerallee 5, 14469 Potsdam
E-Mail: marlene-anne.dettmann@fh-potsdam.de*

Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Leser und Leserinnen,

die Zeitschrift *Widersprüche* bietet seit Heft 133 den Arbeitskreisen Kritische Soziale Arbeit und vergleichbaren Initiativen den Raum und die Möglichkeit, über ihre Positionen, Vorhaben, Publikationen, Kampagnen und andere wichtige Ereignisse zu berichten.

Kurze Texte, knappe Dokumentationen und Ähnliches können wir direkt in diese Rubrik aufnehmen. Längere Texte können mit einem kurzen Aufriss sowie einem entsprechenden Link vorgestellt werden, sodass Leserinnen einen leichten Zugang zum kompletten Dokument haben. Terminankündigungen sind hier nur dann sinnvoll, wenn auf Ereignisse hingewiesen wird, die einen entsprechenden Vorlauf haben.

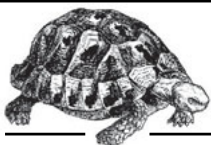
Koordiniert wird diese Rubrik von Timm Kunstreich, mit dem auch weitere Details besprochen werden können. Die Kontaktadresse zum Senden der Beiträge lautet: timmkunstreich@t-online.de

Die Beiträge werden zu den folgenden Redaktionsschlüssen für die nächsten Hefte entgegengenommen: 10.01.2023 (Heft 167), 10.04.2023 (Heft 168) und 10.07.2023 (Heft 169).

Die Redaktion

express

ZEITUNG FÜR
SOZIALISTISCHE BETRIEBS- &
GEWERKSCHAFTSARBEIT



Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT

www.express-afp.info

express-afp@online.de

Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 10/22 u.a.:

- Redaktion express: »Fragend voran« – Rückblick auf die Jubiläumskonferenz des express
- Rolf Läßle: »Alternativen zur Aktienrente« – Zwei Petitionen, ein Aufruf
- Daniel Weidmann: »Vom Kickertisch ins Personalbüro« – Die erste Berliner Tech Worker-Konferenz
- Wolfgang Hien: »Lohnarbeit und Psyche« – Überlegungen zu arbeitsbedingten psychischen Erkrankungen
- Klaus Weber: »Rückkehr der ›echten Solidarität‹« – nationale Formierung 2.0 im Anmarsch
- Rand Wilson und Peter Olney: »Hochsaison für Action bei Amazon« – Zeit für einen internationalen Aktionstag
- Nasser Barin: »Erschaffung einer neuen Wirklichkeit« – Die gegenwärtigen Proteste im Iran

Probieren? Kostenfreies
Exemplar per Email oder Telefon bestellen

WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

79

Erinnern für Gegenwart und Zukunft

Wer erinnert, handelt, deutet die Vergangenheit und macht Aussagen zu Gegenwart und Zukunft. Erinnerung und politische Transformation hängen zusammen. Dazu braucht es Kollektivität, das öffentlich und kollektiv Werden privater Erinnerungen. Wie lassen sich Erinnerungen verknüpfen mit den Kämpfen von heute?



224 Seiten, Broschur
ISBN 978-3-85869-967-1

Einzelheft € 18.–
Jahresabonnement (2 Hefte) € 27.–
Förderabonnement (2 Hefte) € 100.–
Gönner*innen mindestens € 350.–
pro Jahr

www.widerspruch.ch

[illegible]

**Jetzt Digitalabo
bestellen!**
dasnd.de/digitalabo



Zeit für Themen

Mittelweg 36

Zeitschrift des Hamburger
Instituts für Sozialforschung

Reform, Revolte, Rechtssoziologie

*Clemens Beucke / Karsten Proff /
Doris Schweitzer*
Verortungen einer problematischen
Konstellation

Rüdiger Lautmann
Reform, Fusion, Tradition?

Susanne Karoline Pass
Soziologie im freien Fall?

Jochim Rückert
Abgrenzungen

Patrick Wübel
Rechtssoziologie ohne Recht, ohne Soziologie

Berthold Vogel
»Die Hüter von Recht und Ordnung«

Kateryna Mischenko
Ortstermin: Der Kindergarten Nr. 1 in Kyjiw

30. Jahrgang, Heft 3, Oktober/November 2023 € 15

Mittelweg 36

Zeitschrift des Hamburger
Instituts für Sozialforschung

In Gewalt verstrickt

Eddie Hartmann / Thomas Heibel
Neue Sensibilitäten für ein altes Versprechen

Eddie Hartmann
Sozialdisziplin und Gewaltverzicht

Susanne Kraumann
Die Situation der Zerstörung

Fabian Bernhardt
Zum affektiven Nachleben kolonialer Gewalt

Svenja Gallermann
Kinder im Visier

»Das Faszinierende an Gewalt ist ihre Fundamentaleit.«
Ein Gespräch mit Armin Nassehi

Leah Müller
Ortstermin: Auf dem Tempelhofer Feld

30. Jahrgang, Heft 6, Dezember 2023 / Januar 2024 € 15

Den *Mittelweg 36* kennenlernen und regelmäßig lesen:

- **Einzelheft** Print 12 € | Digital 7,99 €
- **Mini-Abo** (3 fortl. Ausgaben) Print 25 € | Digital 18 €
- **Nachwuchs-Abo** (6 fortl. Ausgaben)) Print 40 € | Digital 35 €
- **Jahres-Abo** (6 fortl. Ausgabe) Print 56 € | Digital 40 €

Archiv, Abstracts & Leseproben unter:
www.mittelweg36.de

Mittelweg 36
Zeitschrift des Hamburger
Instituts für Sozialforschung

Für neue Ein-, Durch- und Lichtblicke. Verschenken Sie die »Blätter«!



Im Weihnachtspaket: »Blätter«-Abo +
USB-Archiv + Buchprämie | blaetter.de

Kritik ist keine Leidenschaft des Kopfes, sie ist der Kopf der Leidenschaft

Karl Marx

Jetzt Abo
abschließen!



OXI WIRTSCHAFT
ANDERS DENKEN
OXIBLOG.DE



Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

Gesellschaft als „Diskurs der Wünsche“ meint das Verfertigen
des Sozialen im Prozess des sozialen Diskurses,
nicht Unterwerfung unter vorgefertigte Normierungen.
Niko Diemer (1952 – 1992)

Wir über uns

1981/82 gründeten Mitglieder der Arbeitsfelder Gesundheit, Sozialarbeit und Schule des Sozialistischen Büros die Zeitschrift Widersprüche. In dieser Zeit des grünen Aufbruchs und der radikalisierten konservativen Wende versuchten wir eine erste Standortbestimmung als Redaktionskollektiv: „Verteidigen, kritisieren, überwinden zugleich“. Unter dieser Programmatik wollten wir als Opposition dazu beitragen, die materiellen Errungenschaften des Bildungs- und Sozialbereichs zu verteidigen, dessen hegemoniale Funktion zu kritisieren und Konzepte zu ihrer Überwindung zu konkretisieren. Zur Überzeugung gelangt, dass eine alternative Sozialpolitik weder politisch noch theoretisch ausreichend für eine sozialistische Perspektive im Bildungs- und Sozialbereich ist, formulierten wir unseren ersten Versuch einer Alternative zur Sozialpolitik als Überlegungen zu einer „Politik des Sozialen“. An der Präzisierung dieses Begriffes, an seiner theoretischen und politischen Vertiefung arbeiteten wir, als die Frage nach der „Zukunft des Sozialismus nach dem Verschwinden des realen“ 1989 auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Das Kenntlichmachen der „sozialen Marktwirtschaft“ als modernisiertem Kapitalismus im Westen und Kapitalismus „pur“ im Osten erleichtert uns zwar die Analyse, gibt aber immer noch keine Antwort auf die Frage nach den Subjekten und Akteuren einer Politik des Sozialen, nach Kooperationen und Assoziationen, in denen „die Bedingung der Freiheit des einzelnen die Bedingung der Freiheit aller ist“ (Kommunistisches Manifest).

Wer in diesem Diskurs der Redaktion mitstreiten will, ist herzlich eingeladen.

Jahresinhaltsverzeichnis Widersprüche, 42. Jahrgang 2022

163: Entsolidarisierung und ihr Widerspiel. Ungleichheitsproduktion und Ausschlusspolitik

Martin Kronauer

Welcher Zusammenhalt? Zur Kritik der auseinanderdriftenden Gesellschaft 13

Dierk Hirschel

Das Gift der Ungleichheit 31

Heinz Sünker

Herkunft gleich Zukunft. Notate zu Bildungspolitik und „Bildungsapartheid“ 47

Gabriele Winker

Caring Community – ehrenamtliche Reserve oder Chance für solidarisches Handeln?

Das Dilemma der Freiwilligenarbeit in Zeiten neoliberalen Versagens 61

Serhat Karakayali

Solidarität – Arbeit an den Grenzen und Reichweiten politischer Gemeinschaft 75

Helga Cremer-Schäfer

Entsolidarisierung – Zu Kontinuitäten sozialer Ausschließung und moralischer

Degradierung von „Misfits“ 89

Miniaturen: Entsolidarisierung & Moralisierung

Neoliberalismus als Ausschließungs-Regime

(Christine Resch & Heinz Steinert) 105

Nichts Neues unter der Sonne – zumindest in der Ideologiekonstruktion

(Heinrich Heine) 107

Aus der Galerie der abschreckend – unsolidarischen Feindbilder, oberste Ränge

(Reinhard Kreissl) 108

Martina Pistor

Sterbehilfe – zur Ambivalenz von Selbstbestimmung und Hilfe 113

Rezensionen

Felix Walter

Theoretische und empirische Zugänge zum Wohnen unter Bedingungen der

Institutionalisierung

Über: *Meuth, Miriam (Hrsg.): Wohn-Räume und pädagogische Orte –*

Erziehungswissenschaftliche Zugänge zum Wohnen 125

Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

Stellungnahme des Arbeitskreises Kritische Soziale Arbeit Hamburg sowie des

Aktionsbündnisses gegen geschlossene Unterbringung Hamburg 131

Stellungnahme der kriminologischen Fachöffentlichkeit zur drohenden Abschaffung

des Master-Studiengangs Internationale Kriminologie an der Universität Hamburg 135

Wien-Frankfurter Kommentar zur geplanten Einstellung des Masterstudiengangs

Internationale Kriminologie, Universität Hamburg, Fachbereich Sozialwissenschaften 137

164: Soziale Arbeit als (Ent-)Entfremdung?

Michael May

Entfremdung: Versuch einer Systematisierung der gegenwärtigen Debatte
Systematisierungsansätze in den gegenwärtigen Publikationen zu Entfremdung 11

Holger Ziegler

Entfremdung als Sozialpädagogisches Problem: Zum Zusammenhang von Gattungswesen
und der Möglichkeit menschlicher Emanzipation..... 29

Ralf Hammann

Dirty deeds done dirt cheap? 61

Karl-Heinz Braun

Subjektivität und Entfremdung.....77

Richard Buchner

Den Gehalt der Praxis anerkennen 103

Rezensionen

Maria Diedrich

Gegenöffentlichkeit als Praxis von Bildung
Über: *Friedemann Affolderbach: Öffentlichkeit von Unten. Demokratie, Öffentlichkeit und
Politische Bildung.*..... 119

Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

AKS Berlin

100 Milliarden für Soziales und praktische Solidarität mit ALLEN geflüchteten Menschen . 125

165: Bewegungen und Aktivismen in, neben und gegen Soziale Arbeit

Thomas Wagner

... And Justice for all!? Zur schwierigen Beziehung zwischen sozialen Bewegungen und
Sozialer Arbeit – oder: wie „staatsbedürftig“ sind eigentlich Kämpfe um soziale
„Ge-Rechtigkeit“? 11

Ulrike Eichinger, Julia Franz, Barbara Schäuble & Sandra Smykalla

Werkstattbericht: Konflikte von Hochschullehrenden in der Sozialen Arbeit – Schritte der
Selbstorganisation 25

Maria Bitzan & Sabine Stövesand

Zum Verhältnis von politischer, sozialer Konfliktorientierung und Gemeinwesenarbeit 39

Martina Benz

Zwischen Migration und Arbeit. Die Organisation Prekärer in US-amerikanischen
Worker Centers und die (Wieder-)Entdeckung verdeckter Machtrepertoires. 53

Stephan Nagel

Selbsthilfe, Selbstorganisation und politische Mobilisierung wohnungsloser Menschen 67

Kathrin Aghamiri & Kristina Enders

„Wahnsinn, so kann man das auch sehen“ – oder der Perspektive der Adressat*innen und
Nutzer*innen Sozialer Arbeit Geltung verschaffen..... 81

Miniaturen

<i>Gespräch mit Michael Lindenberg – Aktionsbündnis gegen geschlossene Unterbringung Hamburg</i>	95
<i>Gespräch mit Madeleine Does (Mado) und Tina Röthig – Poliklinik Veddel</i>	99
<i>Gespräch mit Hannah Wachter: „Drinne und draußen – Wissenschaftlerin und Aktivistin“</i>	105
<i>Gespräch mit Wilhelmsburg Solidarisch</i>	109
<i>Dominik Novkovic</i>	
Soziale Arbeit und Bildung – Soziale Arbeit als Stimulans einer kritischen Bildung in Zeiten des autoritären Bildungskapitalismus	115

Rezensionen

<i>Agathe Polcik & Thassilo Polcik</i>	
Vom Ende des Kapitalismus	
Über: <i>Christian Oswald: Jenseits des Arbeitszwangs. Thesen zu einer anderen Gesellschaft</i>	129

Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

<i>Barbara Rose</i>	
Zum Gedenken an Thea Kimmich – 5.6.1949 bis 25.3.2022	137

166: Wir forschen Dich mit: Partizipative Forschung als Vergesellschaftung von Forschung?

<i>Kathrin Aghamiri</i>	
„Ist das jetzt partizipative Forschung oder gute Soziale Arbeit?“ Erfahrungen und Überlegungen zu einem möglichen Zusammenhang	13
<i>Andrea Nagy, Abram J. Lyons, Ines Arendt & Sarah Gzesh</i>	
Forschungssozialisation(en) in partizipativen Projekten: Ein transatlantischer Austausch zwischen Europa und den USA	27
<i>Robert Rempel</i>	
„Wir haben jetzt einen Beirat, aber was machen wir damit?“ Reflexionen zum Handlungsforschungsprojekt mit Selbstvertreter:innen im Rahmen der Umsetzung des BTHGs	45
<i>Christof Beckmann im Gespräch mit Norbert Steinhaus vom Wissenschaftsladen Bonn</i>	
Wissenschaftsläden als Form des Empowerments der Zivilgesellschaft?	59
<i>Sabine Flick</i>	
Zu den Tücken partizipativer Forschung	75
<i>Ariane Brensell, Johannes Stehr & Michael May</i>	
Positionierungen zur partizipativen Forschung: Unter welchen Prämissen kann partizipative Forschung sich gesellschaftskritisch und emanzipatorisch ausrichten?	87
<i>Rebekka Streck</i>	
„Lass die mal machen die Junkies, die sind eh keine Konkurrenz.“ Ein historischer Blick auf das spannungsreiche Verhältnis von politischer Selbsthilfe und professioneller Drogenhilfe	105

Rezensionen

Erik Jahn

Behavioristische Konditionierung oder reflexive Koproduktion?

Über: *Michael Lindenberg und Tilman Lutz: Zwang in der Sozialen Arbeit: Grundlagen*

und Handlungswissen. 121

Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

Marlene-Anne Dettmann

Über das Netzwerk Erfahrungswissen in der Hochschulbildung 125

Alphabetisches Verzeichnis der AutorInnen

Kathrin Aghamiri

„Ist das jetzt partizipative Forschung oder gute Soziale Arbeit?“ Erfahrungen und

Überlegungen zu einem möglichen Zusammenhang 166-13

Kathrin Aghamiri & Kristina Enders

„Wahnsinn, so kann man das auch sehen“ – oder der Perspektive der Adressat*innen und

Nutzer*innen Sozialer Arbeit Geltung verschaffen 165-81

Christof Beckmann im Gespräch mit Norbert Steinhaus vom Wissenschaftsladen Bonn

Wissenschaftsläden als Form des Empowerments der Zivilgesellschaft? 166-59

Martina Benz

Zwischen Migration und Arbeit. Die Organisation Prekärer in US-amerikanischen

Worker Centers und die (Wieder-)Entdeckung verdeckter Machtrepertoires 165-53

Maria Bitzan & Sabine Stövesand

Zum Verhältnis von politischer, sozialer Konfliktorientierung und Gemeinwesenarbeit .. 165-39

Karl-Heinz Braun

Subjektivität und Entfremdung 164-77

Ariane Brensstell, Johannes Stehr & Michael May

Positionierungen zur partizipativen Forschung: Unter welchen Prämissen kann

partizipative Forschung sich gesellschaftskritisch und emanzipatorisch ausrichten? 166-87

Richard Buchner

Den Gehalt der Praxis anerkennen 164-103

Helga Cremer-Schäfer

Entsolidarisierung – Zu Kontinuitäten sozialer Ausschließung und moralischer

Degradierung von „Misfits“ 163-89

Ulrike Eichinger, Julia Franz, Barbara Schäuble & Sandra Smykalla

Werkstattbericht: Konflikte von Hochschullehrenden in der Sozialen Arbeit – Schritte

der Selbstorganisation 165-25

Sabine Flick

Zu den Tücken partizipativer Forschung 166-75

Ralf Hammann

Dirty deeds done dirt cheap? 164-61

Dierk Hirschel

Das Gift der Ungleichheit 163-31

Serhat Karakayali

Solidarität – Arbeit an den Grenzen und Reichweiten politischer Gemeinschaft 163-75

Martin Kronauer

Welcher Zusammenhalt? Zur Kritik der auseinanderdriftenden Gesellschaft 163-13

Michael May

Entfremdung: Versuch einer Systematisierung der gegenwärtigen Debatte

Systematisierungsansätze in den gegenwärtigen Publikationen zu Entfremdung. 164-11

Miniaturen: Entsolidarisierung & Moralisierung

Neoliberalismus als Ausschließungs-Regime (Christine Resch & Heinz Steinert) 163-105

Nichts Neues unter der Sonne – zumindest in der Ideologieproduktion (Heinrich Heine) .. 163-107

Aus der Galerie der abschreckend – unsolidarischen Feindbilder, oberste Ränge

(Reinhard Kreissl) 163-108

Miniaturen:

Gespräch mit Michael Lindenberg – Aktionsbündnis gegen geschlossene Unterbringung

Hamburg 165-95

Gespräch mit Madeleine Does (Mado) und Tina Röthig – Poliklinik Veddel 165-99

Gespräch mit Hannah Wachter: „Drinnen und draußen – Wissenschaftlerin und

Aktivistin“ 165-105

Gespräch mit Wilhelmsburg Solidarisch 165-109

Stephan Nagel

Selbsthilfe, Selbstorganisation und politische Mobilisierung wohnungsloser Menschen .. 165-67

Andrea Nagy, Abram J. Lyons, Ines Arendt & Sarah Gzesz

Forschungssozialisation(en) in partizipativen Projekten: Ein transatlantischer Austausch

zwischen Europa und den USA 166-27

Dominik Novkovic

Soziale Arbeit und Bildung – Soziale Arbeit als Stimulans einer kritischen Bildung in

Zeiten des autoritären Bildungskapitalismus 165-115

Martina Pistor

Sterbehilfe – zur Ambivalenz von Selbstbestimmung und Hilfe 163-113

Robert Rempel

„Wir haben jetzt einen Beirat, aber was machen wir damit?“ Reflexionen zum

Handlungsforschungsprojekt mit Selbstvertreter:innen im Rahmen der Umsetzung des

BTHGs 166-45

Rebekka Streck

„Lass die mal machen die Junkies, die sind eh keine Konkurrenz.“ Ein historischer Blick

auf das spannungsreiche Verhältnis von politischer Selbsthilfe und professioneller

Drogenhilfe 166-105

Heinz Sünker

Herkunft gleich Zukunft. Notate zu Bildungspolitik und „Bildungsapartheid“ 163-47

Thomas Wagner

... And Justice for all!? Zur schwierigen Beziehung zwischen sozialen Bewegungen und

Sozialer Arbeit – oder: wie „staatsbedürftig“ sind eigentlich Kämpfe um soziale

„Ge-Rechtigkeit“? 165-11

Gabriele Winker

Caring Community – ehrenamtliche Reserve oder Chance für solidarisches Handeln?

Das Dilemma der Freiwilligenarbeit in Zeiten neoliberalen Versagens 163-61

Holger Ziegler

Entfremdung als Sozialpädagogisches Problem: Zum Zusammenhang von Gattungswesen und der Möglichkeit menschlicher Emanzipation.164-29

Alphabetisches Verzeichnis der Rezensionen

Maria Diedrich

Gegenöffentlichkeit als Praxis von Bildung

Über: *Friedemann Affolderbach: Öffentlichkeit von Unten. Demokratie, Öffentlichkeit und Politische Bildung.*164-119

Erik Jahn

Behavioristische Konditionierung oder reflexive Koproduktion?

Über: *Michael Lindenberg und Tilman Lutz: Zwang in der Sozialen Arbeit: Grundlagen und Handlungswissen.*166-121

Agathe Polcik & Thassilo Polcik

Vom Ende des Kapitalismus

Über: *Christian Oswald: Jenseits des Arbeitszwangs. Thesen zu einer anderen Gesellschaft.* 165-129

Felix Walter

Theoretische und empirische Zugänge zum Wohnen unter Bedingungen der Institutionalisierung

Über: *Meuth, Miriam (Hrsg.): Wohn-Räume und pädagogische Orte – Erziehungswissenschaftliche Zugänge zum Wohnen*163-125

Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

AKS Berlin

100 Milliarden für Soziales und praktische Solidarität mit ALLEN geflüchteten Menschen.164-125

Stellungnahme des Arbeitskreises Kritische Soziale Arbeit Hamburg sowie des Aktionsbündnisses gegen geschlossene Unterbringung Hamburg.163-131

Stellungnahme der kriminologischen Fachöffentlichkeit zur drohenden Abschaffung des Master-Studiengangs Internationale Kriminologie an der Universität Hamburg.163-135

Wien-Frankfurter Kommentar zur geplanten Einstellung des Masterstudiengangs Internationale Kriminologie, Universität Hamburg, Fachbereich Sozialwissenschaften. 163-137

Marlene-Anne Dettmann

Über das Netzwerk Erfahrungswissen in der Hochschulbildung.166-125

Barbara Rose

Zum Gedenken an Thea Kimmich – 5.6.1949 bis 25.3.2022.165-137

Gute Buchläden, in denen die WIDERSPRÜCHE zu haben sind:

Augsburg	Probuch	Gögginger Str. 34
Berlin	Buchladen zur schwankenden Weltkugel	Kastanienallee 85
Berlin	Karl-Marx	Karl-Marx-Allee 78
Berlin	Motzbuch	Motzstr. 32
Berlin	Schwarze Risse	Gneisenaustr. 2a
Bielefeld	Eulenspiegel	Hagenbruchstr. 7
Bonn	Buchladen 46	Kaiserstr. 46
Braunschweig	Guten Morgen	Bültenweg 87
Bremen	Albatros Buchversand	Fedelhören 91
Bremen	Buchladen in der Neustadt	Lahnstr. 65b
Bremen	Buchladen im Ostertor	Fehrfeld 60
Darmstadt	Georg-Büchner	Lauteschlägerstr. 18
Dortmund	Litfass	Münsterstr. 107
Dortmund	Taranta Babu	Humboldtstr. 44
Düsseldorf	BiBaBuze	Aachener Str. 1
Essen	Heinrich-Heine	Viehofer Platz 8
Fernwald	germinal	Siemensstr. 16
Frankfurt/M.	Karl-Marx	Jordanstr. 11
Frankfurt/M.	Ypsilon	Bergerstr. 18
Freiburg	Jos Fritz	Wilhelmstr. 15
Göttingen	Rote Straße	Nikolaikirchhof 7
Hamburg	Buchladen in der Osterstraße	Osterstr. 171
Hamburg	Massmann, Internat. Buchhandlung	Luruper Chaussee 125
Hamburg	Heinrich-Heine	Grindelallee 26
Hannover	Annabee	Gerberstr. 6
Heidelberg	Schöbel-Buch	Plöck 56a
Hildesheim	Amei's Buchecke	Goschenstr. 31
Kassel	ABC-Buchladen	Goethestr. 77
Köln	Der andere Buchladen	Zülpcher Str. 197
Köln	Klaus Bittner-Buchhandlung	Albertusstr. 6
Konstanz	Zur Schwarzen Geiß	Obermarkt 12
Mainz	Cardabela	Frauenlobstr. 40
Marburg	Roter Stern	Am Grün 28
M'gladbach	Prolibri	Schillerstr. 22-24
München	Buch in der Au	Humboldtstr. 12
Münster	Rosta	Aegidiistr. 12
Osnabrück	Dieter zur Heide	Osterberger Reihe 2-8
Saarbrücken	Der Buchladen	Försterstr. 14
Siegen	Bücherkiste	Bismarckstr. 3
Wiesbaden	Harrassowitz	Taunusstr. 5
Würzburg	Neuer Weg	Sanderstr 23/25
A-Innsbruck	Liber Wiederin GmbH	Erlrstr. 6
A-Salzburg	Rupertus-Tyrolia GmbH	Dreifaltigkeitsg. 12
A-Wien	a.Punkt	Fischerstiege 1-7
A-Wien	Der Buchfreund	Sonnenfelsgasse 4
A-Wien	Kuppitsch Buchhandelsgesell.	Schottengasse 4
A-Wien	Chicklit	Kleeblattgasse 7 / 1
A-Wien	Facultas	Universitätsstr. 7
A-Wien	Lhotzkys Literaturbuffet	Taborstr. 28
A-Wien	Frauenzimmer	Zieglergasse 28
A-Wien	Littrade Literaturservice	Währingerstr. 3/7
CH-Basel	Bider & Tanner	Aeschenvorstadt 2
CH-Basel	Buchhandlung Labyrinth GmbH	Nadelberg 17
CH-Bern	Buchhandlung Münstergass	Münstergasse 33
CH-Bern	LibRomania	Länggass-Str. 12
CH-Solothurn	Bücher Lüthy	Gurzelngasse 17
CH-Zürich	Klio	Zähringerstr. 41/45
CH-Zürich	Buchhandlung im Volkshaus	Stauffacherstr. 60